

Dossier

Demokratische Resilienz – Wie Demokratien überleben

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary: Resiliente liberale Demokratie	3
Begriffsrahmen	7
Teil 1: Demokratie unter Druck – und wie sie sich schützen kann, ohne ihre demokratische Qualität zu verlieren	12
– Einleitung	
– Gefahrenbild	
– Resilienzfaktoren	
– Frühwarnsignale, Muster und Erosionsdynamiken	
– Optionen: Prävention, Gegenwehr und Wiederherstellung	
– Handlungsschlüsse für die Praxis	
– Offene Fragen und Leerstellen	
– Zusammenfassung	
Teil 2: Wer schützt die Demokratie, wenn sie unter Druck gerät?	23
– Einleitung	
– Gefahrenbild	
– Resilienzfaktoren	
– Frühwarnsignale, Muster und Erosionsdynamiken	
– Optionen	
– Handlungsschlüsse für die Praxis	
– Offene Fragen und Leerstellen in den Quellen	
– Zusammenfassung	
Teil 3: Demokratie verteidigen, erneuern und zukunftsfähig machen	35
– Einleitung	
– Gefahrenbild	
– Resilienzfaktoren	
– Frühwarnsignale, Muster und Erosionsdynamiken	
– Optionen: Schutz, Stabilisierung, Wiederherstellung und Erneuerung	
– Optionen bei fortgeschrittener Aushöhlung oder Capture	
– Handlungsschlüsse für die Praxis	
– Robust belegte Schlussfolgerungen, singuläre Perspektiven und Leerstellen	
– Zusammenfassung	
Anhang: Quellen	44

Hinweis zur Entstehung dieses Dossiers

Dieses Dossier beruht auf Quellen, die von der Vortragenden **Dr. Klaudia Wegschaider** für die Lehrveranstaltung „**Democratic Resilience – How Democracies Survive**“ zusammengestellt wurden. Die Vorlesung fand im Wintersemester 2025/26 an der Universität Wien statt. Die Literaturliste ist daher zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Dossiers sehr aktuell. Zugleich wächst die wissenschaftliche Literatur zu demokratischer Resilienz rasch; das Dossier versteht sich daher als fundierte Momentaufnahme eines dynamischen Forschungsfeldes.

<https://ufind.univie.ac.at/en/course.html?lv=210111&semester=2025W>

Die Lehrveranstaltung gab den Anstoß zu diesem Dossier und hat seine Erstellung in dieser Form erst ermöglicht. Ihr Ausgangspunkt war die gegenwärtige politische Lage: Liberale Demokratien stehen unter Druck – durch antidemokratische Akteure im Inneren ebenso wie durch autoritäre Einflussnahme von außen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, woran demokratische Erosion frühzeitig erkannt werden kann, welche Faktoren Demokratien widerstandsfähig machen und welche Reformen dazu beitragen können, liberale Demokratien zu schützen und weiterzuentwickeln.

Diese Motivation prägt auch das vorliegende Dossier. Es soll zentrale Erkenntnisse, Debatten und Reformansätze zur demokratischen Resilienz aufbereiten, für Interessierte zugänglich machen und damit einen Beitrag zur Stärkung der liberalen Demokratie leisten.

Wir danken **Dr. Klaudia Wegschaider** herzlich für die Literaturliste, die Gespräche und Hinweise sowie für ihre freundliche Unterstützung bei der Erstellung dieses Dossiers.

Impressum

Autor und für den Inhalt verantwortlich:

Andreas Kovar

Medieninhaber und Herausgeber:

Netzwerk Chance Demokratie
Dorotheergasse 7
1010 Wien

Kontakt:

office@chancedemokratie.net

Veröffentlichung:

Mai 2026

Executive Summary: Resiliente liberale Demokratie

Kernbefund

Dieser Dossier stellt die aktuellen Forschungsstand zum Thema demokratische Resilienz aus politikwissenschaftlicher Sicht dar. Die ausgewerteten Quellen (siehe S. 43-77, Anhang) zeichnen ein klares Gesamtbild: Liberale Demokratien geraten heute meist nicht durch einen offenen Bruch unter Druck, sondern durch schrittweise, oft legalistisch begründete Verschiebungen von Macht. Der Angriff richtet sich häufig nicht gegen Wahlen als solche, sondern gegen die Bedingungen, unter denen Wahlen frei, fair und politisch folgenreich bleiben: unabhängige Gerichte, freie Medien, Zivilgesellschaft, faire Wahladministration, Minderheitenschutz, Opposition und wirksame parlamentarische Kontrolle.

Demokratie ist daher nicht bloß Mehrheitsentscheidung. Sie ist ein System begrenzter Macht. Elektorale Demokratie basiert lediglich auf freien und fairen Wahlen. Liberale Demokratie geht darüber hinaus: Sie braucht Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, Gleichheit vor dem Gesetz sowie wirksame gerichtliche und parlamentarische Kontrolle der Exekutive.

Der wichtigste politische Schluss lautet: Demokratieschutz darf nicht erst beginnen, wenn Wahlergebnisse manipuliert oder nicht anerkannt werden. Dann ist die Erosion oft bereits weit fortgeschritten. Frühwarnsignale treten früher auf: Angriffe auf Medien und Zivilgesellschaft, Delegitimierung unabhängiger Institutionen, majoritäre Rhetorik gegen Gerichte, selektive Einschränkung von Protestrechten, technische Änderungen des Wahlrechts mit asymmetrischer Wirkung und die Normalisierung antipluralistischer Sprache.

1. Die Lage ist ernst – aber die Diagnose muss präzise bleiben

Seit Jahren publiziert das Projekt *Varieties of Democracy*, ansässig an der schwedischen Universität Göteborg, einen jährlichen Bericht zum Stand der globalen Demokratie. Der aktuelle Bericht beschreibt eine massive globale Verschlechterung: Für die durchschnittliche Weltbürgerin beziehungsweise den durchschnittlichen Weltbürger liege Demokratie wieder etwa auf dem Niveau von 1978. Ende 2025 lebten 74 Prozent der Weltbevölkerung in Autokratien, nur sieben Prozent in liberalen Demokratien. Besonders betroffen seien Meinungsfreiheit, Medienfreiheit, Zivilgesellschaft, Rechtsstaatlichkeit und die Kontrolle exekutiver Macht.

Gleichzeitig warnen die Quellen vor einem zu groben Krisennarrativ. Little/Meng und Weitzel/Gerring/Pemstein/Skaaning relativieren die Gefahr nicht, zeigen aber, dass unterschiedliche Messmethoden unterschiedliche Bilder erzeugen. Obwohl Indizes auf Basis der Einschätzungen von Expert:innen auch Mängel erweisen, so sind sie auf globaler Ebene doch das beste Frühwarnsystem. Vermeintlich objektive Indikatoren, wie zum Beispiel regelmäßiger Machtwechsel nach Wahlen, zeigen den Rückfall der Demokratie oft erst zu spät. Die schleichend voranschreitende Erosion von Medienfreiheit, Rechtsstaat und informellen Normen spiegelt sich besser in den Interviews mit Expert:innen wieder.

Daraus folgt: Politik braucht weder Alarmismus noch Beschwichtigung, sondern ein mehrdimensionales Lagebild – aus Daten, institutioneller Analyse und qualitativer Kontextkenntnis.

2. Das zentrale Muster: schleichende Machtkonzentration

Die in den Quellen wiederkehrende Gefahr ist „executive aggrandizement“: Gewählte Regierungen nutzen formale Mehrheiten, Gesetze, Verfassungsänderungen, Verwaltungsentscheidungen oder Personalpolitik, um künftige Machtkonkurrenz zu verzerren. Das ist gefährlich, weil solche Schritte häufig technisch, rechtlich oder administrativ erscheinen. Wahlrechtsänderungen, Besetzungen von Wahlkommissionen, Medienregulierung oder Gerichtsreformen können einzeln plausibel wirken; im Zusammenhang verschieben sie jedoch die Machtbalance.

Besonders anfällig sind zunächst die Rechenschaftsmechanismen: Medienvielfalt, Zivilgesellschaft, sowie das Rechtssystem. Wenn eines dieser Element geschwächt wird, verlieren Bürger:innen die Fähigkeit, Machtmissbrauch zu erkennen und politisch zu sanktionieren. Erst später geraten schließlich die Wahlen selbst offen unter Druck.

3. Wahlen bleiben zentral – aber sie schützen Demokratie nicht allein

Wahlen sind der Kern demokratischer Legitimation, können aber durch autokratische Akteure missbraucht werden. Elektorale Autokratien halten weiterhin Mehrparteienwahlen ab, erfüllen aber zentrale Voraussetzungen demokratischer Konkurrenz nicht ausreichend – etwa freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit oder faire Wettbewerbsbedingungen.

Die Quellen zur Wahladministration zeigen daher zwei Aufgaben zugleich: Wahlen müssen korrekt organisiert sein, und diese Korrektheit muss nachvollziehbar erklärt werden. Zweifel an Wahlintegrität entstehen nicht nur durch Betrug, sondern auch durch unklare Abläufe, lange Auszählungen, Misstrauen gegenüber Briefwahl oder parteipolitische Verlustverarbeitung. Professionelle, transparente und krisenfeste Wahladministration ist deshalb ein Bestandteil demokratischer Resilienz – nicht bloß eine technische Verwaltungsfrage.

Gleichzeitig mahnen die Quellen zur Vorsicht bei Sicherheitsmaßnahmen. Identifikationspflichten oder andere Zugangshürden können Vertrauen stärken, aber auch legitime Wahlbeteiligung erschweren. Entscheidend ist eine strenge Verhältnismäßigkeitsprüfung: Welche Gefahr wird adressiert? Wie belastbar ist die Evidenz? Wen trifft die Maßnahme? Gibt es mildere Mittel?

4. Die Nachfrage nach Illiberalismus entsteht nicht nur oben

Die Quellen verschieben den Blick von Institutionen allein hin zu Bürger:innen, Parteien und politischer Kultur. Demokratien erodieren nicht nur, weil Eliten Regeln verletzen. Sie erodieren auch, wenn Bürger:innen Regelverletzungen der eigenen Seite tolerieren oder nicht als demokratiegefährdend erkennen.

Graham/Svolik und Wunsch/Jacob/Derksen zeigen, dass Menschen mit schwächerer liberal-demokratischer Orientierung Kandidat:innen weniger konsequent bestrafen, wenn diese Checks and Balances schwächen. Gidron/Margalit/Sheffer/Yakir zeigen für Israel, dass Unterstützung für demokratischen Rückbau besonders mit Führerbindung und affektiver Polarisierung zusammenhängt; populistische Einstellungen allein erklären dies weniger gut.

Le Corre Juratic/Wagner/Bischof zeigen am deutschen Beispiel selektiver Protesttoleranz, dass Bürger:innen identische Protestformen unterschiedlich bewerten, je nachdem, welche Gruppe protestiert. Gegenüber Klimaaktivist:innen waren Befragte eher bereit, undemokratische Reaktionen

wie Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren zu unterstützen. Für liberale Demokratien ist das zentral: Grundrechte verlieren ihren rechtsstaatlichen Charakter, wenn sie faktisch nur für sympathische Gruppen gelten.

5. Resilienz ist kein Zustand, sondern ein mehrstufiger Prozess

Demokratische Resilienz bedeutet in den Quellen nicht bloß Stabilität. Boese/Edgell/Hellmeier/Maerz/Lindberg unterscheiden zwei Stufen: „onset resilience“, also die Fähigkeit, den Beginn von Autokratisierung zu verhindern, und „breakdown resilience“, also die Fähigkeit, bei bereits laufender Autokratisierung den demokratischen Zusammenbruch abzuwenden.

Empirisch ist die zweite Stufe besonders schwierig: Wenn Autokratisierung einmal begonnen hat, gelingt es nur einem Teil der Demokratien, den Zusammenbruch zu vermeiden. Besonders relevant sind starke gerichtliche Beschränkungen der Exekutive und ein Bestand früherer demokratischer Institutionen.

Daraus folgt für Entscheidungsträger:innen: Resilienzpolitik muss zeitlich denken. Frühe Prävention ist etwas anderes als Krisenabwehr. Wiederherstellung nach Backsliding ist nochmals eine eigene Phase. Je später reagiert wird, desto stärker sind Personalentscheidungen, Rechtsänderungen, informelle Netzwerke und Misstrauen bereits verfestigt.

6. Wehrhafte Demokratie: eine Frage des richtigen Maßes

Capoccia beschreibt „militant democracy“ als rechtliche Beschränkung politischer Betätigung, Vereinigung oder Meinungsäußerung, um extremistische Akteure daran zu hindern, Demokratie von innen zu zerstören. Demzufolge dürfen und müssen Demokratien sich unter bestimmten Bedingungen verteidigen. Entscheidend ist aber gegen wen, wann, mit welchen Mitteln und unter welchen Verfahrensgarantien.

Das Dossier macht den Zielkonflikt deutlich: Die Maßnahmen der wehrhaften Demokratie können selbst demokratische Qualität gefährden, wenn sie pauschal, parteipolitisch, unverhältnismäßig oder ohne Kontrolle eingesetzt wird. Parteiverbote, Eingriffe gegen Desinformation, Einschränkungen politischer Rechte oder harte institutionelle Gegenmaßnahmen können in bestimmten Kontexten nötig sein. Sie dürfen aber nicht die Logik parteipolitischer Machtpolitik übernehmen.

7. Wiederherstellung nach Backsliding ist keine Rückkehr zum Normalbetrieb

Ein Wahlsieg demokratischer Kräfte beendet demokratische Erosion nicht automatisch. Hillion/Pavone/Scherz beschreiben „democratic frontsliding“ als schrittweise Wiederherstellung liberal-demokratischer Institutionen nach Erosion oder kompetitivem Autoritarismus. Das zentrale Problem sind „autocratic enclaves“: illiberale Akteure, die nach einem Regierungswechsel in Gerichten, Präsidentschaft, Behörden oder anderen Institutionen verbleiben.

Frederiksen/Willer/Petersen setzen dazu einen wichtigen Gegenakzent: Wiederherstellung muss entschlossen, aber rechtsstaatlich nachvollziehbar sein. Zu aggressive oder vergeltungsorientierte Strategien können die eigene Anhängerschaft in antidemokratische Rechtfertigungen treiben und Gegner:innen den Eindruck von Rachepolitik vermitteln. Demokratische Reparatur ist daher zugleich institutionelle und kommunikative Arbeit.

8. Demokratische Erneuerung gehört zum Schutz

Die Quellen legen nahe, Demokratieschutz nicht nur defensiv zu verstehen. Resiliente liberale Demokratie braucht auch Legitimität, Beteiligung, verständliche Entscheidungen und faire Verfahren. Deliberative Verfahren, Mini-Publics und Citizens' Assemblies können dazu beitragen, wenn sie gut gestaltet, transparent, repräsentativ zusammengesetzt und ernsthaft an politische Entscheidungen angeschlossen sind. Sie ersetzen aber weder Parlamente noch Gerichte noch Parteien.

Politische Bildung ist ein weiterer konkreter Schutzansatz. Eroglu/Finkel/Neundorf/Öztürk/Ramírez zeigen in einem Online-Experiment mit mehr als 41.000 Personen in 33 Ländern, dass kurze Civic-Education-Botschaften die Bereitschaft verringern können, antidemokratische Kandidat:innen der eigenen Partei zu unterstützen. Der negative Effekt starker Polarisierung auf demokratische Wahlentscheidungen wurde reduziert.

Strategische Schlussfolgerung

Für politische Entscheidungsträger:innen ergibt sich ein anspruchsvoller, aber klarer Handlungsrahmen: Liberale Demokratie muss gleichzeitig geschützt, repariert und erneuert werden.

Schutz heißt: Macht begrenzen, Frühwarnsignale ernst nehmen, Medien und Zivilgesellschaft verteidigen, Gerichte und Parlamente stärken, Wahlvertrauen sichern und antidemokratische Akteure nicht aus kurzfristigem Machtkalkül normalisieren.

Reparatur heißt: beschädigte Institutionen aktiv wiederherstellen, ohne neue Machtwillkür zu erzeugen.

Erneuerung heißt: Verfahren fairer, verständlicher und inklusiver machen, ohne Verantwortlichkeit und rechtsstaatliche Stabilität aufzugeben.

Der rote Faden der Quellen lautet daher: Demokratie bleibt resilient, wenn demokratische Akteure nicht nur Wahlen gewinnen wollen, sondern die Bedingungen fairer Konkurrenz, begrenzter Macht und gleicher Rechte auch dann verteidigen, wenn diese Bedingungen der eigenen Seite kurzfristig Grenzen setzen.

Begriffsrahmen

Demokratie

Die Quellen verwenden unterschiedliche, aber gut vereinbare Demokratiebegriffe. Der gemeinsame Kern lautet: Demokratie besteht nicht nur aus Wahlen. V-Dem unterscheidet zwischen elektoraler und liberaler Demokratie. Elektorale Demokratie setzt freie, faire und wiederkehrende Wahlen, allgemeines Wahlrecht, reale Macht gewählter Amtsträger:innen, Parteien- und Kandidatenkonkurrenz sowie grundlegende Freiheiten von Medien, Meinungsäußerung und Zivilgesellschaft voraus. Liberale Demokratie ergänzt dies um Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, Gleichheit vor dem Gesetz, Minderheitenschutz, Gewaltenteilung sowie gerichtliche und parlamentarische Kontrolle der Exekutive (Nord/Altman/Fernandes/God/Lindberg).

Damit widersprechen die Quellen einem rein majoritären Demokratieverständnis. Mehrheits-herrschaft ist notwendig, aber nicht hinreichend. Wenn Mehrheiten Gerichte, Opposition, Medien, Minderheitenrechte oder faire Wettbewerbsbedingungen beseitigen können, verliert Demokratie ihren liberalen Kern. Gerade diese liberalen Sicherungen werden von illiberalen Akteuren häufig als Hindernis der „wahren Mehrheit“ dargestellt (Meléndez/Rovira Kaltwasser; Halevy/Bušťíková; Haggard/Tiede). Gidron/Margalit/Sheffer/Yakir zeigen am Beispiel der israelischen Justizreform, dass viele Unterstützer:innen eines Abbaus von Checks and Balances diesen nicht als „Autokratie“, sondern als Stärkung der Demokratie durch die gewählte Mehrheit verstehen (Gidron/Margalit/Sheffer/Yakir).

Autokratie, elektorale Autokratie und Grauzonen

V-Dem unterscheidet geschlossene Autokratien, elektorale Autokratien, elektorale Demokratien und liberale Demokratien. Für das Dossier ist vor allem die elektorale Autokratie relevant: Dort existieren zwar Mehrparteienwahlen, zentrale Voraussetzungen demokratischer Konkurrenz – etwa freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit oder faire Wahlen – sind aber nicht ausreichend erfüllt. Wahlen allein sind daher kein Demokratieschutz (Nord/Altman/Fernandes/God/Lindberg).

Autocratic legalism / autokratischer Legalismus

Autokratischer Legalismus bezeichnet die Nutzung von Gesetzen, Verfassungsänderungen, institutionellen Reformen oder formalen Verfahren zur Aushöhlung der Demokratie. Der Angriff erfolgt nicht offen gegen das Recht, sondern durch Recht. Scheppele beschreibt diesen Typus als legalistisch handelnde Autokrat:innen, die mit demokratischem Mandat liberale Verfassungsordnungen demontieren. Haggard/Tiede zeigen für Gerichte, wie solche Prozesse über Kompetenzen, Personalentscheidungen und Ressourcen verlaufen können.

Executive aggrandizement / Machtkonzentration der Exekutive

„Executive aggrandizement“ bezeichnet die Ausweitung exekutiver Macht auf Kosten von Parlament, Gerichten, unabhängigen Behörden, Medien oder Opposition (Bermeo). Krisen können diesen Prozess beschleunigen, etwa durch Notstandsrechte, schnelle Gesetzgebung oder die Berufung auf außergewöhnliche Bedrohungen. Exekutivmacht ist nicht automatisch illegitim; gefährlich wird sie,

wenn Kontrolle, Begründungspflichten, Information, Befristung und Rückkehr zur Normalordnung fehlen (Värttö; Johnson; Han; Navarro/Raunio).

Demokratische Erosion, Backsliding und Autokratisierung

Demokratische Erosion bzw. Backsliding meint die schrittweise Aushöhlung demokratischer Regeln, Normen und Institutionen. Häufig nutzen gewählte Akteure demokratische Verfahren legalistisch und im Namen demokratischer Mehrheiten, um Gegengewichte zu schwächen und Macht zu konzentrieren. Das Problem liegt daher nicht nur darin, dass Demokratie „nicht liefert“, sondern dass sie Macht „nicht ausreichend begrenzt“ (Carothers/Hartnett).

Typische Angriffspunkte sind Wahlfairness, Grundrechte, Justizunabhängigkeit, Medienfreiheit, zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume und horizontale Kontrolle (Scheppelle; Haggard/Tiede; Grumbach). Bermeo versteht „democratic backsliding“ als staatlich betriebene Schwächung oder Beseitigung demokratischer Institutionen. V-Dem verwendet „Autokratisierung“ breiter – als Rückschritt in Demokratien oder Autokratien; führt Backsliding in einer Demokratie zur Autokratie, spricht V-Dem von demokratischem Zusammenbruch (Nord/Altman/Fernandes/God/Lindberg).

Demokratische Resilienz

Demokratische Resilienz bedeutet mehr als Stabilität. Boese/Edgell/Hellmeier/Maerz/Lindberg verstehen darunter das Fortbestehen demokratischer Institutionen und Praktiken ohne substanzielle und anhaltende Qualitätsverluste. Sie unterscheiden „onset resilience“, also die Verhinderung des Beginns von Autokratisierung, und „breakdown resilience“, also die Verhinderung des Zusammenbruchs bei bereits laufender Autokratisierung (Boese/Edgell/Hellmeier/Maerz/Lindberg).

Holloway und Manwaring warnen vor einem unscharfen Resilienzbezug. Zu klären ist immer: Resilienz wovon, gegenüber welcher Bedrohung, für wen, durch wen, in welcher Form und auf welcher Ebene? Resilienz kann Erhaltung, Anpassung oder Transformation bedeuten und normative Konflikte erzeugen (Holloway/Manwaring). Im Dossier bezeichnet Resilienz die Fähigkeit, Angriffe abzuwehren, demokratische Eigenschaften zu erhalten oder nach Erosion wiederherzustellen. Panchulidze/Youngs definieren sie entsprechend als Fähigkeit, Herausforderungen so zu verhindern oder zu beantworten, dass demokratische Merkmale erhalten oder wiederhergestellt werden.

Diagonale, horizontale und vertikale Sicherungen

Laebens und Lührmann sowie Wunsch und Blanchard unterscheiden drei demokratische Sicherungen: Vertikale Sicherungen betreffen Wahlen und Wahlbeteiligung; diagonale Sicherungen Medienfreiheit, Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und Zivilgesellschaft; horizontale Sicherungen Parlamente, Gerichte und andere Institutionen, die Exekutivmacht begrenzen (Laebens/Lührmann, Wunsch/Blanchard). Die Unterscheidung ist wichtig, weil Erosion oft zuerst Medien, Zivilgesellschaft und öffentliche Kontrolle trifft, danach Gerichte und Parlamente und erst später offen die Wahl selbst (Wunsch/Blanchard).

Militant democracy / wehrhafte Demokratie

Capoccia beschreibt „militant democracy“ als rechtliche Beschränkung politischer Betätigung, Vereinigung oder Meinungsäußerung, um extremistische Akteure an der Zerstörung der Demokratie zu hindern. Entscheidend ist nicht nur, ob Demokratie sich schützen darf, sondern gegen wen, wann, mit welchen Mitteln und unter welchen Verfahrensgarantien (Capoccia 2013). Wehrhafte Demokratie kann rechtliche Sanktionen, Parteiverbote, Ausschluss aus Koalitionen, Grundrechtsschutz oder strafrechtliche Maßnahmen gegen Gewalt umfassen. Sie kann nötig sein, reicht aber nicht aus: Jakli/Greskovits/Wittenberg warnen, dass illiberale Massenmobilisierung nicht allein durch Verbote verschwindet; Capoccia betont die strategische Verantwortung demokratischer Eliten in Krisen.

Frontsliding und demokratische Wiederherstellung

Hillion/Pavone/Scherz führen „democratic frontsliding“ als Gegenbegriff zum Backsliding ein: die schrittweise Wiederherstellung liberal-demokratischer Institutionen nach demokratischer Erosion oder kompetitivem Autoritarismus. Frontsliding beginnt oft mit einer Wahl, durch die eine pro-demokratische Regierung an die Macht kommt, während illiberale Akteure in Gerichten, Präsidentschaft, Behörden oder anderen Institutionen verbleiben.

Institutional forbearance / institutionelle Selbstbeschränkung

Ingham versteht institutionelle Selbstbeschränkung als Stabilitätsmechanismus. Amtsträger:innen verzichten auf formal mögliche Handlungen, wenn deren demokratische Legitimität unklar ist. Solche Grauzonen können Bürger:innen spalten, Zweifel an demokratischer Regelbindung erzeugen und spätere gemeinsame Gegenwehr gegen echte Machtmissbräuche erschweren. Daraus entsteht das „Democrat’s Dilemma“: Demokrat:innen sollen nicht jedes Machtmittel ausschöpfen, müssen aber handlungsfähig bleiben.

Illiberalismus

Illiberalismus bezeichnet eine politische Orientierung, die Wahlen akzeptieren kann, liberale Sicherungen aber delegitimiert oder schwächt: Minderheitenrechte, unabhängige Gerichte, Medienfreiheit, Gewaltenteilung und Pluralismus. Halevy/Buřtíková unterscheiden drei Formen: prejudicial illiberalism, reactionary illiberalism und confessional illiberalism.

Institutionelle Guardrails / Leitplanken

Institutionelle Guardrails sind praktische Leitplanken gegen Machtmissbrauch: Gerichte, Wahlbehörden, Parlamente, unabhängige Medien, Antikorruptionsstellen, lokale Autonomie und zivilgesellschaftliche Kontrolle. Sie sollen verhindern, dass gewählte Akteure Gegenmacht ausschalten (Carothers/Hartnett).

Deliberation

Deliberation meint beratende, abwägende Verständigung. Sie unterscheidet sich von Debatte, bloßer Meinungsäußerung und Verhandlung. Die OECD definiert Deliberation als Abwägen von Evidenz und

unterschiedlichen Perspektiven mit dem Ziel, gemeinsame Grundlagen oder tragfähige Empfehlungen zu entwickeln (OECD).

Mini-Publics, Citizens' Assemblies und repräsentative deliberative Prozesse

Mini-Publics, Citizens' Assemblies und repräsentative deliberative Prozesse sind Verfahren, in denen eine kleine, möglichst repräsentativ zusammengesetzte Gruppe von Bürger:innen – häufig per Losverfahren – Informationen erhält, Expert:innen hört, berät und Empfehlungen formuliert. Ziel ist nicht spontane öffentliche Meinung, sondern „considered public judgement“, also ein abgewogenes öffentliches Urteil (OECD; Germann/Marien/Muradova).

Civic lottery

Civic lottery oder Bürger:innenlos bezeichnet die Auswahl von Teilnehmer:innen durch Los. Meist wird zunächst eine große Zahl von Personen zufällig eingeladen; aus den Freiwilligen wird dann eine Gruppe gebildet, die die Bevölkerung nach relevanten Merkmalen möglichst gut abbildet. Dadurch sollen Verzerrungen klassischer offener Beteiligung verringert werden (OECD).

Legitimitätswahrnehmung

Legitimitätswahrnehmung meint, ob Bürger:innen ein Entscheidungsverfahren als fair ansehen und auch ungünstige Ergebnisse akzeptieren. Entscheidend ist nicht nur, ob Menschen bekommen, was sie wollen, sondern ob sie Niederlagen als Ergebnis eines fairen Verfahrens akzeptieren können (Werner/Marien; Germann/Marien/Muradova).

Losers' consent

Losers' consent bezeichnet die Bereitschaft politischer Verlierer:innen, Entscheidungen zu akzeptieren. Werner und Marien zeigen, dass Beteiligung Konflikte nicht auflösen muss, aber auch bei ungünstigen Ergebnissen Fairnesswahrnehmung stärken kann (Werner/Marien).

Open Democracy

Open Democracy steht bei Landemore für eine Demokratie, in der politische Macht stärker für gewöhnliche Bürger:innen geöffnet wird. Ausgangspunkt ist die Diagnose einer „enclosure of power“: Wahlrechte wurden erweitert, zentrale Orte politischer Macht bleiben aber praktisch verschlossen. Demokratie soll daher auch Zugang zu Agenda-Setzung, Deliberation und Entscheidung schaffen (Landemore).

Parlamentarische Erosion

Parlamentarische Erosion bezeichnet bei Mares die gezielte Schwächung von Parlamenten durch Parteien oder Abgeordnete, die parlamentarische Regeln nutzen, um Gesetzgebung zu stören, Legitimität zu untergraben und Repräsentation lächerlich zu machen. Das ist mehr als harte Opposition: Es geht um die strategische Beschädigung der Institution selbst (Mares).

Democracy-reinforcing hardball

Democracy-reinforcing hardball bezeichnet bei Bateman rechtlich möglicherweise zulässige, aber normativ grenzwertige Maßnahmen, die kurzfristig parteipolitisch nützen können, langfristig jedoch demokratische Stabilität fördern sollen. Der Begriff problematisiert die einfache Regel, Demokrat:innen dürften nie harte Mittel einsetzen. Ob solche Strategien Demokratie stärken oder schädigen, hängt von Kontext, Umfang, Wahrnehmung und langfristigen Wirkungen ab (Bateman).

Teil 1

Demokratie unter Druck – und wie sie sich schützen kann, ohne ihre demokratische Qualität zu verlieren

Einleitung

Dieser Teil des Dossiers untersucht, wie Demokratien unter Druck geraten und wie sie sich schützen können, ohne ihre demokratische Qualität zu verlieren. Im Mittelpunkt steht ein wiederkehrendes Muster: Demokratien scheitern heute selten abrupt. Häufig werden sie schrittweise geschwächt – oft durch gewählte Akteure, die demokratische Verfahren nutzen, um Kontrolle, Opposition, Medienfreiheit, faire Wahlen oder rechtsstaatliche Machtbegrenzung auszuhöhlen.

Der rote Faden führt von der Diagnose zur Handlungsfrage. Der Text beschreibt die wichtigsten Gefahren: Machtkonzentration, Angriffe auf Medien und Zivilgesellschaft, Schwächung der Gerichte, Manipulation oder Delegitimierung von Wahlen, Polarisierung, selektive Toleranz und die Normalisierung extremistischer Positionen.

Darauf aufbauend wird gefragt, was Demokratien widerstandsfähig macht. Die Quellen verweisen vor allem auf unabhängige Gerichte, freie Öffentlichkeit, handlungsfähige Zivilgesellschaft, professionelle Wahladministration, liberale demokratische Überzeugungen und eine politische Kultur, die demokratische Regeln auch dann verteidigt, wenn sie die eigene Seite begrenzen.

Abschließend werden praktische Optionen sichtbar gemacht: Wo muss Demokratieschutz früh ansetzen? Welche Schutzinstrumente sind breit belegt? Wo bestehen Zielkonflikte? Und wie lässt sich verhindern, dass demokratische Selbstverteidigung selbst zu Machtmissbrauch wird?

Gefahrenbild

Die zentrale Gefahr: schleichende, legalistische Erosion

Mehrere Quellen zeigen übereinstimmend, dass die aktuelle Gefahr für Demokratien weniger im offenen Bruch als im demokratisch getarnten Umbau liegt. Gewählte Regierungen nutzen parlamentarische Mehrheiten, Verfassungsänderungen, Gerichtsentscheidungen, Wahlrechtsreformen oder Verwaltungsentscheidungen, um die Bedingungen künftiger Machtkonkurrenz zu verschieben. Bermeo nennt dies „executive aggrandizement“ und „strategic electoral manipulation“: Exekutiven erweitern ihre Macht und verändern Wahlbedingungen so, dass Opposition, Medien oder unabhängige Kontrolle geschwächt werden (Bermeo).

Diese Form ist gefährlich, weil sie oft nicht wie ein Angriff aussieht. Änderungen an Wahlkreisen, Registrierungsverfahren, Wahlkommissionen oder Medienregeln können technisch erscheinen. Gerichte oder Journalist:innen, die warnen, können als „Sonderinteressen“ oder Vertreter einer alten Ordnung dargestellt werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen können als ausländische Agenten geframt werden. Dadurch bleibt Widerstand fragmentiert (Bermeo).

Angriff auf öffentliche Kontrolle: Medien, Zivilgesellschaft und Meinungsklima

Die Texte legen besonderes Gewicht auf Medienfreiheit und Zivilgesellschaft. V-Dem beschreibt Meinungsfreiheit als den am stärksten angegriffenen Demokratieaspekt (Nord/Altman/Fernandes/God/Lindberg). Wunsch und Blanchard zeigen, dass sogenannte diagonale Sicherungen – also Medien, Zivilgesellschaft, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit – in Backsliding-Prozessen besonders anfällig sind und häufig früh unter Druck geraten.

Das ist demokratiepolitisch entscheidend: Ohne freie Medien und eine arbeitsfähige Zivilgesellschaft verlieren Bürger:innen die Möglichkeit, Machtmissbrauch zu erkennen, zu bewerten und politisch zu sanktionieren. Autokratisierung beginnt daher oft nicht mit dem Wahlbetrug am Wahltag, sondern mit der Veränderung des Informationsraums.

Schwächung horizontaler Kontrolle: Gerichte und Parlamente

Ein zweites Gefahrenzentrum ist die Kontrolle der Exekutive. Boese/Edgell/Hellmeier/Maerz/Lindberg zeigen empirisch, dass gerichtliche Beschränkungen der Exekutive sowohl für die Verhinderung des Beginns von Autokratisierung als auch für die Verhinderung eines demokratischen Zusammenbruchs wichtig sind. Besonders bemerkenswert ist: Wenn Autokratisierung bereits läuft, scheinen Gerichte relevanter zu sein als legislative Beschränkungen (Boese/Edgell/Hellmeier/Maerz/Lindberg).

Gidron/Margalit/Sheffer/Yakir zeigen am israelischen Fall, wie der Abbau gerichtlicher Kontrolle majoritär gerechtfertigt werden kann: Die Regierung stellt das Gericht als nicht gewählte Macht dar, die den Willen der Mehrheit blockiert. Gerade in Systemen, in denen Gerichte eine zentrale oder sogar einzige wirksame Kontrolle der Exekutive bilden, kann ein solcher Umbau fast unbegrenzte Exekutivmacht erzeugen.

Wahlen als Angriffsziel und Legitimationsressource

Wahlen sind in den Quellen doppelt codiert. Sie sind Kern demokratischer Legitimität, aber gerade deshalb auch ein bevorzugtes Ziel schleichender Manipulation. Bermeo betont, dass heutige Wahlmanipulation oft subtiler geworden ist, weil offene Wahlfälschung international und innenpolitisch delegitimierend wirken kann. McGhee zeigt am Beispiel Gerrymandering, wie Wahlkreisziehung parteipolitisch zur Verzerrung politischer Repräsentation genutzt werden kann. Lieberman und Schlozman beschreiben eine besonders zugespitzte Dynamik: Wenn eine Partei eine sich bedroht fühlende Mehrheitsgruppe repräsentiert und zugleich knapper Wettbewerb herrscht, kann der Anreiz steigen, nicht die eigene Koalition zu verbreitern, sondern den Zugang gegnerischer Wählergruppen zu erschweren oder Wahladministration parteipolitisch zu kontrollieren.

Vertrauensverlust in Wahlintegrität

Die Gefährdung von Wahlen liegt nicht nur in tatsächlichen Manipulationen, sondern auch im Glauben, dass Wahlen nicht korrekt seien. Holliday/Grimmer/Lelkes/Westwood zeigen für die US-Zwischenwahlen 2022, dass erhebliche Teile der Bevölkerung Zweifel an der Genauigkeit von Wahlen oder an Betrugsfreiheit äußern. Diese Skepsis konzentriert sich zwar stark bei Republikaner:innen, ist aber nicht auf sie beschränkt. Auffällig ist: Viele Gründe der Skepsis sind nicht tief ideologisch, sondern beziehen sich auf Auszählungsdauer, Briefwahl, administrative Abläufe oder die

Unplausibilität eines gegnerischen Wahlsiegs aus Sicht der Befragten. Das zeigt eine wichtige Schutzmöglichkeit: Transparente, verständliche und professionelle Wahladministration kann Vertrauen stützen. Zugleich reicht reine Korrektheit nicht immer aus, wenn politische Akteure Misstrauen aktiv verstärken.

Polarisierung, Feindbilder und selektive Demokratiebindung

Mehrere Texte verschieben den Blick von Institutionen auf Bürger:innen. Demokratie erodiert nicht nur, weil Eliten sie angreifen, sondern auch, weil Bürger:innen Verstöße ihrer eigenen Seite tolerieren oder nicht als demokratiegefährdend erkennen. Wunsch/Jacob/Derksen zeigen, dass Bürger:innen mit schwächerer liberal-demokratischer Orientierung weniger bereit sind, Kandidat:innen zu bestrafen, die Checks and Balances schwächen. Entscheidend ist nicht nur „Unterstützung für Demokratie“ im Allgemeinen, sondern Unterstützung für Gewaltenteilung, Grundrechte und Minderheitenschutz.

Gidron/Margalit/Sheffer/Yakir zeigen für Israel, dass Unterstützung für demokratischen Rückbau durch Führerbindung, affektive Polarisierung und majoritäres Demokratieverständnis begünstigt werden kann. Populistische Einstellungen allein erklären in ihrer Untersuchung die Unterstützung der Justizreform dagegen nicht überzeugend.

Le Corre Juratic/Wagner/Bischof zeigen eine besonders praxisrelevante Form selektiver Demokratiebindung: Identisches Protestverhalten wird unterschiedlich bewertet, je nachdem, welche Gruppe protestiert. Bei Klimaaktivist:innen sinkt die Bereitschaft, Protestrechte, öffentliche Räume und Schutz vor willkürlicher Inhaftierung zu verteidigen.

Normalisierung extremistischer Positionen

Valentim beschreibt die Normalisierung der radikalen Rechten nicht primär als plötzliche Veränderung politischer Präferenzen, sondern als Abbau sozialer Kosten, solche Präferenzen öffentlich zu äußern. Politisches Stigma bewirkt zunächst Präferenzverheimlichung; wenn es schwächer wird, werden entsprechende Präferenzen sichtbarer, Kandidaturen attraktiver und radikalere Angebote politisch anschlussfähiger.

Dieser Befund ist wichtig, weil er zeigt: Demokratische Erosion kann auch dadurch entstehen, dass informelle Normen gegen antidemokratische oder menschenfeindliche Positionen schwächer werden, ohne dass sich die formalen Institutionen sofort verändern.

Externe Einflussnahme und Informationsangriffe

Fjällhed, Pamment und Bay beschreiben aus schwedischer Perspektive „information influence“ als potenziell schädliche Kommunikation ausländischer Akteure oder ihrer Stellvertreter, die Misstrauen zwischen Staat und Bürger:innen erzeugen und gesellschaftliche Verwundbarkeiten ausnutzen soll. Zentral sind kommunikative Techniken, Ausnutzung demokratischer Schwachstellen, Störung öffentlicher Debatte und ausländische Steuerung oder Unterstützung.

Die Quellen behandeln externe Einflussnahme nicht als alleinige Ursache demokratischer Krisen, sondern als Verstärker vorhandener Verwundbarkeiten: Polarisierung, geringes Medienvertrauen, fragmentierte Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Konfliktlinien erhöhen Angriffsflächen.

Resilienzfaktoren

Starke, unabhängige Gerichte

Der robusteste institutionelle Resilienzfaktor in den Quellen ist die gerichtliche Kontrolle der Exekutive. Boese/Edgell/Hellmeier/Maerz/Lindberg zeigen, dass starke judicial constraints sowohl mit Resilienz gegen den Beginn von Autokratisierung als auch mit Resilienz gegen demokratischen Zusammenbruch verbunden sind. Ihre Interpretation stützt die Vorstellung der Justiz als „letztes Bollwerk“, wenn andere Sicherungen bereits unter Druck stehen.

Für die Praxis bedeutet das: Unabhängige Gerichte sind nicht nur ein juristisches Qualitätsmerkmal, sondern ein Frühwarn- und Schutzmechanismus gegen Machtkonzentration. Wo Gerichte besetzt, delegitimiert, budgetär ausgehungert oder in ihrer Zuständigkeit eingeschränkt werden, verliert die Demokratie einen besonders wichtigen Schutz.

Demokratische Erfahrung und demokratisches Umfeld

Boese/Edgell/Hellmeier/Maerz/Lindberg zeigen außerdem, dass frühere demokratische Erfahrung – „democratic stock“ – mit Resilienz verbunden ist. Für die Verhinderung eines Zusammenbruchs nach Beginn der Auto-kratisierung scheinen zudem demokratische Nachbarschaften relevant zu sein. Das stützt eine vorsichtige Schlussfolgerung: Demokratische Routinen, Erinnerung an demokratische Konfliktlösung, professionelle Institutionen und externe demokratische Einbettung können Schutzwirkung entfalten. Sie sind aber kein automatischer Schutz. Boese/Edgell/Hellmeier/Maerz/Lindberg warnen selbst vor der Annahme, frühere Stabilität mache ein Regime künftig automatisch resilient.

Medienfreiheit, Zivilgesellschaft und öffentliche Kontrolle

Wunsch und Blanchard machen sichtbar, dass diagonale Sicherungen besonders früh unter Druck geraten, aber auch zentrale Resilienzfunktionen erfüllen. Medien, Zivilgesellschaft, Vereinigungsfreiheit und öffentliche Kritik ermöglichen, Angriffe rechtzeitig sichtbar zu machen und politisch zu mobilisieren. Das bedeutet: Demokratieschutz darf nicht erst bei Verfassungsgerichten oder Wahlbehörden beginnen. Er beginnt bei journalistischer Unabhängigkeit, pluraler Öffentlichkeit, sicheren Räumen für zivilgesellschaftliche Organisationen und der Fähigkeit, Machtmissbrauch öffentlich zu benennen.

Professionelle und vertrauenswürdige Wahladministration

Mehrere Texte behandeln Wahladministration als Resilienzfaktor. Partheymüller/Müller/Rabitsch/Lidauer/Grohma zeigen für Österreich, dass die Beteiligung parteipolitisch nominierten Wahlbeisitzer:innen Vertrauen in die konkrete Wahladministration erhöhen kann, weil direkte Erfahrung und gegenseitige Kontrolle entstehen. Gleichzeitig verschwindet parteipolitisches Misstrauen dadurch nicht vollständig, und Vertrauen in Administration überträgt sich nicht automatisch auf Medienumfeld oder Sorgen über ausländische Einmischung.

James und Garnett zeigen für die COVID-19-Pandemie, dass Wahlresilienz von der Qualität der liberalen Demokratie, Ressourcen, leistungsfähigen Wahlbehörden, sicheren Wahllokalen und

alternativen Wahlmöglichkeiten wie Briefwahl, Frühwahl, mobiler Wahl oder Stellvertretungswahl abhängen kann.

Liberaler demokratische Überzeugungen der Bürger:innen

Wunsch/Jacob/Derksen zeigen: Bürger:innen können nur dann ein wirksames Bollwerk gegen autoritär geneigte Eliten sein, wenn sie liberale demokratische Prinzipien ausreichend teilen. Allgemeine Demokratie Zustimmung reicht nicht. Zentral ist, dass Gewaltenteilung, Grundrechte, Minderheitenschutz und zivile Freiheiten als unverzichtbare demokratische Prinzipien verstanden werden.

Eroglu/Finkel/Neundorf/Öztürk/Ramírez liefern dazu einen konkreten Ansatz: Eine Online-Intervention zur politischen Bildung in 33 Ländern konnte den negativen Effekt parteipolitischer Polarisierung auf die Wahl antidemokratischer Ko-Partisanen abschwächen. Das spricht für politische Bildung als Schutzfaktor – allerdings mit der Nuance, dass sie nicht automatisch entpolarisiert, sondern demokratische gegenüber antidemokratischen Parteien stärker unterscheidbar machen kann.

Gesellschaftliche Informationsresilienz

Fjällhed/Pamment/Bay beschreiben Schwedens Ansatz vor der Wahl 2018 als Aufbau gesellschaftlicher Resilienz gegen ausländische Informationsbeeinflussung. Dazu gehörten Forschung, Training, behördenübergreifende Koordination, Informationsteilung mit betroffenen Akteuren und öffentliche Bewusstseinsbildung über Bedrohungen und eigene Verwundbarkeiten. Der Ansatz ist nicht einfach „mehr Regulierung“, sondern eine Verbindung aus Früherkennung, Kompetenzaufbau, Kooperation und öffentlicher Aufklärung. Das ist in den Quellen ein eher spezialisierter, aber praxisnaher Schutzansatz.

Vorsichtige Wiederherstellung nach Backsliding

Resilienz endet nicht mit dem Abwählen einer autokratisierenden Regierung. Bianchi/Cheeseman/Cyr warnen, dass viele scheinbare demokratische Rückkehrbewegungen die Schäden nicht vollständig beheben und bald erneut Rückschritte erleben. Gründe sind rechtliche Altlasten, Personalentscheidungen, autokratische Vetospieler und die Versuchung neuer Regierungen, geerbte Machtinstrumente selbst zu nutzen.

Frederiksen/Willer/Petersen zeigen für Polen: Der Wahlsieg pro-demokratischer Kräfte hat antidemokratische Einstellungen nicht automatisch verschärft. Die Öffentlichkeit stand einer Wiederherstellung nicht grundsätzlich im Weg. Aber aggressive, konfrontative Strategien der neuen Regierung können antidemokratische Einstellungen unter eigenen Unterstützer:innen erhöhen und Gegner:innen den Eindruck von Rachepolitik vermitteln.

Frühwarnsignale, Muster und Erosionsdynamiken

Frühwarnsignale sind besonders ernst zu nehmen, wenn mehrere Entwicklungen gleichzeitig auftreten oder sich gegenseitig verstärken.

1. Angriffe auf Medien und Zivilgesellschaft

Zu prüfen ist, ob unabhängige Medien, NGOs oder Protestrechte systematisch unter Druck geraten: durch Delegitimierung, Einschüchterung, regulatorische Eingriffe, finanzielle Austrocknung oder die Darstellung als „ausländisch“, „elitär“ oder „sicherheitsgefährdend“ (Bermeo; Wunsch/Blanchard).

2. Majoritäre Rechtfertigung gegen Machtbegrenzung

Warnsignal ist nicht jede Kritik an Gerichten oder Behörden. Problematisch wird es, wenn Kontrolle als solche delegitimiert wird: Gerichte, Verfassungsregeln, unabhängige Behörden oder Minderheitenrechte werden dann als Hindernisse des „Volkswillens“ dargestellt (Gidron/Margalit/Sheffer/Yakir).

3. Technische Wahlrechtsänderungen mit asymmetrischem Effekt

Besonders sorgfältig zu prüfen sind Reformen bei Wahlkreisen, Wahlkommissionen, Registrierung, Auszählung, Identifikationspflichten oder Wahlverfahren. Nicht jede Reform ist antidemokratisch; kritisch wird es, wenn Zugang, Repräsentation oder Wettbewerb einseitig verschoben werden (Bermeo; McGhee; Highton; Grimmer/Hersh/Meredith/Mummolo/Nall).

4. Delegitimierung von Wahlergebnissen ohne belastbare Grundlage

Ein Frühwarnsignal liegt vor, wenn Wahlniederlagen systematisch als Betrug gedeutet werden, ohne belastbare Evidenz. Besonders anfällig sind lange Auszählungen, Briefwahl, administrative Fehler oder unerwartete Ergebnisse. Demokratien müssen deshalb korrekt zählen und die Korrektheit nachvollziehbar erklären (Holliday/Grimmer/Lelkes/Westwood).

5. Normalisierung des Normbruchs

Zu beobachten ist, ob antidemokratische, extremistische oder menschenfeindliche Positionen ihre soziale und politische Abschreckungswirkung verlieren. Gefährlich ist nicht erst der Wahlerfolg, sondern bereits die sinkende Hürde, solche Positionen öffentlich zu vertreten und politisch zu belohnen (Valentim).

6. Selektive Verteidigung von Grundrechten

Ein klares Warnsignal ist, wenn Protest-, Verfahrens- oder Freiheitsrechte nur für sympathische Gruppen verteidigt werden. Grundrechte verlieren ihren rechtsstaatlichen Charakter, wenn ihre Geltung von politischer Nähe abhängt (Le Corre Juratic/Wagner/Bischof).

7. Eskalationsmuster

Besonders relevant ist die Sequenz: Zuerst verändert sich der Informations- und Kritikraum; dann geraten Kontrollinstitutionen unter Druck; anschließend werden Wahlbedingungen oder politische

Konkurrenz verzerrt. Der Ablauf ist nicht universell, aber Angriffe auf diagonale Sicherungen sind häufig frühe Vorläufer tieferer Erosion (Wunsch/Blanchard).

Optionen: Prävention, Gegenwehr und Wiederherstellung

Frühe Prävention: diagonale Sicherungen schützen

In frühen Erosionsphasen sollten Medienfreiheit, Zivilgesellschaft, Protestrechte und öffentlicher Zugang zu Information priorisiert werden. Das ist die deutlichste praxisrelevante Schlussfolgerung aus Wunsch und Blanchard: Angriffe auf Medien und civic space sind Frühwarnsignale und sollten nicht als normale politische Härte abgetan werden (Wunsch/Blanchard)

Präventive Maßnahmen, die in den Quellen gestützt sind, umfassen: Schutz journalistischer Unabhängigkeit, Transparenz staatlicher Medienpolitik, faire Regeln für zivilgesellschaftliche Finanzierung, Schutz von Protest- und Vereinigungsfreiheit, und frühe öffentliche Einordnung von Angriffen auf diese Bereiche. Diese Schlussfolgerung ist breit gestützt, auch wenn die konkreten Instrumente je nach Land nicht systematisch ausgearbeitet werden.

Gerichtliche und institutionelle Kontrolle verteidigen

Starke Gerichte sind ein breit belegter Schutzfaktor. Daher sollten Angriffe auf Ernennungsverfahren, Zuständigkeiten, Budget, Unabhängigkeit und Vollzug gerichtlicher Entscheidungen als zentrale Demokratiethemata behandelt werden, nicht als bloße Justizpolitik. Gleichzeitig muss jede Verteidigung der Justiz nachvollziehbar erklären, warum gerichtliche Kontrolle demokratisch ist: Sie schützt den fairen Wettbewerb, Grundrechte und die Bindung der Mehrheit an Regeln (Boese/Edgell/Hellmeier/Maerz/Lindberg; Gidron/Margalit/Sheffer/Yakir)

Wahladministration professionalisieren und Vertrauen praktisch herstellen

Die Quellen sprechen für eine doppelte Strategie: Wahladministration muss objektiv korrekt und subjektiv nachvollziehbar sein. Partheymüller/Müller/Rabitsch/Lidauer/Grohman zeigen, dass direkte Beteiligung parteipolitischer Akteure an Wahladministration Vertrauen in konkrete Abläufe erhöhen kann, aber parteipolitische Skepsis nicht vollständig beseitigt. James und Garnett zeigen, dass Ressourcen, alternative Wahlmethoden, sichere Wahllokale und leistungsfähige Wahlbehörden Krisenresilienz erhöhen. Daraus folgt: Wahlbehörden brauchen Ressourcen, Professionalität, Transparenz und Krisenpläne. Auszählung, Briefwahl, Register, Identitätsprüfung und Beschwerdewege müssen so erklärt werden, dass politische Akteure Misstrauen schwerer instrumentalisieren können.

Informationsresilienz gegen Desinformation und ausländische Einflussnahme

Der schwedische Fall zeigt eine präventive Option: Forschung, Trainings, behördliche Koordination, Informationsaustausch und öffentliche Bewusstseinsbildung vor Wahlen. Wichtig ist, dass der Ansatz nicht nur auf Löschung oder Sanktion setzt, sondern auf gesellschaftliche Fähigkeit, Manipulationsversuche zu erkennen und einzuordnen (Fjällhed/Pamment/Bay). Diese Option ist in den Quellen vor

allem durch den schwedischen Fall belegt. Sie ist plausibel übertragbar, aber nicht als universell evaluierte Standardlösung abgesichert.

Politische Bildung als demokratischer Schutz

Wunsch/Jacob/Derksen und Eroglu/Finkel/Neundorf/Öztürk/Ramírez stützen politische Bildung als Schutzansatz, allerdings sehr konkret: Es geht nicht nur um allgemeine Demokratiebejahung, sondern um liberale demokratische Prinzipien – Gewaltenteilung, Grundrechte, faire Opposition, Minderheitenschutz und zivile Freiheiten. Eroglu/Finkel/Neundorf/Öztürk/Ramírez zeigen experimentell, dass Civic-Education-Botschaften die Bereitschaft verringern können, anti-demokratische Kandidat:innen der eigenen Partei zu unterstützen.

Praktisch heißt das: Demokratiebildung sollte nicht bei abstrakten Werten stehen bleiben. Sie muss konkrete Dilemmata behandeln: Was, wenn die eigene Partei Gerichte schwächt? Was, wenn eine unbeliebte Gruppe protestiert? Was, wenn eine Mehrheit Minderheitenrechte beschneiden will?

Umgang mit Polarisierung: nicht nur entpolarisieren, sondern demokratische Grenzen klären

Die Quellensammlung zeigt, dass Polarisierung gefährlich sein kann, aber nicht jede Polarisierung gleich zu behandeln ist. Eroglu/Finkel/Neundorf/Öztürk/Ramírez finden, dass Civic Education sogar eine kleine positive Wirkung auf Polarisierung haben kann, weil demokratische Parteien positiver und antidemokratische Parteien negativer bewertet werden. Das ist nicht zwingend schlecht: Demokratischer Schutz kann bedeuten, klare Unterschiede zwischen demokratischem und antidemokratischem Verhalten sichtbar zu machen. Daraus folgt eine vorsichtige Schlussfolgerung: Ziel sollte nicht eine künstliche Gleichsetzung aller politischen Positionen sein, sondern die Verteidigung fairer Konkurrenz innerhalb demokratischer Grenzen.

Wehrhafte Demokratie: möglich, aber riskant

Capoccia zeigt, dass moderne Demokratien rechtliche Beschränkungen extremistischer Akteure als legitime Selbstverteidigung anerkennen können. Dazu gehören Einschränkungen politischer Organisation, Beteiligung oder Ausdrucksformen. Die Quellensammlung macht aber auch deutlich: Diese Instrumente sind besonders missbrauchs anfällig. Entscheidend sind klare Zieldefinition, hohe Eingriffsschwellen, unabhängige Verfahren, gerichtliche Kontrolle, Verhältnismäßigkeit und Schutz vor parteipolitischer Instrumentalisierung. Diese Option ist daher nicht als Standardreaktion auf jede Polarisierung zu verstehen. Sie gehört an den Rand des Instrumentariums: für ernsthafte antidemokratische Akteure, nicht für unbequeme Opposition.

Wiederherstellung nach Backsliding: Reparieren, ohne zu rächen

Hillion/Pavone/Scherz argumentieren, dass demokratische Wiederherstellung nach Backsliding auf „autokratische Enklaven“ trifft: illiberale Akteure, die in Institutionen verbleiben und Reformen blockieren. Sie erwägen deshalb „restorative disobedience“: bewusste, begrenzte Regelabweichungen, um den liberal-demokratischen Geist des Rechts wiederherzustellen, wenn normale

legislative Wege blockiert sind. Das ist in den Quellen eine stark normative und spezialisierte Perspektive, vor allem auf die EU und Polen bezogen.

Frederiksen/Willer/Petersen setzen einen wichtigen Gegenakzent: Selbst wenn das Ziel demokratisch ist, können aggressive Wiederherstellungsstrategien die demokratische Haltung eigener Unterstützer:innen verschlechtern und Gegner:innen den Eindruck von Vergeltung vermitteln. Eine vorsichtige Strategie bedeutet nicht Untätigkeit, sondern klare Reparatur mit demokratischen Mitteln, nachvollziehbarer Begründung und Begrenzung der eigenen Macht.

Grenzen und Zielkonflikte

Der wichtigste Zielkonflikt lautet: Demokratie muss sich schützen, darf dabei aber nicht jene Prinzipien beschädigen, die sie schützen will. Wehrhafte Demokratie, Wiederherstellung beschädigter Institutionen, Eingriffe gegen Desinformation, Parteiverbote oder Einschränkungen politischer Rechte können notwendig erscheinen. Gleichzeitig können sie als Machtmissbrauch wirken oder tatsächlich dazu werden.

Ein zweiter Zielkonflikt betrifft Geschwindigkeit. Frühes Handeln ist wichtig, weil späte Autokratisierung schwerer zu stoppen ist. Aber zu schnelles oder konfrontatives Handeln kann Legitimität kosten, Polarisierung verstärken und neue demokratische Normverletzungen normalisieren.

Ein dritter Zielkonflikt betrifft Vertrauen und Inklusion. Maßnahmen gegen Wahlbetrug können Vertrauen stärken, aber auch legitime Wahlbeteiligung erschweren. James und Clark zeigen in englischen Lokalwahlen, dass Wahlidentifikations-Piloten bei sehr seltenem Impersonation Fraud wenig zusätzliche Sicherheit brachten, aber einige Wähler:innen vom Wählen abhielten. Highton findet für die USA bislang eher begrenzte, methodisch schwer zu bestimmende Turnout-Effekte, mahnt aber wegen Datenlage und Endogenität zur Vorsicht.

Handlungsschlüsse für die Praxis

Demokratiekrisen früh an Sicherungen erkennen

Demokratieschutz darf nicht erst bei Wahlfälschung oder offenem Institutionenbruch beginnen. Frühe Warnzeichen liegen bei Angriffen auf Medien, Zivilgesellschaft, Protestrechte, Informationsfreiheit, Wahlregeln und unabhängige Kontrolle (Wunsch/Blanchard 2023; Bermeo).

Mehrheit und Demokratie klar unterscheiden

Politische Kommunikation muss deutlich machen: Mehrheitsherrschaft ist demokratisch notwendig, aber nicht hinreichend. Gerichte, Opposition, Minderheitenrechte, Medienfreiheit und faire Verfahren sind Voraussetzungen legitimer Mehrheitsentscheidungen, nicht deren Blockade (Gidron/Margalit/Sheffer/Yakir; Wunsch/Jacob/Derksen).

Wahlvertrauen praktisch sichern

Wahlen müssen korrekt, sichtbar, erklärbar und überprüfbar organisiert werden. Wahlbehörden brauchen Ressourcen, Krisenpläne, transparente Verfahren, Schutz für Wahlpersonal und sichere Möglichkeiten der Stimmabgabe (Partheymüller/Müller/Rabitsch/Lidauer/Grohma; James/Garnett).

Demokratische Bildung an realen Konflikten ausrichten

Politische Bildung sollte nicht abstrakt für Demokratie werben, sondern konkrete Normverletzungen erkennbar machen: Angriffe auf Gerichte, Medienfreiheit, Oppositionsrechte, Protestfreiheit, Minderheitenschutz und faire Wahlregeln – besonders dann, wenn sie vom eigenen politischen Lager ausgehen (Wunsch/Jacob/Derksen; Eroglu/Finkel/Neundorf/Öztürk/Ramírez).

Demokratienschutz rechtsstaatlich begrenzen

Instrumente wehrhafter Demokratie können notwendig sein, dürfen aber nicht gegen missliebige Konkurrenz eingesetzt werden. Parteiverbote, Organisationsverbote und Einschränkungen politischer Rechte brauchen hohe Schwellen, unabhängige Verfahren, klare Begründungen und gerichtliche Kontrolle (Capoccia).

Wiederherstellung nach Backsliding eigenständig planen

Ein Regierungswechsel repariert beschädigte Institutionen nicht automatisch. Wiederherstellung braucht Prioritäten, rechtliche Begründung, transparente Verfahren, Kontrolle der neuen Regierung und Schutz vor Vergeltungslogik (Bianchi/Cheeseman/Cyr; Hillion/Pavone/Scherz; Frederiksen/Willer/Petersen).

Evidenz und Instrumente sorgfältig unterscheiden

Nicht jede Diagnose und nicht jedes Instrument ist gleich belastbar. Robust belegt sind schrittweise Erosion, Angriffe auf Medien, Zivilgesellschaft und Gerichte, die Bedeutung von Wahlvertrauen und die Schwierigkeit demokratischer Wiederherstellung. Vorsichtiger zu behandeln sind Ausmaß des globalen Rückgangs und kontextsensible Instrumente wie Wahlidentifikationspflichten, Parteiverbote oder restorative disobedience (Nord/Altman/Fernandes/God/Lindberg; Little/Meng; Weitzel/Gerring/Pemstein/Skaaning).

Offene Fragen und Leerstellen

Die Quellensammlung behandelt viele zentrale Fragen, aber nicht alle gleich stark. Vergleichsweise stark behandelt sind Demokratiedefinition, Messung, Backsliding-Prozesse, Resilienzkonzepte, Wahlen, öffentliche Einstellungen, Justizkontrolle, Medien/Zivilgesellschaft und Wiederherstellung nach Backsliding.

Schwächer behandelt sind konkrete institutionelle Reformpakete für einzelne Länder, Kosten-Nutzen-Vergleiche spezifischer Maßnahmen, langfristige Wirkungen politischer Bildung außerhalb experimenteller Settings, die praktische Umsetzung wehrhafter Demokratie in verschiedenen

Verfassungsordnungen und die Frage, wie soziale Ungleichheit, Wirtschaftsstruktur oder Wohlfahrtsstaat konkret mit demokratischer Resilienz zusammenwirken. Holloway und Manwaring weisen zudem darauf hin, dass demokratische Resilienz als Begriff selbst weiter präzisiert werden muss: Wer schützt was, gegen wen, für wen und mit welchen Kosten?

Zusammenfassung

Teil 1 zeigt, woran demokratische Gefährdung früh erkennbar wird und wie Demokratieschutz ansetzen muss, bevor Schäden schwer umkehrbar werden. Zentral ist der Blick auf Muster: Angriffe auf Medien, Zivilgesellschaft, Gerichte, Wahlregeln, Protestrechte und faire politische Konkurrenz sind nicht isoliert zu bewerten, sondern als mögliche Sequenz demokratischer Erosion.

Für die Praxis folgt: Demokratieschutz braucht frühzeitige Diagnose, klare demokratische Maßstäbe und sorgfältig begrenzte Gegenmaßnahmen. Wahladministration, Justiz, öffentliche Kontrolle und politische Bildung sind dabei zentrale Schutzbereiche. Besonders wichtig ist, dass Schutzinstrumente selbst demokratisch bleiben: verhältnismäßig, rechtsstaatlich kontrolliert, transparent begründet und gegen parteipolitischen Missbrauch abgesichert.

Der spezifische Beitrag dieses Teils liegt daher in der Handlungslogik: früh erkennen, präzise unterscheiden, entschieden reagieren – ohne demokratische Grenzen im Namen des Demokratieschutzes aufzuweichen.

Teil 2

Wer schützt die Demokratie, wenn sie unter Druck gerät?

Einleitung

Dieser Teil des Dossiers fragt danach, **wer Demokratie schützt, wenn sie unter Druck gerät**. Im Mittelpunkt stehen nicht abstrakte Stabilitätsbedingungen, sondern konkrete Akteure: Parteien, politische Eliten, Parlamente, Gerichte, Medien, Zivilgesellschaft und Bürger:innen.

Die ausgewerteten Quellen zeigen Demokratie als **System verteilter Verantwortung**. Ihre Widerstandsfähigkeit hängt nicht nur von Verfassungen, Wahlterminen oder formalen Institutionen ab, sondern davon, wie die zentralen Akteure in kritischen Situationen handeln: ob sie demokratische Regeln achten, Macht begrenzen, Angriffe auf Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit erkennen und rechtzeitig reagieren.

Deshalb werden die Akteure einzeln betrachtet. Parteien und Eliten entscheiden, ob antidemokratische Kräfte isoliert, normalisiert oder gestärkt werden. Parlamente kontrollieren Regierungsmacht – oder lassen ihr zu viel Raum. Gerichte schützen Verfassung und Rechtsstaat, können aber selbst unter Druck geraten. Medien sichern Öffentlichkeit und Kontrolle, sind jedoch anfällig für Einflussnahme, Desinformation und Vertrauensverlust. Zivilgesellschaft und Bürger:innen können demokratische Gegenmacht organisieren, aber auch illiberale Mobilisierung verstärken.

Die getrennte Analyse dient daher nicht der bloßen Aufzählung von Rollen. Sie klärt, **wo Gefahren entstehen, wo Schutzpotenziale liegen, welche Akteure in welchen Phasen demokratischer Erosion wirksam werden können und welche Grenzen oder Zielkonflikte bestehen**.

Der rote Faden lautet: Demokratie ist widerstandsfähig, wenn ihre Schutzmechanismen nicht nur formal bestehen, sondern praktisch aktiviert werden. Sie wird verletztlich, wenn zentrale Akteure versagen, schweigen, vereinnahmt werden oder demokratische Grundregeln aus kurzfristigem Nutzen relativieren.

Gefahrenbild

Die zentrale Gefahr: Erosion durch demokratisch gewählte Akteure

Die Quellen beschreiben die wichtigste gegenwärtige Gefahr nicht als klassischen Putsch, sondern als **Demontage von innen**. Gewählte Regierungen nutzen Mehrheiten und Verfahren, um checks and balances zu schwächen. Sie verändern Wahlregeln, besetzen Gerichte um, kontrollieren Medien, beschränken Zivilgesellschaft, delegitimieren Opposition oder dehnen Notstandsrechte aus.

Scheppele beschreibt dieses Muster als autokratischen Legalismus: Charismatische gewählte Führungspersonen nutzen ihr Mandat, um liberale Verfassungsordnungen rechtlich umzubauen und sich dauerhaft abzusichern. Haggard/Tiede präzisieren dies für die Justiz: Judicial backsliding ist ein Prozess, in dem gewählte Exekutiven die Unabhängigkeit von Gerichten reduzieren und damit die Gewaltenteilung kollabieren lassen.

Diese Gefahr ist besonders heimtückisch, weil sie nicht immer sofort als Systemangriff erkennbar ist. Viele Maßnahmen können einzeln als Reform, Effizienzsteigerung, Anti-Eliten-Politik, Sicherheitsmaß-

nahme oder Korrektur früherer Machtverhältnisse erscheinen. Erst in der Summe entsteht ein neues Machtgefüge.

Parteien als Ermöglicher oder Barrieren

Die Quellen legen besonderes Gewicht auf Parteien. Antidemokratische Kräfte können demokratische Institutionen nutzen, um sie zu schwächen. Entscheidend ist daher, wie etablierte Parteien reagieren. Capoccia zeigt am historischen Material zur Zwischenkriegszeit Europas, dass demokratische Stabilität in Krisen nicht allein von sozialen Strukturen abhängt, sondern von strategischen Entscheidungen demokratischer Eliten gegenüber extremistischen Akteuren. Wenn antisystemische Parteien im Parlament vertreten sind, sitzen sie nicht nur „vor den Toren“, sondern innerhalb der Institutionen.

In der aktuellen Literatur wird diese Frage vor allem mit Blick auf populistisch-radikale Rechte, illiberale Parteien und Mitte-rechts-Parteien relevant. Meléndez/Rovira Kaltwasser zeigen, dass die populistisch-radikale Rechte in Westeuropa zwar demokratische Regeln formal nutzt, aber liberal-demokratische Kernbestandteile angreifen und untergraben. Zugleich deuten sie eine breite gesellschaftliche Ablehnung dieser Parteienfamilie als mögliches Zeichen demokratischer Widerstandskraft – allerdings nur dann, wenn diese Ablehnung auch politisch wirksam wird, etwa durch klare Abgrenzung, Mobilisierung oder Wahlverhalten.

Normalisierung und Koalitionsfähigkeit illiberaler Akteure

Eine robuste Schlussfolgerung aus mehreren Texten lautet: Demokratische Gefahr entsteht nicht nur durch die Stärke illiberaler Parteien, sondern durch ihre **Koalitionsfähigkeit** und ihre Fähigkeit, etablierte Akteure zu verschieben. Wird eine extrem rechte oder illiberale Kraft als normaler Partner behandelt, kann sie Agenda, Sprache und Institutionen verändern, selbst wenn sie nicht allein regiert.

Diese Dynamik wird in den Quellen aus unterschiedlichen Blickwinkeln beschrieben. Capoccia untersucht, welche kurzfristigen Strategien demokratische Regierungen gegenüber extremistischen Akteuren einsetzen können. Meléndez und Rovira Kaltwasser zeigen, dass eine breite gesellschaftliche Ablehnung solcher Parteien eine demokratische Grenze bilden kann. Halevy und Buštková machen deutlich, dass illiberale Parteien besonders dann wirksam werden, wenn sie sich mit religiösen, konservativen oder antidemokratisch orientierten zivilgesellschaftlichen Akteuren verbinden und dadurch Staat und Gesellschaft schrittweise verändern.

Exekutive Machtkonzentration und Notstandslogik

Ein breit belegtes Gefahrenmuster ist der Ausbau exekutiver Macht in Krisen. Värttö zeigt für die finnische COVID-Pandemie, dass Grundrechtseinschränkungen zwar oft als verhältnismäßig und notwendig beurteilt wurden, aber Begründungen und Informationsrechte des Parlaments teils unzureichend waren. Genau diese Defizite schwächen parlamentarische Kontrolle.

Johnson vergleicht unterschiedliche Formen von Notstandsrechten und zeigt dabei typische Risiken: Parlamente greifen oft zu spät ein, die Grenzen der Sondervollmachten bleiben unklar, außergewöhnliche Machtbefugnisse werden allmählich normalisiert, und nach der Krise ist es schwer, die ausgeweitete Macht der Exekutive wieder zurückzunehmen.

Han zeigt am Fall Südkorea, wie Notstandsrechte in einem polarisierten politischen Umfeld als Instrument exekutiver Dominanz eingesetzt werden können. Die Erklärung von Kriegsrecht im Dezember 2024 wird als akuter Ausdruck von executive overreach beschrieben; zugleich zeigt der Fall, dass parlamentarische, gerichtliche und zivilgesellschaftliche Gegenwehr eine Verfassungskrise zurückdrängen kann.

Justizangriffe als Kern autoritärer Strategien

Gerichte sind in den Quellen zugleich Schutz und Angriffsziel. Haggard/Tiede identifizieren drei Mechanismen des judicial backsliding: Beschneidung gerichtlicher Kompetenzen, Eingriffe in Personal und Ernennungssysteme sowie finanzielle Schwächung. Aydin-Cakir/Akarçay ergänzen eine informelle Dimension: Regierungen greifen Gerichte verbal an, besonders wenn Korruption und unabhängige Medien gerichtliche Kontrolle politisch sichtbar machen.

Gibler/Randazzo zeigen, dass etablierte unabhängige Gerichte Regimewechsel Richtung Autoritarismus verhindern helfen können, aber dass diese Wirkung Zeit braucht. Neue Gerichte sind weniger stabilisierend; Legitimität und Autorität müssen wachsen.

Zivilgesellschaftliche Schwächung – und illiberale Zivilgesellschaft

Die Quellen warnen vor zwei gegenläufigen Risiken. Erstens beschränken autokratisierende Regierungen zivilgesellschaftliche Räume, etwa durch NGO-Gesetze, „foreign agents“-Regeln, Repression, Finanzierungsbeschränkungen oder administrative Schikanen. Rakner zeigt, dass Einschränkungen von Meinungs- und Vereinigungsfreiheit ein typisches Element demokratischer Erosion sind. Panchulidze/Youngs beschreiben Georgiens „foreign agents“-Gesetz als Angriff auf Zivilgesellschaft und Medien.

Zweitens ist Zivilgesellschaft nicht automatisch demokratisch. Halevy/Buřtiková zeigen, wie konfessioneller Illiberalismus über religiöse und sozialkonservative Organisationen tief institutionell verankert werden kann. Jakli/Greskovits/Wittenberg zeigen für Ungarn, dass eine starke illiberale rechte Zivilgesellschaft und schwache liberal-linke Gegenmobilisierung Fidesz' Wahlerfolg und spätere demokratische Aushöhlung begünstigten.

Desinformation, Mediacapture und Nachrichtenvermeidung

Medien werden in den Quellen weniger breit behandelt als Parteien, Gerichte und Zivilgesellschaft, aber die vorhandenen Texte setzen wichtige Akzente. Ladd zeigt, dass Medienmisstrauen demokratische Folgen hat: Wer institutionellen Medien misstraut, nutzt eher alternative parteiliche Medien, verarbeitet neue Informationen weniger offen und stimmt stärker entlang parteilicher Voreinstellungen ab.

Peißker/Cowburn/Klinger zeigen für backsliding democracies, dass Resilienz gegen Desinformation nicht einfach aus Medienvertrauen abgeleitet werden kann. In erfassten Mediensystemen kann Vertrauen in Medien irreführend sein, wenn diese Medien politisch kontrolliert oder parteilich vereinnahmt sind. Zivilgesellschaft und alternative Informationsnetzwerke können dann wichtige Resilienzressourcen werden.

Lee zeigt für Hongkong, dass demokratische Erosion Bürger:innen auch psychologisch aus der Öffentlichkeit treiben kann: Politisch motivierte, intentionale Nachrichtenvermeidung entsteht, wenn politische Veränderungen Angst, Frustration oder Ohnmacht auslösen und Medien als weniger wirksam wahrgenommen werden.

Resilienzfaktoren

Mehrschichtige Kontrolle statt Vertrauen auf eine einzelne Institution

Der stärkste Querschnittsbefund ist: Keine Institution schützt Demokratie allein. Erfolgreiche Resilienz entsteht, wenn mehrere Schutzmechanismen gleichzeitig wirken. In Südkorea verhinderten nicht Gerichte allein, nicht Parlament allein und nicht Protest allein die Eskalation, sondern das Zusammenwirken von Nationalversammlung, Verfassungsgericht, Öffentlichkeit und Protestmobilisierung.

Panchulidze und Youngs beschreiben Georgien als Beispiel dafür, dass demokratische Widerstandskraft auch in wiederkehrenden Krisen bestehen kann. Während staatliche Institutionen dort nur begrenzt Schutz bieten, bleibt der gesellschaftliche Widerstand stark. Der Fall zeigt aber auch die Grenzen solcher Resilienz: Protest und Mobilisierung können autoritäre Entwicklungen sichtbar bekämpfen und bremsen, sie aber nicht unbedingt sofort aufhalten.

Demokratische Parteien und strategische Opposition

Parteien sind nicht nur Akteure im politischen Wettbewerb, sondern können auch eine Schutzfunktion für die Demokratie übernehmen. Laebens und Ślarzyński zeigen am polnischen Fall, dass demokratische Opposition in Phasen demokratischer Erosion vor einer doppelten Aufgabe steht: Sie muss Angriffe auf demokratische Institutionen klar bekämpfen und zugleich politisch mehrheitsfähig bleiben. Das wird besonders schwierig, wenn eine Regierung demokratische Regeln schwächt, aber gleichzeitig populäre Maßnahmen setzt.

Die Opposition kann darauf unterschiedlich reagieren: Sie kann einzelne populäre Maßnahmen übernehmen, sich bewusst davon abgrenzen oder bestimmte Themen vermeiden, wenn sie der Regierung strategisch nutzen würden. Entscheidend ist, dass sie demokratische Prinzipien verteidigt, ohne den Kontakt zu gesellschaftlichen Mehrheiten zu verlieren.

Eine vorsichtige praxisnahe Schlussfolgerung daraus lautet: Demokratische Opposition darf nicht in die Rolle gedrängt werden, jede einzelne Regierungsmaßnahme reflexhaft abzulehnen. Sie muss unterscheiden zwischen populären, demokratisch legitimen Politikangeboten und institutioneller Aushöhlung. Sonst kann sie unfreiwillig das Narrativ bedienen, sie verteidige nur alte Eliten oder frühere Statusordnungen.

Negative Parteilichkeit als demokratische Barriere

Meléndez/Rovira Kaltwasser zeigen, dass eine starke gesellschaftliche Abneigung gegen populistisch-radikale rechte Parteien eine demokratische Ressource sein kann. Sie begrenzt deren Wachstum und zeigt, dass illiberale Akteure nicht nur Zustimmung, sondern auch gesellschaftliche Ablehnung mobilisieren. Die Autoren sehen darin ein mögliches Zeichen demokratischer Widerstandskraft.

Entscheidend ist aber, dass diese Ablehnung politisch wirksam wird – etwa durch klare Abgrenzung anderer Parteien, zivilgesellschaftliche Mobilisierung oder entsprechendes Wahlverhalten.

Hier liegt ein Zielkonflikt: Ablehnung antidemokratischer Akteure kann demokratische Grenzen stabilisieren; sie kann aber auch affektive Polarisierung vertiefen, wenn sie nicht an demokratischen Prinzipien, sondern nur an Lageridentität hängt. Die Quellensammlung spricht daher eher für **prinzipiengeleitete Abgrenzung** als für bloße Feindbildpolitik.

Zivilgesellschaftliche Autonomie und demokratische Mobilisierung

Rakner zeigt für Malawi und Sambia, dass zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen verfassungsändernde Machterhaltsstrategien von Amtsinhaber:innen wirksam sein kann. Besonders wichtig ist, dass zivilgesellschaftliche Organisationen unabhängig von Parteien bleiben. Wenn sie sich zu eng an Parteien binden oder von ihnen vereinnahmt werden lassen, verlieren sie an Glaubwürdigkeit und Handlungsspielraum. Dann können sie autoritäre Entwicklungen deutlich schwerer bremsen.

Ellinas/Lamprianou zeigen für Griechenland, dass Protest gegen die extreme Rechte konkrete Wahleffekte haben kann. Anti-Golden-Dawn-Proteste senkten die Wahlergebnisse der Partei deutlich; besonders wirksam waren Proteste, wenn sie räumlich und zeitlich eng mit rechtsextremen Aktivitäten interagierten – das von ihnen beschriebene „tango pattern“.

McClennen, Popovic und Wright zeigen, wie gewaltfreier Protest praktisch wirksamer werden kann. Besonders wichtig sind dabei sogenannte „Dilemma-Aktionen“: Protestformen, die die Gegenseite in eine schwierige Lage bringen. Wenn sie den Protest ignoriert, wirkt sie schwach; wenn sie hart dagegen vorgeht, wirkt sie überzogen und verliert an Glaubwürdigkeit. Die Autor:innen betonen, dass kreative, humorvolle und leicht verständliche Protestformen mehr Menschen erreichen und die Erfolgchancen gewaltfreier Bewegungen erhöhen können.

Symmetrische demokratische Gegenmobilisierung

Jakli/Greskovits/Wittenberg liefern einen zentralen Warnhinweis: Wenn illiberale Kräfte zivilgesellschaftlich und emotional mobilisieren, während liberale Kräfte diese Ebene vernachlässigen, entsteht asymmetric mass mobilization. In Ungarn stärkte die langfristige rechte Mobilisierung Fidesz; zugleich fehlten linken und liberalen Kräften später Mobilisierungsressourcen, um frühe backsliding-Maßnahmen wirksam zu stoppen.

Dies ist ein besonders praxisrelevanter Befund: Demokratieverteidigung ist nicht nur Institutionenpolitik. Sie braucht dauerhafte soziale Verankerung, lokale Netzwerke, emotionale Bindung und Mobilisierungsfähigkeit – nicht erst nach dem Wahlsieg der Illiberalen.

Starke Parlamente und funktionierende Informationsrechte

Värttö zeigt, dass parlamentarische Verfassungsprüfung in Krisen eine ergänzende Schutzfunktion erfüllen kann, selbst wenn die Exekutive dominiert. Der zentrale Schwachpunkt waren unzureichende Begründungen und eingeschränkte Informationsrechte.

Navarro und Raunio zeigen am Beispiel Frankreichs und Finnlands während der COVID-Pandemie, dass Parlamente in Krisen zunächst oft an Einfluss verlieren. Mit der Zeit können sie aber wieder

stärker auftreten, ihre Kontrollrechte aktiver nutzen und der Exekutive selbstbewusster gegenüber treten. Entscheidend waren institutionelle Ausgangslage, parteipolitische Konstellationen und Anpassungsfähigkeit.

Daraus folgt: Parlamentarische Resilienz ist nicht nur eine Frage formaler Rechte, sondern auch praktischer Routinen: Ausschüsse, Fragerechte, Zugang zu Daten, Zeit für Prüfung, Krisenverfahren, Minderheitenrechte und Bereitschaft der Abgeordneten, parlamentarische Autonomie auch über Parteigrenzen hinweg zu verteidigen.

Etablierte unabhängige Gerichte und richterliche Mobilisierung

Gibler/Randazzo liefern den stärksten breit-empirischen Befund zu Gerichten: Etablierte unabhängige Judikative verringern die Wahrscheinlichkeit autoritärer Regimeumkehr. Zugleich braucht gerichtliche Autorität Zeit. Neue Gerichte sind nicht automatisch stabile Gegengewichte.

Der Text zu polnischen Richter:innen und die Analyse von Bakiner zeigen eine weitere Form demokratischer Gegenwehr: Richter:innen können sich auch außerhalb des Gerichtssaals öffentlich engagieren, wenn die Unabhängigkeit der Justiz bedroht ist. Das ist für Richter:innen nicht selbstverständlich. Es kann berufliche Risiken mit sich bringen und widerspricht teilweise dem traditionellen Selbstverständnis richterlicher Zurückhaltung. Dennoch kann ein solches öffentliches Engagement ein wichtiges Zeichen demokratischer Widerstandskraft sein – besonders dann, wenn Gerichte selbst zum Ziel politischer Angriffe werden.

Medienresilienz: Unabhängigkeit, Pluralität, Vertrauen mit Kontext

Medienresilienz entsteht nach den Quellen nicht einfach durch hohes Vertrauen, sondern durch **unabhängige, pluralistische, leistungsfähige Medienlandschaften**. Ladd betont zwei demokratische Funktionen von Medien: Sie strukturieren politische Konflikte und liefern Informationen für retrospektives Wählen. Neff/Pickard verweisen auf Forschung, wonach stark finanzierte, unabhängige öffentliche Medien mehr substanzielle Nachrichten, breitere Versorgung und höhere politische Kenntnis fördern können.

Peißker/Cowburn/Klinger warnen jedoch: In backsliding-Kontexten muss Medienvertrauen immer zusammen mit Mediacapture betrachtet werden. Vertrauen in erfasste Medien kann Resilienz nicht erhöhen, sondern Desinformation stabilisieren.

Frühwarnsignale, Muster und Erosionsdynamiken

Dieses Unterkapitel fragt vor allem: Welche Akteure schwächen demokratische Schutzfunktionen – und welche gesellschaftlichen Dynamiken machen das möglich?

1. Legalistische Reformen mit kumulativer Wirkung

Warnsignal ist eine Serie formal legaler, scheinbar technischer Reformen, die zusammen Kontrollinstanzen schwächen: Gerichtskompetenzen, Ernennungen, Amtszeiten, Disziplinarverfahren, Budgets, Wahlregeln, Medienaufsicht, NGO-Regeln oder parlamentarische Verfahren. Für die Justiz

beschreiben Haggard/Tiede dies als „autocrat’s toolkit“; Scheppele analysiert die breitere Logik legalistischer Demontage.

2. Delegitimierung unabhängiger Institutionen

Zu prüfen ist, ob Gerichte, Medien, Wahlbehörden oder NGOs systematisch als „Feinde“, „Eliten“, „fremdgesteuert“, „korrupt“ oder „anti-national“ markiert werden. Solche Angriffe können spätere Eingriffe vorbereiten, besonders wenn Korruption, unabhängige Medien und gerichtliche Kontrolle zusammentreffen (Aydin-Cakir/Akarçay). Auch die gezielte Rückabwicklung von Rechten bestimmter Gruppen ist ein Warnsignal illiberaler Politik (Halevy/Buštková).

3. Notstandsrhetorik ohne enge Begrenzung

Notstände werden riskant, wenn sie diffus begründet, nicht befristet, parlamentarisch schwach kontrolliert oder mit Feindrhetorik verbunden werden. Kritisch sind besonders Begriffe wie „Staatsfeinde“, „innere Feinde“ oder pauschale Sicherheitsbehauptungen ohne klare Rückkehr zur Normalordnung (Han; Johnson).

4. Unklare Normbrüche

Ein schwieriges Warnsignal sind Handlungen, die formal möglich erscheinen, aber demokratisch fragwürdig sind. Wenn solche Grauzonen wiederholt ausgereizt werden, verschwimmt die Grenze zwischen normalem Konflikt und Regelbeschädigung. Das erschwert gemeinsame Gegenwehr gegen spätere Machtmissbräuche (Ingham).

5. Asymmetrische Mobilisierung

Gefährlich wird es, wenn illiberale Bewegungen dauerhaft gesellschaftlich, lokal und emotional mobilisieren, während demokratische Kräfte vor allem institutionell oder technokratisch reagieren. Dadurch können langfristige Wahl- und Organisationsvorteile für illiberale Akteure entstehen (Jakli/Greskovits/Wittenberg).

6. Statuspolitik und emotionale Bindung

Zu beachten ist, ob antidemokratische Bewegungen Anerkennung, Zugehörigkeit und Status versprechen. Demokratische Gegenstrategien greifen zu kurz, wenn sie nur Fakten korrigieren, aber Erfahrungen von Abwertung, Missachtung und kultureller Entfremdung ignorieren (Koenig/Mendelberg).

7. Rückzug aus Öffentlichkeit

Ein weiteres Warnsignal ist politisch motivierte Nachrichtenvermeidung. Wenn Bürger:innen Politik als deprimierend, angstauslösend oder wirkungslos erleben, sinkt die Fähigkeit zur demokratischen Korrektur: Weniger Menschen nehmen Machtmissbrauch wahr, ordnen ihn ein und reagieren darauf (Lee).

Optionen

Präventive Maßnahmen in frühen Erosionsphasen

In frühen Phasen ist entscheidend, dass demokratische Akteure nicht auf den vollständigen Systembruch warten. Die Quellensammlung spricht für frühe, klare, prinzipienbasierte Reaktionen auf Angriffe gegen Spielregeln.

Erstens müssen Parteien antidemokratische Akteure strategisch begrenzen. Das kann Isolation, klare Koalitionsgrenzen, öffentliche Delegitimierung antidemokratischer Positionen oder institutionelle Sanktionen umfassen. Capoccia zeigt, dass demokratische Verteidigung gegenüber extremistischen Parteien eine Frage konkreter Entscheidungen in kritischen Momenten ist. Meléndez/Rovira Kaltwasser zeigen, dass gesellschaftliche Abneigung gegen die populistisch-radikale Rechte eine Ressource sein kann, wenn sie demokratisch mobilisiert wird.

Zweitens sollte demokratische Opposition institutionelle Angriffe klar benennen, aber nicht jede populäre Politik der Regierung reflexhaft bekämpfen. Laebens/Ślarzyński zeigen, dass Opposition in Backsliding-Kontexten strategisch zwischen accommodation, opposition und dismissal wählen kann. Besonders wichtig ist, populäre sozialpolitische Maßnahmen nicht automatisch den Autoritären zu überlassen, sondern deren demokratische Nutzbarkeit zu prüfen.

Drittens braucht es dauerhafte demokratische Zivilgesellschaft, nicht nur Krisenprotest. Die ungarische Analyse zeigt, dass Vernachlässigung liberaler Mobilisierungsstrukturen später schwer reparierbar ist.

Schutzstrategien bei fortgeschrittener Aushöhlung

Wenn Institutionen bereits geschwächt sind, verschiebt sich der Schwerpunkt. Dann reicht rechtliche Verteidigung allein oft nicht mehr. Erforderlich ist eine Kombination aus Wahlmobilisierung, institutioneller Restkontrolle, internationaler oder supranationaler Einbindung, rechtlicher Gegenwehr und gesellschaftlichem Druck.

Polen zeigt, dass oppositionelle Wahlsiege gegen backsliding-Regierungen möglich bleiben können, wenn Mediumumfeld, Zivilgesellschaft, Parteienwettbewerb und territoriale Machtverteilung noch hinreichend plural sind. Laebens/Ślarzyński betonen aber zugleich eine Scope Condition: Ihre Schlüsse gelten vor allem für Kontexte, in denen der politische Raum nicht schon vollständig geschlossen ist.

Georgia zeigt, dass demokratische Resilienz fortbestehen kann, auch wenn Autokratisierung zeitweise dominiert. Gesellschaftlicher Pluralismus kann die Möglichkeit späterer Umkehr erhalten, aber nicht garantieren.

Wolkenstein behandelt die schwierige Frage, wie liberal-demokratische Regierungen mit Verfassungsgerichten umgehen sollen, die zuvor von illiberalen Kräften politisch besetzt wurden. Hier zeigt sich ein heikler Zielkonflikt: Einerseits muss die Unabhängigkeit der Justiz wiederhergestellt werden. Andererseits können Eingriffe in ein besetztes Gericht selbst wie parteipolitische Einflussnahme wirken, wenn sie nicht klar begründet, transparent geregelt und strikt rechtsstaatlich abgesichert sind.

Maßnahmen gegen Vertrauensverlust, Entfremdung und Delegitimierung

Die Quellensammlung bietet hier weniger geschlossene Rezepte, aber mehrere belastbare Hinweise.

Voelkel/Stagnaro/Chu et al. zeigen: Es gibt nicht **die eine** Maßnahme gegen politische Radikalisierung. Unterschiedliche Probleme brauchen unterschiedliche Antworten. Maßnahmen, die Menschen sympathischer auf politische Gegner:innen blicken lassen, verringern zwar parteiliche Feindseligkeit. Sie führen aber nicht automatisch dazu, dass Menschen undemokratische Praktiken oder politische Gewalt stärker ablehnen. Gegen undemokratische Einstellungen wirkten in der Studie vor allem andere Ansätze: Menschen wurden darüber aufgeklärt, dass sie die Ansichten der Gegenseite oft falscher und extremer einschätzen, als sie tatsächlich sind. Ebenfalls wirksam waren Hinweise darauf, welche realen Gefahren entstehen, wenn demokratische Regeln weiter geschwächt werden. Die Autor:innen betonen zugleich eine wichtige Grenze: Kurze Online-Interventionen können Einstellungen kurzfristig verändern, ersetzen aber keine dauerhafte politische und gesellschaftliche Arbeit. Um antidemokratische Einstellungen nachhaltig zu schwächen, braucht es wiederholte, glaubwürdige und strukturell verankerte Maßnahmen.

Koenig und Mendelberg machen deutlich, dass politische Mobilisierung auch aus dem Gefühl entstehen kann, gesellschaftlich abgewertet oder institutionell nicht respektiert zu werden. Demokratieverteidigung sollte solche Status- und Anerkennungsfragen ernst nehmen, ohne daraus illiberale Forderungen zu legitimieren. Es reicht daher nicht, nur Fakten zu korrigieren. Wichtig sind auch Fragen von Würde, Zugehörigkeit, Respekt und fairer Behandlung durch Institutionen. Diese Schlussfolgerung ist aus dem Text ableitbar, wird von den Autor:innen aber nicht als fertiges politisches Programm formuliert.

Für die Medienpolitik legen Ladd, Lee sowie Peißker, Cowburn und Klinger eine doppelte Aufgabe nahe: Einerseits müssen unabhängige Medien gestärkt und vor politischer Vereinnahmung geschützt werden. Andererseits brauchen Bürger:innen Orientierung, damit sie sich angesichts von Desinformation, Konflikten und demokratischer Erosion nicht überfordert zurückziehen. Dazu gehören verständliche Berichte über Angriffe auf demokratische Regeln, klare Erklärungen institutioneller Zusammenhänge, sichtbare Handlungsmöglichkeiten und wirksamer Schutz vor Mediacapture.

Wege der Stabilisierung, Wiederherstellung und Erneuerung

Die Quellen beschreiben mehrere Wege zurück oder zur Stabilisierung:

Ein Weg ist **Wahlmobilisierung gegen Backsliding-Regierungen**, wie Polen, Brasilien, USA, Tschechien oder Slowenien in Laebens/Ślarzyński als Beispiele oppositioneller Siege gegen Exekutiv-machtkonzentration erwähnt werden. Entscheidend sind Wettbewerbsfähigkeit, Medienzugang, Oppositionskoordination und Fähigkeit, über reine Institutionenrhetorik hinaus Wähler:innen zu erreichen.

Ein zweiter Weg ist **koordinierte institutionelle Abwehr**, wie Südkorea zeigt: Parlament, Gericht und Protest können zusammenwirken, um einen akuten Verfassungsbruch zurückzudrängen.

Ein dritter Weg ist **zivilgesellschaftliche Dauerresilienz**, wie Georgien und afrikanische Fälle zeigen. Entscheidend sind historische Demokratiebewegungen, Autonomie, regelmäßige Wahlen als Mobilisierungsfenster und institutionalisierte Protestfähigkeit.

Ein vierter Weg ist **Wiederaufbau unabhängiger Gerichte und Medien**. Hier sind die Quellen vorsichtig: Es reicht nicht, formale Unabhängigkeit herzustellen. Legitimität, professionelle Normen, öffentliche Unterstützung, Personalintegrität und institutionelle Zeit sind erforderlich. Gibler/Randazzo zeigen gerade, dass die Schutzwirkung etablierter Gerichte Zeit braucht.

Grenzen und Zielkonflikte

Die Quellensammlung macht mehrere Zielkonflikte sichtbar.

Wehrhafte Demokratie kann nötig sein, aber sie kann selbst liberal-demokratische Prinzipien belasten. Parteiverbote oder harte Einschränkungen können Bewegungen nicht vollständig beseitigen und können neue Organisationsformen hervorbringen, wie Jakli/Greskovits/Wittenberg am Beispiel Türkei diskutieren.

Institutionelle Selbstbeschränkung stabilisiert Demokratie, kann aber Demokrat:innen in ein Dilemma bringen: Wenn sie auf harte Mittel verzichten, lassen sie möglicherweise antidemokratischen Akteuren Raum; wenn sie sie nutzen, können sie selbst Normen beschädigen oder Ambiguität erzeugen.

Populäre Politik autoritär agierender Regierungen stellt Opposition vor schwierige Entscheidungen. Wer alles ablehnt, wirkt abgehoben; wer zu viel übernimmt, normalisiert möglicherweise den Amtsinhaber. Laebens/Ślarzyński zeigen genau diesen strategischen Raum.

Zivilgesellschaftliche Mobilisierung kann Demokratie schützen, aber auch illiberale Bewegungen stärken. Die Kategorie „Zivilgesellschaft“ ist daher analytisch nicht ausreichend; entscheidend ist ihre demokratische Qualität.

Medienvertrauen stärkt Demokratie nur, wenn die Medien unabhängig sind. Dann hilft es Bürger:innen, verlässliche Informationen zu nutzen und Machtmissbrauch zu erkennen. Sind Medien jedoch politisch kontrolliert, kann Vertrauen problematisch werden: Es erhöht dann die Wirkung einseitiger oder manipulativer Informationen und kann Machterhalt erleichtern.

Handlungsschlüsse für die Praxis

Parteien müssen demokratische Grenzen ziehen

Demokratische Parteien dürfen antidemokratische Akteure nicht aus kurzfristigem Machtkalkül normalisieren. Sie müssen klare Grenzen ziehen und zugleich reale Anliegen, Statuskonflikte und materielle Interessen politisch bearbeiten, damit illiberale Kräfte kein Repräsentationsmonopol erhalten (Capoccia; Meléndez/Rovira Kaltwasser; Laebens/Ślarzyński; Koenig/Mendelberg).

Opposition muss Rechtsstaatsschutz mit Politikangeboten verbinden

In Backsliding-Kontexten reicht abstrakte Institutionenrhetorik nicht aus. Opposition muss zeigen, wie Rechtsstaat, faire Verfahren und Kontrolle mit konkreten Lebensinteressen verbunden sind, ohne institutionelle Angriffe zu relativieren (Laebens/Ślarzyński).

Parlamente brauchen krisenfeste Kontrollrechte

Für Krisen braucht es klare Informationsrechte, Begründungspflichten, Befristungen, Berichtspflichten, Ausschussskontrolle, Minderheitenrechte und Überprüfung von Notstandsmaßnahmen. Exekutivdominanz darf nicht unbegründet, unkontrolliert oder dauerhaft werden (Värttö; Navarro/Raunio; Johnson; Han).

Gerichte müssen geschützt und legitimiert werden

Justizunabhängigkeit sollte vorsorglich gesichert werden: durch robuste Ernennungsverfahren, Amtszeiten, Budgetschutz, Disziplinarregeln, transparente Verfahren und öffentliche Erklärung ihrer demokratischen Funktion (Gibler/Randazzo; Haggard/Tiede; Gardbaum; Aydin-Cakir/Akarçay).

Zivilgesellschaftliche Resilienz braucht dauerhafte Infrastruktur

Demokratische Zivilgesellschaft entsteht nicht erst in der Krise. Sie braucht Ressourcen, lokale Netzwerke, Unabhängigkeit von Parteien, Mobilisierungsfähigkeit und gesellschaftliche Anschlussfähigkeit (Rakner; Jakli/Greskovits/Wittenberg; Ellinas/Lamprianou; Panchulidze/Youngs; McClennen/Popovic/Wright).

Medienpolitik muss demokratische Orientierung sichern

Medien sind Infrastruktur demokratischer Selbstkorrektur. Wichtig sind Unabhängigkeit, Pluralität, Schutz vor Capture, Transparenz von Eigentum und Finanzierung, investigative und lokale Berichterstattung sowie verständliche Erklärung demokratischer Konflikte (Ladd; Neff/Pickard; Peißker/Cowburn/Klinger; Lee).

Bürger:innen sollten Muster erkennen, nicht nur Einzelfälle

Demokratische Erosion zeigt sich oft in der Summe einzelner Schritte. Entscheidend ist, ob Maßnahmen gemeinsam in eine Richtung weisen: weniger Kontrolle, weniger Pluralismus, weniger Rechtsbindung, weniger faire Konkurrenz (Scheppelle; Haggard/Tiede; Ingham; Han; Peißker/Cowburn/Klinger).

Offene Fragen und Leerstellen in den Quellen

Erstens behandelt die Quellensammlung Medien zwar substanziell, aber weniger systematisch als Parteien, Gerichte, Zivilgesellschaft und Parlamente. Es gibt wichtige Texte zu Medienvertrauen, Nachrichtenvermeidung, Desinformation und öffentlichen Medien, aber weniger integrierte Analysen dazu, wie Medieninstitutionen konkret gegen demokratische Erosion geschützt werden können.

Zweitens sind internationale Akteure nur punktuell behandelt. Rakner erwähnt, dass die Rolle ausländischer Regierungen, internationaler NGOs und transnationaler zivilgesellschaftlicher Allianzen gegenüber Backsliding noch zu wenig verstanden ist.

Drittens bleibt die Frage der Wiederherstellung nach institutioneller Erfassung schwierig. Wolkenstein zeigt das Problem erfasster Verfassungsgerichte, aber die Quellensammlung liefert

keine einfache, allgemein gültige Lösung. Gerade hier bestehen Zielkonflikte zwischen demokratischer Reparatur und dem Risiko, selbst als institutionelle Machtpolitik zu erscheinen.

Viertens sind die empirischen Befunde teils stark kontextgebunden. Griechenland, Polen, Ungarn, Georgien, Südkorea, Hongkong, Visegrád, USA, Finnland und Frankreich liefern wichtige Muster, aber keine mechanisch übertragbaren Rezepte. Robust sind die Grundprinzipien; vorsichtig zu formulieren sind konkrete operative Strategien.

Zusammenfassung

Teil 2 macht deutlich, dass Demokratieschutz eine Aufgabe verteilter Verantwortung ist. Parteien, Parlamente, Gerichte, Medien, Zivilgesellschaft und Bürger:innen erfüllen unterschiedliche Schutzfunktionen; entscheidend ist ihr Zusammenwirken. Keine Ebene kann demokratische Resilienz allein sichern, aber jede kann zur Schwachstelle werden, wenn sie vereinnahmt, blockiert oder delegitimiert wird.

Für die Praxis folgt besonders: Parteien und politische Eliten tragen frühe Verantwortung, weil sie entscheiden, ob illiberale Akteure normalisiert oder begrenzt werden. Parlamente brauchen krisenfeste Kontrollrechte, Gerichte institutionellen Schutz und öffentliche Legitimation, Medien Unabhängigkeit und Orientierungskraft, Zivilgesellschaft demokratische Verankerung und Autonomie.

Der spezifische Beitrag dieses Teils liegt in der Akteurslogik: Demokratie bleibt widerstandsfähig, wenn demokratische Akteure ihre jeweilige Rolle rechtzeitig, koordiniert und verantwortungsvoll wahrnehmen.

Teil 3

Demokratie verteidigen, erneuern und zukunftsfähig machen

Einleitung

Dieser Teil des Dossiers untersucht, wie Demokratien unter Bedingungen wachsender Polarisierung, sinkenden Vertrauens und gezielter institutioneller Angriffe widerstandsfähig und zukunftsfähig bleiben können. Im Mittelpunkt steht die Einsicht, dass demokratische Resilienz mehr verlangt als reine Abwehr. Sie entsteht dort, wo Macht wirksam begrenzt, Institutionen geschützt, Beteiligung verbessert und politische Entscheidungen nachvollziehbarer werden.

Die ausgewerteten Quellen verbinden zwei Perspektiven: Sie beschreiben Risiken demokratischer Erosion – etwa Machtkonzentration, parlamentarische Störung, strategische Normverletzungen und Vertrauensverlust – und zeigen zugleich Wege demokratischer Erneuerung auf. Dazu zählen deliberative Teiligungsverfahren, Citizens' Assemblies, transparente Evaluation und eine bessere Verknüpfung solcher Verfahren mit repräsentativen Institutionen.

Der Abschnitt bündelt diese Befunde zu einem Gesamtbild: Demokratie bleibt stark, wenn sie Angriffe abwehrt und zugleich ihre Legitimität, Teiligungsqualität und Problemlösungsfähigkeit weiterentwickelt. Schutz und Erneuerung sind daher keine getrennten Aufgaben, sondern zwei Seiten demokratischer Zukunftssicherung.

Gefahrenbild

Das Gefahrenbild beginnt mit einer Korrektur einer verbreiteten Diagnose: Backsliding lässt sich nicht hinreichend dadurch erklären, dass Demokratien sozioökonomisch „nicht liefern“. Carothers und Hartnett untersuchen zwölf Fälle und kommen zu dem Schluss, dass wirtschaftliche Enttäuschung in manchen Fällen relevant ist, aber keine allgemeine Erklärung trägt. In vielen Fällen waren Armut oder Ungleichheit vor dem Machtantritt illiberaler Akteure nicht gestiegen oder die Wirtschaft war sogar relativ stark. Entscheidend waren häufig Mischungen aus kulturellen Konflikten, Korruption, Kriminalitätswahrnehmung, politischer Kontingenz, charismatischer Mobilisierung und institutioneller Schwäche (Carothers/Hartnett).

Die wichtigste Gefahr liegt demnach in predatory power: gewählte Akteure, die demokratische Ämter nutzen, um Gegengewichte zu schwächen und Macht zu konzentrieren. Die Quellensammlung spricht hier nicht von einem äußeren Angriff auf Demokratie, sondern von einer inneren Erosion durch Akteure, die demokratische Legitimation beanspruchen und zugleich demokratische Normen unterlaufen. Carothers und Hartnett formulieren dies zugespitzt als **Versagen der Demokratie, Macht zu begrenzen** (Carothers/Hartnett).

Eine zweite Gefahr ist die **strategische Delegitimierung parlamentarischer Institutionen**. Mares zeigt am Beispiel der Zwischenkriegszeit, dass extremistische Parteien Parlamente nicht nur als Bühne nutzen, sondern bewusst stören können: durch Regelverletzungen, Verzögerung, Obstruktion, symbolische Herabsetzung und die Botschaft, parlamentarische Verfahren seien sinnlos oder korrupt.

Historisch betrifft dies sowohl extreme Linke als auch extreme Rechte; der Befund ist daher nicht auf eine politische Richtung beschränkt (Mares).

Eine dritte Gefahr liegt in **Vertrauensverlust**, politischer Entfremdung, Populismus, Verschwörungsdenken und Desinformation. Wappenhans/Clemm/Hartmann/Klüver verorten Citizens' Assemblies ausdrücklich vor diesem Hintergrund: sinkendes politisches Vertrauen, populistische und extremistische Bewegungen sowie größere Anfälligkeit für Verschwörungstheorien bilden das Problemumfeld, in dem deliberative Demokratie als Resilienzansatz geprüft wird (Wappenhans/Clemm/Hartmann/Klüver).

Eine vierte Gefahr entsteht, **wenn Beteiligung symbolisch bleibt**. Germann, Marien und Muradova zeigen, dass Mini-Publics Legitimität erhöhen können, die positiven Effekte aber stark davon abhängen, ob ihre Empfehlungen ernst genommen werden. Werden Empfehlungen übergangen, schrumpft der Legitimitätsgewinn deutlich. Das heißt: Beteiligung kann Vertrauen nicht automatisch reparieren; sie kann sogar Erwartungen erzeugen, deren Enttäuschung politisch problematisch wird (Germann/Marien/Muradova).

Eine fünfte Gefahr besteht in **schlecht gestalteten Beteiligungsprozessen**. Die OECD betont, dass Designfragen keine bloßen technischen Details sind. Repräsentativität, Zeit, neutrale Moderation, ausgewogene Information, Transparenz, klare Mandate und Anschluss an politische Entscheidungsprozesse entscheiden darüber, ob deliberative Verfahren Vertrauen aufbauen oder Misstrauen verstärken (OECD).

Eine sechste Gefahr betrifft institutionelle Reformen selbst: **Demokratische Erneuerung kann zu radikal gedacht oder politisch unrealistisch werden**. Wolkenstein würdigt Landemores „Open Democracy“ als radikalen Impuls, kritisiert aber, dass eine weitgehende Abschaffung klassischer repräsentativer Institutionen – Parlamente, Parteien, Wahlen – Parteien zu pauschal abwertet, empirische Unterschiede demokratischer Leistungsfähigkeit zu wenig berücksichtigt und die Übertragbarkeit offener Verfahren auf alltägliche Gesetzgebung unterschätzt (Wolkenstein).

Resilienzfaktoren

Der am breitesten getragene Resilienzfaktor in den Quellen ist **wirksame Machtbegrenzung**. Carothers und Hartnett argumentieren, dass Demokratieunterstützung vorrangig Institutionen stärken sollte, die antidemokratische Übergriffe begrenzen: Gerichte, Antikorruptionsinstitutionen, Wahlbehörden, autonome lokale Ebenen, Parlamente als Kontrolle der Exekutive, unabhängige Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen (Carothers/Hartnett).

Ein zweiter Resilienzfaktor ist **faire, sichtbare und ernsthafte Beteiligung**. Werner und Marien zeigen, dass partizipative Verfahren im Vergleich zum Status quo repräsentativer Entscheidungsfindung die Fairnesswahrnehmung erhöhen können – auch bei Verlierer:innen. Wichtig ist ihr Maßstab: Beteiligungsverfahren sollen nicht an idealisierten Bürgerbildern gemessen werden, sondern daran, ob sie gegenüber bestehenden repräsentativen Verfahren bessere Legitimitätswahrnehmungen erzeugen (Werner/Marien).

Ein dritter Resilienzfaktor ist **deliberative Qualität**. Die Quellen legen nahe, dass Bürgerbeteiligung besonders dann demokratisch wertvoll ist, wenn sie nicht nur Stimmen zählt, sondern Urteilsbildung verbessert. Deliberative Prozesse sollen Menschen Zeit, Information, unterschiedliche Perspektiven und Moderation geben, damit sie Trade-offs abwägen können. Die OECD betont, dass solche

Verfahren kollektive Urteile statt bloßer Momentaufnahmen öffentlicher Meinung erzeugen sollen (OECD).

Ein vierter Resilienzfaktor ist **institutionelle Anschlussfähigkeit**. Mini-Publics und Citizens' Assemblies entfalten ihre demokratische Wirkung nicht isoliert, sondern im Zusammenspiel mit Parlamenten, Regierungen, Referenden oder Verwaltung. Germann/Marien/Muradova zeigen, dass Mini-Publics besonders dann Legitimitätsgewinne erzeugen, wenn ihre Empfehlungen berücksichtigt werden; OECD beschreibt Modelle, wie deliberative Verfahren strukturell an Parlamente, Ausschüsse, Referenden, strategische Planung oder gesetzliche Entscheidungspflichten gekoppelt werden können (Germann/Marien/Muradova; OECD).

Ein fünfter Resilienzfaktor ist politische **Wirksamkeitserfahrung**. Wappenhans/Clemm/Hartmann/Klüver finden in einem Feldexperiment in Deutschland, dass Citizens' Assemblies mit Bundestagsabgeordneten politische Vertrauenswerte, interne und externe politische Wirksamkeitserwartung sowie politische Beteiligung erhöhen können. Besonders relevant ist, dass die Effekte stärker ausfallen, wenn mehrere Parteien beteiligt sind; das spricht für parteiübergreifende Einbindung als Vertrauenssignal.

Ein sechster Resilienzfaktor ist **langfristige Lernfähigkeit**. Fishkin/Bolotnyy/Lerner/Siu/Bradburn zeigen am Experiment „America in One Room“, dass Deliberation nicht nur kurzfristige Meinungsänderungen auslösen kann, sondern auch ein Jahr später Unterschiede in Wahlabsicht und tatsächlichem Wahlverhalten messbar waren. Der Mechanismus wird als Aktivierung politischer **Engagementbereitschaft** beschrieben. Das ist wichtig, weil es deliberative Demokratie nicht nur als punktuelles Gesprächsformat, sondern als möglichen Beitrag zu demokratischer Bürgerkompetenz erscheinen lässt.

Ein siebter Resilienzfaktor ist realistische Reform der Repräsentation. Landemore argumentiert normativ stark für Offenheit, politische Gleichheit und Zugang zur Deliberation; Wolkenstein erinnert daran, dass Parteien auch demokratische Funktionen erfüllen: Sie strukturieren Konflikte, mobilisieren Bürger:innen und können selbst Räume deliberativer Erneuerung bieten. Die daraus ableitbare robuste Schlussfolgerung lautet: Demokratische Erneuerung sollte **repräsentative Institutionen** nicht vorschnell ersetzen, sondern sie **öffnen, ergänzen und deliberativer machen** (Wolkenstein).

Frühwarnsignale, Muster und Erosionsdynamiken

Dieses Unterkapitel konzentriert sich auf Warnsignale für demokratische Zukunftsfähigkeit: Wo werden Reformen, Beteiligung oder Verfahren so eingesetzt, dass sie Legitimität nicht stärken, sondern schwächen?

1. Demokratieprobleme werden nur als Leistungsproblem gerahmt

Warnsignal ist eine Diagnose, die demokratische Erosion ausschließlich auf schlechte Regierungsleistung oder sozioökonomische Enttäuschung zurückführt. Dann können Ressourcen in „delivery“-Programme fließen, während die eigentliche Schwachstelle – fehlende Machtbegrenzung – unbearbeitet bleibt (Carothers/Hartnett).

2. Antiparlamentarische Sprache und Praxis werden normal

Kritisch wird es, wenn Parlamente systematisch als lächerlich, korrupt, nutzlos oder illegitim dargestellt und zugleich durch Obstruktion, Regelmissbrauch oder symbolische Herabsetzung beschädigt werden. Besonders gefährlich sind Parteien, die parlamentarisch auftreten, aber das Parlament als Institution untergraben wollen (Mares).

3. Demokratische Verfahren dienen der Machtkonzentration

Zu prüfen ist, ob Wahlsiege, Volksmandate oder formale Verfahren genutzt werden, um Gegengewichte auszuschalten. Das Risiko steigt, wenn populärer Mandatsanspruch, institutionelle Schwäche und strategische Machtpolitik zusammenkommen (Carothers/Hartnett; Bateman).

4. Beteiligung bleibt ohne tatsächlichen Einfluss

Ein Frühwarnsignal ist das Auseinanderfallen von Beteiligungserwartung und Wirkung. Wenn Bürger:innen beteiligt werden, Empfehlungen aber folgenlos bleiben oder selektiv übernommen werden, kann Beteiligung Legitimität nicht stärken, sondern Enttäuschung erzeugen (Germann/Marien/Muradova).

5. Abstimmungsdesigns prägen Ergebnisse verdeckt

Verfahren sind nicht neutral. Zu prüfen ist, ob Zahl, Reihenfolge und Kombination von Optionen politische Ergebnisse systematisch beeinflussen, ohne dass dies transparent gemacht wird. Das betrifft besonders Reformabstimmungen und konkurrierende Vorschläge (Wegschaider).

6. Verfahren passen nicht zur Entscheidung

Ein Warnsignal ist die Verwechslung von Grundsatz-, Verfassungs- oder Beteiligungsmomenten mit hochkomplexer Routinegesetzgebung. Demokratische Öffnung muss nach Entscheidungstyp differenziert werden; nicht jedes Verfahren passt zu jeder Aufgabe (Wolkenstein).

Optionen: Schutz, Stabilisierung, Wiederherstellung und Erneuerung

Präventive Optionen

Die präventiv wichtigste Option ist die Stärkung demokratischer Gegengewichte, bevor eine akute Erosionsphase beginnt. Das umfasst unabhängige Gerichte, Wahlbehörden, Antikorruptionsstellen, parlamentarische Kontrolle, autonome lokale Institutionen, unabhängige Medien und zivilgesellschaftliche Akteure. Carothers und Hartnett leiten diese Priorität direkt aus ihrer Diagnose ab: Backsliding ist weniger ein Versagen des Lieferns als ein Versagen des Begrenzens (Carothers/Hartnett).

Eine zweite präventive Option ist die institutionelle Verankerung deliberativer Verfahren. Die OECD beschreibt acht Modelle: permanente Citizens' Assemblies mit Panels, Verbindung mit Parlaments-

ausschüssen, Kombination mit direkter Demokratie, ständige Beratungspanels, sequenzierte Verfahren im Policy Cycle, ein Recht der Bevölkerung auf Einforderung deliberativer Prozesse, verpflichtende Deliberation vor bestimmten Entscheidungen und Einbettung in lokale strategische Planung. Entscheidend ist, dass Deliberation nicht bloß projektförmig und abhängig vom guten Willen einzelner Regierungen bleibt (OECD).

Eine dritte präventive Option ist verbindliche Qualitätssicherung. Die OECD empfiehlt unabhängige Evaluation als Goldstandard, transparente Auswahl von Evaluator:innen, valide und verlässliche Datenerhebung, ausreichende Ressourcen, konstruktive Bewertung und Fokus auf Qualität und Wirkung. Evaluiert werden sollten Prozessdesign, deliberative Erfahrung und Wirkungspfade – nicht nur Zufriedenheit nach der Veranstaltung (OECD).

Eine vierte präventive Option ist die Stärkung deliberativer Kapazität in Parteien und Parlamenten. Wolkenstein argumentiert gegen die vorschnelle Abschaffung traditioneller Institutionen und betont, dass Parteien Konfliktlinien strukturieren, mobilisieren und deliberative Binnenräume schaffen können. Daraus folgt: Reformen sollten Parteien nicht nur als Problem, sondern auch als mögliche Träger demokratischer Erneuerung behandeln (Wolkenstein).

Prioritäten in frühen Erosionsphasen

In frühen Erosionsphasen sollte nach den Quellen vor allem verhindert werden, dass potenzielle Backslider institutionelle Kontrolle über zentrale Gegengewichte gewinnen. Bateman fasst die Literatur zu Backsliding-Response so zusammen, dass pro-demokratische Akteure Backslider möglichst aus Machtpositionen heraushalten, Accountability-Institutionen stärken und breite demokratische Koalitionen bilden sollen. Zugleich warnt er, dass diese Empfehlungen in polarisierten Kontexten schwer umzusetzen sind (Bateman).

Eine zweite Priorität ist die Verteidigung parlamentarischer Funktionsfähigkeit. Mares zeigt, dass demokratische Parteien verschiedene Instrumente haben: Ordnungsrufe und individuelle Sanktionen, Einschränkungen parlamentarischer Immunität, Änderungen parlamentarischer Geschäftsordnungen und Wahlrechtsreformen. Der Text macht aber auch deutlich, dass die Wahl dieser Mittel politisch konfliktuell ist und von Nähe, Abgrenzung und Koalitionsinteressen der Parteien abhängt (Mares).

Eine dritte Priorität ist, demokratische Entscheidungen auch für politische Verlierer:innen nachvollziehbar und akzeptabel zu machen. Werner und Marien zeigen, dass Beteiligung die Wahrnehmung von Fairness stärken kann – gerade bei jenen, deren Position sich nicht durchsetzt. Das ist in frühen Erosionsphasen wichtig, weil antidemokratische Mobilisierung oft an Kränkungen, Niederlagen und Misstrauen gegenüber dem politischen System anschließt. (Werner/Marien).

Optionen bei fortgeschrittener Aushöhlung oder Capture

Bei fortgeschrittener Erosion werden die Optionen enger. Bateman betont, dass Backslider, sobald sie Macht erlangen, häufig Wahlregeln, Staat, Medien oder zivilgesellschaftliche Räume zu eigenen Gunsten verändern. Klassische Appelle an Zurückhaltung reichen dann möglicherweise nicht aus. Der Text öffnet deshalb die Frage, ob manche Formen institutioneller Gegenmacht – auch wenn sie politisch hart und normativ riskant sind – Demokratie langfristig stabilisieren können (Bateman).

Diese Option ist jedoch nur vorsichtig zu formulieren. Bateman selbst definiert democracy-reinforcing hardball als kontextabhängig, langfristig zu bewerten und nur dann plausibel, wenn Maßnahmen Demokratie nicht substanziell abbauen, sondern demokratische Verhaltensanreize mittelfristig verbessern. Daraus folgt keine generelle Rechtfertigung harter Mittel, sondern ein Prüfraum: Ist eine demokratische Bedrohung vorhanden? Sind die Maßnahmen eng begrenzt? Erweitern oder verengen sie demokratische Rechte? Welche Gegenreaktionen sind zu erwarten? (Bateman).

Bei parlamentarischer Capture-Gefahr verweist Mares auf kollektive Verteidigungsstrategien – etwa Geschäftsordnungsreformen, stärkere Sanktionen gegen Obstruktion oder Wahlrechtsänderungen. Aber auch hier bleibt ein Zielkonflikt: Solche Instrumente können demokratische Institutionen schützen, aber sie können auch parteipolitisch instrumentalisiert werden. Besonders sensibel sind Maßnahmen, die ganze Parteien oder Gruppen betreffen (Mares).

Maßnahmen gegen Vertrauensverlust, Entfremdung und Delegitimierung

Gegen Vertrauensverlust sprechen die Quellen für deliberative Beteiligung, aber nicht als Allheilmittel. Wappenhans/Clemm/Hartmann/Klüver liefern feldexperimentelle Evidenz, dass Citizens' Assemblies Vertrauen, politische Wirksamkeit und Beteiligung stärken können. Besonders relevant ist die Verbindung zu realen Abgeordneten: Beteiligung wird glaubwürdiger, wenn Bürger:innen nicht nur miteinander sprechen, sondern eine erkennbare Verbindung zur repräsentativen Politik besteht.

Gegen Entfremdung spricht außerdem die Öffnung politischer Macht für Bürger:innen. Landmore argumentiert, dass moderne Demokratien zwar Wahlrechte ausgedehnt haben, aber Machtorte vielfach verschlossen bleiben. Ihre normative Antwort lautet: mehr Zugang gewöhnlicher Bürger:innen zu Agenda-Setting, Deliberation und Entscheidung. Die robuste praktische Schlussfolgerung ist nicht zwingend die Abschaffung repräsentativer Institutionen, sondern die systematische Öffnung ihrer Verfahren (Landmore; Wolkenstein).

Gegen Delegitimierung helfen klare Anschlussregeln. Germann/Marien/Muradova zeigen, dass Mini-Publics dann am stärksten zur Legitimität beitragen, wenn ihre Empfehlungen umgesetzt oder bestätigt werden. Eine plausible Praxisfolgerung ist daher: Vor Beginn muss transparent sein, wie Empfehlungen behandelt werden, wer reagiert, welche Fristen gelten und wie Abweichungen begründet werden.

Grenzen und Zielkonflikte

Die Quellen setzen der Erneuerung durch Beteiligung klare Grenzen. Erstens sind Effekte nicht automatisch generalisierbar: Werner/Marien und Germann/Marien/Muradova arbeiten stark mit Szenarioexperimenten; sie selbst verweisen auf Fragen der Realitätsnähe und Übertragbarkeit. Zweitens sind Mini-Publics kosten- und ressourcenintensiv. Drittens können sie Legitimität nur begrenzt erhöhen, wenn Empfehlungen folgenlos bleiben oder Öffentlichkeit und Politik die Verfahren nicht kennen.

Ein weiterer Zielkonflikt besteht zwischen Offenheit und Expertise. Wolkenstein kritisiert, dass offene Demokratie bei komplexer Alltagsgesetzgebung schnell wieder Expert:innen und Policy-Professionals privilegieren könnte, weil nicht alle Bürger:innen die nötige Fachkenntnis kurzfristig erwerben

können. Das bedeutet nicht, Beteiligung abzulehnen, aber sie muss Aufgaben, Komplexität und Entscheidungsebene realistisch berücksichtigen (Wolkenstein).

Ein dritter Zielkonflikt liegt zwischen demokratischem Selbstschutz und Normenschutz. Bateman zeigt, dass harte institutionelle Gegenmaßnahmen demokratiestabilisierend wirken können, aber auch Polarisierung, Eskalation und Normverfall fördern können. Die Literatur gibt daher keine pauschale Lizenz für „wehrhafte“ Grenzüberschreitung, sondern verlangt eine eng begrenzte, begründete und langfristig überprüfbare Anwendung (Bateman).

Handlungsschlüsse für die Praxis

Demokratiepolitik muss Machtbegrenzung und Erneuerung verbinden

Bessere Regierungsleistung bleibt wichtig, ersetzt aber nicht die Stärkung von Gerichten, Wahlbehörden, Parlamenten, Medien, Antikorruptionsinstitutionen und Zivilgesellschaft. Erneuerung darf Machtbegrenzung nicht verdrängen (Carothers/Hartnett).

Beteiligung als Teil des Entscheidungssystems gestalten

Mini-Publics, Citizens' Assemblies und deliberative Panels brauchen klare Mandate, transparente Anschlussregeln und verpflichtende politische Reaktionen. Beteiligung darf nicht bloß Kommunikation sein (Germann/Marien/Muradova; OECD).

Deliberative Verfahren gezielt einsetzen

Deliberation eignet sich besonders für langfristige Fragen, Wertekonflikte, komplexe Trade-offs und politische Blockaden. Nicht jedes Thema braucht dasselbe Beteiligungsformat (OECD).

Qualität und Evaluation verbindlich machen

Repräsentative Auswahl, ausgewogene Information, ausreichend Zeit, neutrale Moderation, faire Beteiligungschancen, Transparenz und Evaluation müssen von Beginn an Teil des Designs sein (OECD).

Parteien als Träger demokratischer Erneuerung öffnen

Parteien sollten nicht nur als Problem geschlossener Machtstrukturen gesehen werden. Sie können Konflikte strukturieren, Bürger:innen mobilisieren und selbst deliberativer werden – etwa durch Mitglieder- und Bürgerdialoge oder deliberative Elemente in der Willensbildung (Wolkenstein).

Direkte Demokratie und Deliberation verbinden

Referenden, Mini-Publics und Citizens' Assemblies sollten komplementär gestaltet werden. Deliberation kann Optionen klären, Empfehlungen vorbereiten und direkte Demokratie qualifizieren (Cutler/Johnston/Carty/Blais/Fournier; Germann/Marien/Muradova).

Abstimmungsdesigns fair und transparent gestalten

Die Struktur von Optionen, Gegenoptionen und Abstimmungsreihenfolgen beeinflusst politische Ergebnisse. Solche Designs müssen bewusst, transparent und nicht manipulativ eingesetzt werden (Wegschaider).

Institutionelles Lernen sichern

Einmalige Beteiligungsprojekte reichen nicht aus. Dauerhafte Resilienz braucht Standards, Evaluation, Follow-up, professionelle Unterstützung, Verwaltungskapazität und öffentliche Berichte über Umsetzung und Wirkung (OECD).

Robust belegte Schlussfolgerungen, singuläre Perspektiven und Leerstellen

Breit belegt ist, dass Legitimität nicht nur aus Ergebnissen entsteht, sondern aus Verfahren. Werner/Marien, Germann/Marien/Muradova, Wappenhans/Clemm/Hartmann/Klüver, Fishkin/Bolotnyy/Lerner/Siu/Bradburn und die OECD-Texte stützen gemeinsam die These, dass faire, gut gestaltete, ernsthaft angebundene Deliberation Vertrauen, Akzeptanz, Wirksamkeitserfahrung und demokratisches Engagement stärken kann. Unterschiede bestehen bei Reichweite, Methode und Sicherheit der Evidenz: Manche Befunde stammen aus Szenarioexperimenten, andere aus Feldexperimenten oder institutionellen Leitfäden (Werner/Marien; Germann/Marien/Muradova; Wappenhans/Clemm/Hartmann/Klüver; Fishkin/Bolotnyy/Lerner/Siu/Bradburn; OECD).

Ebenfalls breit tragfähig ist die Einsicht, dass Demokratie verteidigungsfähig sein muss. Carothers/Hartnett betonen Machtbegrenzung; Mares zeigt die Notwendigkeit parlamentarischer Verteidigung; Bateman analysiert die schwierige Grauzone härterer Schutzstrategien. Zusammengefasst spricht das Material für eine Demokratie, die weder naiv prozeduralistisch ist noch vorschnell autoritäre Gegenmittel übernimmt (Carothers/Hartnett; Mares; Bateman).

Stärker singulär ist Landemores normative Perspektive einer „Open Democracy“, die repräsentative Demokratie grundsätzlich als zu geschlossen kritisiert. Sie liefert einen wichtigen Erneuerungsimpuls, wird aber durch Wolkenstein deutlich relativiert: Die Rolle von Parteien, die Komplexität alltäglicher Gesetzgebung und die politische Machbarkeit eines Systemwechsels sind in den Quellen umstritten.

Eine weitere singuläre, aber praxisrelevante Perspektive bietet Wegschaider: Demokratische Verfahren werden nicht nur durch große institutionelle Fragen geprägt, sondern auch durch scheinbar technische Designentscheidungen wie die Zahl und Anordnung von Abstimmungsoptionen. Dieser Befund erweitert das Dossier um eine wichtige verfahrenspsychologische Dimension, ist aber thematisch enger als die Backsliding- und Deliberationsquellen (Wegschaider).

Offen bleibt in den Quellen, wie deliberative Verfahren in stark polarisierten, medial fragmentierten und strategisch manipulierten Öffentlichkeiten dauerhaft skaliert werden können.

Fishkin/Bolotnyy/Lerner/Siu/Bradburn liefern Hinweise auf dauerhafte Effekte; OECD beschreibt Institutionalisierungswege; Wappenhans/Clemm/Hartmann/Klüver zeigen positive Effekte in realen Settings. Doch die Frage, wie solche Verfahren breite politische Kultur verändern, ohne selbst politisiert zu werden, ist nur teilweise beantwortet.

Schwach behandelt werden in den verwendeten Quellen konkrete Reformen zu Medienordnung, Parteienfinanzierung, Plattformregulierung, politischer Bildung, Justizdesign, Föderalismus oder Verwaltungskapazität. Diese Themen werden teilweise berührt, aber nicht systematisch ausgearbeitet. Daher sollten sie aus diesen Quellen nicht mit derselben Sicherheit abgeleitet werden wie die Befunde zu Deliberation, Legitimität, Machtbegrenzung und parlamentarischer Verteidigung.

Zusammenfassung

Teil 3 verschiebt den Blick von reiner Abwehr zu demokratischer Zukunftsfähigkeit. Demokratische Resilienz entsteht nicht nur durch Schutz vor Machtmissbrauch, sondern auch durch Verfahren, die Legitimität stärken, politische Entscheidungen verständlicher machen und Bürger:innen sinnvoll einbinden.

Für die Praxis folgt: Beteiligung darf nicht als symbolisches Kommunikationsformat verstanden werden. Deliberative Verfahren, Citizens' Assemblies und Mini-Publics können Vertrauen und Fairnesswahrnehmung stärken, wenn sie gut gestaltet, repräsentativ zusammengesetzt, transparent evaluiert und ernsthaft an politische Entscheidungen angeschlossen sind. Zugleich ersetzen sie keine starken Institutionen, Parlamente, Parteien oder Gerichte.

Der spezifische Beitrag dieses Teils liegt in der Erneuerungslogik: Zukunftsfähige Demokratie verbindet Machtbegrenzung mit fairen Verfahren, institutionellem Lernen und Beteiligung mit realem politischem Gewicht.

Anhang: Quellen

When do governments attack the judiciary? The explanatory power of political corruption

Autor:innen: Aylin Aydin-Cakir, Ebru İlter Akarçay

Erscheinungsjahr: 2025

Dokumentlink: [ScienceDirect / DOI](#) – **Frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Die Autorinnen untersuchen, wann Regierungen Gerichte verbal angreifen. Ihr Fokus liegt auf politischer Korruption. Wenn unabhängige Medien Korruptionsfälle sichtbar machen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Regierungen die Justiz delegitimieren, um Ermittlungen oder Urteile als politisch motiviert darzustellen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Justizangriffe sind oft ein Versuch, Verantwortung für Korruption abzuwehren.
- Medienfreiheit und Justizunabhängigkeit schützen sich gegenseitig.
- Verbale Angriffe auf Gerichte sind nicht harmlos; sie untergraben Vertrauen.
- Korruptionsskandale können Auslöser institutioneller Eskalation sein.
- Demokratien müssen früh auf Delegitimierung von Gerichten reagieren.

Judges Discover Politics: Sources of Judges' Off-Bench Mobilization in Turkey

Autor: Onur Bakiner

Erscheinungsdatum: Frühling 2016

Dokumentlink: [Cambridge Core / DOI](#) – **frei zugänglich:** Nein

Zusammenfassung: Bakiner untersucht, wann Richter:innen außerhalb des Gerichtssaals politisch aktiv werden. Am Beispiel der Türkei zeigt er, dass innerjustizielle Konflikte ein wichtiger Auslöser sind. Richter:innen mobilisieren öffentlich, wenn sie ihre Institutionen, Autonomie oder politischen Vorstellungen bedroht sehen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Justiz ist auch ein Feld beruflicher und politischer Konflikte.
- Richter:innen können öffentliche Akteure der Demokratieverteidigung werden.
- Solche Mobilisierung kann Justizschutz stärken, aber auch Politisierung erzeugen.
- Resiliente Demokratien brauchen klare Regeln richterlicher Unabhängigkeit.
- Justizschutz muss innerjustizielle Konflikte ernst nehmen.

Democracy-Reinforcing Hardball: Can Breaking Democratic Norms Preserve Democratic Values?

Autor: David A. Bateman

Erscheinung: 6. Januar 2025 (Online First; Heftausgabe: Mai 2026)

Quelle: [Dokument](#). **Frei zugänglich:** nein

Kurzfassung: Bateman diskutiert eine heikle Frage: Können harte, normativ grenzwertige Gegenmaßnahmen in bestimmten Situationen der Demokratie dienen? Er entwickelt dafür den Begriff des „democracy-reinforcing hardball“. Gemeint sind Eingriffe, die kurzfristig parteiisch oder eskalierend wirken können, langfristig aber eine stabilere demokratische Ordnung sichern sollen. Der Text warnt zugleich vor Missbrauch: Nicht jede harte

Reaktion ist demokratiefördernd. Legitimierbar ist sie nur dann, wenn sie den demokratischen Wettbewerb langfristig schützt statt ihn weiter auszuhöhlen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien

- Demokratische Selbstverteidigung kann in Ausnahmefällen auch robuste, unkonventionelle Mittel erfordern.
- Ein kategorisches Verbot harter Gegenstrategien kann Demokratien gegenüber regelbeugenden Akteuren wehrlos machen.
- Legitimes „Hardball“ muss an klaren demokratischen Zielen orientiert sein und darf nicht bloß parteitaktisch motiviert sein.
- Kurzfristige Eskalation kann langfristig stabilisierend wirken, wenn sie demokratische Regeln glaubwürdiger absichert.
- Resilienz heißt hier: weder naive Zurückhaltung noch hemmungslose Eskalation, sondern sorgfältig begrenzte Härte.

On Democratic Backsliding

Autorin: Nancy Bermeo

Erscheinungsdatum: Januar 2016

Internetquelle: [Journal of Democracy](#) — **frei zugänglich:** Teilweise; Metadaten und Kurzfassung sind frei, der Volltext läuft über Project MUSE und kann institutionellen Zugang erfordern.

Zusammenfassung: Bermeo präzisiert den Begriff demokratisches Backsliding. Sie zeigt, dass Demokratien heute seltener durch offene Militärputsche oder offensichtlichen Wahlbetrug sterben. Häufiger sind schrittweise, legalistisch wirkende Prozesse: Exekutiven häufen Macht an, Wahlregeln werden strategisch manipuliert, Opposition und Zivilgesellschaft werden behindert. Der Text ist grundlegend, weil er demokratische Demontage als konkrete Abfolge politischer Entscheidungen beschreibt.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Moderne Autokratisierung erfolgt oft schrittweise und formal legal.
- Exekutive Machtanhäufung ist eine zentrale Gefahr.
- Strategische Wahlmanipulation kann Wettbewerb verzerren, ohne Wahlen abzuschaffen.
- Resilienz braucht genaue Benennung der Taktiken demokratischer Demontage.
- Demokratieschutz muss auf Akteure, Verfahren und konkrete Machtinstrumente schauen.

The Myth of Democratic Resilience

Autor:innen: Matías Bianchi, Nic Cheeseman, Jennifer Cyr

Erscheinungsdatum: Juli 2025

Internetquelle: [Journal of Democracy](#) und [Autor:innenversion, University of Birmingham](#) — **frei zugänglich:** Teilweise bis ja; die Journal-Seite bietet Informationen und Verweis auf den Volltext, die Autor:innenversion ist frei zugänglich.

Zusammenfassung: Der Text warnt vor einem zu optimistischen Verständnis demokratischer Resilienz. Viele sogenannte demokratische „U-turns“ sind nach Ansicht der Autor:innen nicht stabil und machen autoritäre Schäden nicht vollständig rückgängig. Die Autor:innen zeigen, dass demokratische Erholung häufig an alten Machtstrukturen, besetzten Institutionen, neuen Machtinteressen und einem ungünstigen internationalen Umfeld scheitert. Resilienz bedeutet daher mehr als ein Regierungswechsel oder eine einzelne faire Wahl.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Ein demokratischer Machtwechsel ist noch kein Beweis für demokratische Resilienz.
- Entscheidend ist, ob beschädigte Institutionen dauerhaft repariert werden.
- Autoritäre Hinterlassenschaften können neue demokratische Regierungen blockieren.
- Auch pro-demokratische Akteure können versucht sein, beschädigte Machtinstrumente für sich zu nutzen.
- Echte Resilienz ist transformativ: Sie macht Demokratien stärker, nicht nur wieder so wie vorher.

How Democracies Prevail: Democratic Resilience as a Two-Stage Process

Autor:innen: Vanessa A. Boese, Amanda B. Edgell, Sebastian Hellmeier, Seraphine F. Maerz, Staffan I. Lindberg
Erscheinungsjahr: 2021

Internetquelle: [PMC-Volltext](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Der Artikel entwickelt ein zweistufiges Verständnis demokratischer Resilienz. Erstens können Demokratien verhindern, dass Autokratisierung überhaupt beginnt. Zweitens können sie, wenn der Rückbau bereits begonnen hat, den demokratischen Zusammenbruch verhindern. Die Autor:innen zeigen: Demokratien waren historisch oft gut darin, den Beginn von Autokratisierung zu vermeiden; wenn Autokratisierung aber einmal läuft, ist die Gefahr eines Zusammenbruchs hoch. Starke gerichtliche Kontrolle der Exekutive und lange demokratische Erfahrung sind zentrale Schutzfaktoren.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Prävention und Schadensbegrenzung sind zwei verschiedene Aufgaben.
- Sobald Autokratisierung begonnen hat, reichen normale Stabilitätsannahmen nicht mehr.
- Unabhängige Gerichte sind ein besonders wichtiger Schutzfaktor.
- Demokratische Erfahrung und institutionelle Erinnerung erhöhen Widerstandsfähigkeit.
- Wirtschaftliche Entwicklung schützt eher vor dem Beginn von Autokratisierung, aber nicht sicher vor dem Zusammenbruch.

Militant Democracy: The Institutional Bases of Democratic Self-Preservation

Autor: Giovanni Capoccia

Erscheinungsjahr: 2013; online als Review in Advance am 19. August 2013

Internetquelle: [Annual Reviews DOI-Seite](#) und [Autor:innen-PDF, Oxford](#) — **frei zugänglich:** Teilweise; die Verlagsseite zeigt Zugangsbeschränkung/Kaufoption, eine Autor:innen-PDF ist frei auffindbar.

Zusammenfassung: Capoccia rekonstruiert die Debatte über „wehrhafte Demokratie“. Damit sind rechtliche Beschränkungen politischer Rechte gemeint, wenn extremistische Akteure demokratische Freiheiten nutzen, um die Demokratie abzuschaffen. Der Text zeigt, dass es in Verfassungsrecht und Politikwissenschaft breite Zustimmung gibt, dass Demokratien sich unter bestimmten Bedingungen schützen dürfen. Gleichzeitig bleiben Reichweite, Missbrauchsgefahr und Wirksamkeit solcher Maßnahmen umstritten.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Liberale Demokratien müssen mit dem Paradox umgehen, dass Freiheitsrechte gegen die Freiheit selbst eingesetzt werden können.
- Wehrhafte Demokratie kann Parteiverbote, Einschränkungen extremistischer Organisationen oder andere Schutzmaßnahmen umfassen.

- Solche Maßnahmen müssen rechtsstaatlich, verhältnismäßig und präzise begründet sein.
- Zu wenig Selbstschutz macht Demokratien verwundbar; zu viel Selbstschutz kann liberale Rechte beschädigen.
- Demokratische Resilienz verlangt ein Gleichgewicht zwischen Offenheit und Schutz vor ihrer Abschaffung.

Democratic Stability and Democratic Crisis aus Defending Democracy: Reactions to Extremism in Interwar Europe

Autor: Giovanni Capoccia

Erscheinungsjahr: 2005

Dokumentlink: Johns Hopkins University Press / DOI zum Buch / EUI Cadmus-Eintrag – **frei zugänglich:** Nein

Zusammenfassung: Capoccia untersucht, warum manche Demokratien in der Zwischenkriegszeit zusammenbrachen und andere nicht. Er betont die Rolle politischer Entscheidungen in Krisensituationen. Besonders wichtig ist, wie demokratische Eliten auf extremistische Parteien reagieren, die demokratische Rechte nutzen, um die Demokratie abzuschaffen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratischer Zusammenbruch ist nicht zwangsläufig.
- Entscheidungen politischer Eliten können in Krisen den Unterschied machen.
- Besonders gefährlich sind Akteure, die demokratische Institutionen gegen die Demokratie nutzen.
- Demokratien müssen sich verteidigen können, ohne ihre Grundprinzipien pauschal aufzugeben.
- Resilienz bedeutet rechtzeitiges und gezieltes Handeln gegen antidemokratische Kräfte.

Misunderstanding Democratic Backsliding

Autoren: Thomas Carothers, Brendan Hartnett

Erscheinung: Juli 2024

Quelle: [Dokument](#). **Frei zugänglich:** ja

Kurzfassung: Carothers und Hartnett wenden sich gegen die verbreitete Annahme, demokratischer Rückbau sei vor allem eine Folge schlechter wirtschaftlicher oder sozialer Leistungen von Demokratien. Auf Basis von zwölf Fällen zeigen sie, dass diese Erklärung oft zu kurz greift. In vielen Fällen war Backsliding nicht primär eine Reaktion auf Armut, Ungleichheit oder Wachstumsschwäche. Stattdessen betonen die Autoren, dass Demokratien häufig „von oben“ erodieren – durch Führungspersonen, die institutionelle Schranken gezielt abbauen. Der Text plädiert daher für einen Strategiewechsel: weg von der pauschalen „Democracy must deliver“-Formel, hin zur Stärkung von Institutionen und Normen, die Macht begrenzen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien

- Gute materielle Leistung allein schützt eine Demokratie nicht zuverlässig vor Erosion.
- Demokratischer Rückbau wird häufig von politischen Eliten vorangetrieben, nicht von einer bewusst antidemokratischen Wählerschaft.
- Wähler unterstützen Backsliding oft nicht wegen Demokratieabbau, sondern wegen anderer Themen und Konflikte.
- Entscheidend sind Institutionen und Normen, die Machtmissbrauch wirksam begrenzen.

- Wer liberale Demokratien schützen will, muss daher stärker auf Kontrollmechanismen als auf reine „Lieferfähigkeit“ setzen.

Does Power Always Flow to the Executive? Interbranch Oscillations in Legislative Authority, 1976–2014

Autoren: Paul Chaisty, Timothy Power

Erscheinungsjahr: 2023

Dokumentlink: [Cambridge Core / DOI](#) – **frei zugänglich:** Nein

Zusammenfassung: Chaisty und Power prüfen die Annahme, dass politische Macht langfristig immer stärker zur Exekutive wandert. Ihre Daten zeigen, dass Machtgewinne von Parlamenten ähnlich häufig vorkommen wie Machtgewinne von Regierungen. Robuste Demokratien halten das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative eher im Gleichgewicht.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Exekutivdominanz ist kein Naturgesetz.
- Parlamente können Macht zurückgewinnen oder verteidigen.
- Wirtschaftliche Krisen stärken Regierungen nicht automatisch dauerhaft.
- Demokratische Stabilität zeigt sich in stabilen Machtbeziehungen zwischen Gewalten.
- Resilienz bedeutet auch, Regierung und Parlament in Balance zu halten.

Deliberation, Information, and Trust: the British Columbia Citizens' Assembly as Agenda Setter

Autor:innen: Fred Cutler, Richard Johnston, R. Kenneth Carty, André Blais, Patrick Fournier

Erscheinung: 22. September 2009 (Online-Publikation; Buchausgabe: 2008)

Quelle: [Dokument](#). **Frei zugänglich:** nein

Kurzfassung: Der Beitrag analysiert die British Columbia Citizens' Assembly zur Wahlrechtsreform als vertrauensstiftende Instanz in einem komplexen Referendumsprozess. Die Autor:innen zeigen, dass Unterstützung für die Reform nicht nur von inhaltlichem Wissen über das Wahlrecht abhing, sondern auch davon, wie die Citizens' Assembly wahrgenommen wurde. Für manche war ihre „Gewöhnlichkeit“ entscheidend, für andere die im Verfahren entstandene Kompetenz. Gerade diese Verbindung von Alltagsnähe und Expertise machte die Assembly glaubwürdig. Der Text zeigt damit sehr anschaulich, wie deliberative Gremien als Vermittler zwischen Fachwissen und Bürgerurteil wirken können.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien

- Bei komplexen institutionellen Reformen brauchen Demokratien vertrauenswürdige Vermittlungsinstanzen.
- Zufällig ausgewählte Bürgerversammlungen können solches „begründete Vertrauen“ erzeugen.
- Legitimität entsteht nicht nur durch Expertise, sondern auch durch wahrgenommene Bürgernähe.
- Deliberative Institutionen können die Kluft zwischen Elitenwissen und Massenentscheidung überbrücken.
- Resilienz liberaler Demokratien wird gestärkt, wenn Bürger komplexe Reformen nicht nur hinnehmen, sondern nachvollziehen können.

No Evidence for Systematic Voter Fraud: A Guide to Statistical Claims About the 2020 Election

Autor:innen: Andrew C. Eggers, Haritz Garro, Justin Grimmer

Erscheinungsjahr: 2021

Internetquelle: [PubMed-Eintrag](#) und [PDF/Repository University of Chicago](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Der Artikel prüft statistische Behauptungen, mit denen nach der US-Präsidentenwahl 2020 Wahlbetrug behauptet wurde. Die Autor:innen zeigen, dass die angeblichen Auffälligkeiten entweder faktisch falsch oder bei genauer Betrachtung nicht ungewöhnlich sind. Damit liefern die untersuchten Behauptungen keine Evidenz für systematischen Wahlbetrug. Der Text ist ein Beispiel dafür, wie Wissenschaft demokratische Desinformation widerlegen kann.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratien brauchen schnelle und verständliche Widerlegung falscher Betrugserzählungen.
- Wahlbezogene Desinformation nutzt oft scheinbar technische oder statistische Argumente.
- Nicht jede Unregelmäßigkeit ist ein Hinweis auf systematischen Betrug.
- Wissenschaftliche Aufklärung kann Vertrauen stärken, wenn sie transparent kommuniziert wird.
- Wahlresilienz umfasst auch die Verteidigung der Legitimität korrekter Ergebnisse.

Movement versus Party: The Electoral Effects of Anti-Far Right Protests in Greece

Autoren: Antonis A. Ellinas, Iasonas Lamprinou

Erscheinungsjahr: 2024

Dokumentlink: [Cambridge Core / DOI](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Der Artikel untersucht Proteste gegen die griechische rechtsextreme Goldene Morgenröte. Die Autor:innen zeigen, dass lokale Anti-Rechts-Proteste deren Wahlergebnisse deutlich senken konnten. Besonders wirksam waren Proteste, wenn sie zeitlich und räumlich nah an rechtsextremen Veranstaltungen stattfanden.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Zivilgesellschaftlicher Protest kann rechtsextreme Parteien tatsächlich schwächen.
- Zeitpunkt und Ort von Protesten sind entscheidend.
- Lokale Gegenmobilisierung kann nationale politische Wirkung entfalten.
- Bewegungen und Parteien sollten zusammengedacht werden.
- Demokratieschutz findet auch im öffentlichen Raum statt.

Choosing Democracy Over Party? How Civic Education Can Mitigate the Anti-Democratic Effects of Partisan Polarization

Autor:innen: Melek Hilal Eroglu, Steven E. Finkel, Anja Neundorf, Aykut Öztürk, Ericka G. Rascón Ramírez

Erscheinungsdatum: 2025; online veröffentlicht am 22. April 2025, angenommen am 3. Februar 2025

Internetquelle: [Cambridge Core](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Der Artikel untersucht, ob politische Bildung Menschen dazu bringen kann, Demokratie über Parteitreu zu stellen. In einem Online-Experiment mit mehr als 41.000 Personen in 33 Ländern wurden kurze Botschaften getestet, die die Vorteile demokratischer gegenüber autokratischen Regimen erklären. Die Intervention verringerte die Bereitschaft, antidemokratische Kandidat:innen der eigenen Partei zu unterstützen. Besonders wichtig ist: Die Maßnahme reduziert nicht einfach Polarisierung, sondern erhöht die Wertschätzung für Parteien, die demokratische Normen achten.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Politische Bildung kann helfen, demokratische Prinzipien über Parteiloyalität zu stellen.
- Resilienz bedeutet nicht zwingend vollständige Entpolarisierung.
- Entscheidend ist, dass Bürger:innen antidemokratisches Verhalten auch im eigenen Lager sanktionieren.
- Kurze, skalierbare Online-Formate können demokratische Normen messbar stärken.
- Demokratische Bildung sollte konkrete Normverletzungen benennen, nicht nur abstrakt für Demokratie werben.

Can Deliberation Have Lasting Effects?

Autor:innen: James Fishkin, Valentin Bolotnyy, Joshua Lerner, Alice Siu, Norman Bradburn

Erscheinung: 6. Februar 2024

Quelle: [Dokument](#). **Frei zugänglich:** ja

Kurzfassung: Der Beitrag analysiert das Projekt „America in One Room“, ein groß angelegtes Deliberationsexperiment in den USA. Die Autor:innen zeigen, dass deliberative Teilnahme nicht nur kurzfristig Einstellungen verändert, sondern auch noch rund ein Jahr später mit stärkerem politischem Engagement und verändertem Wahlverhalten verbunden ist. Deliberation aktiviert, so das Argument, eine dauerhaftere Form politischer Beteiligung. Damit antwortet der Text auf skeptische Demokratietheorien, die gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürgern wenig Urteilskraft zutrauen. Die Studie ist deshalb nicht nur ein Beitrag zur Deliberationsforschung, sondern auch zur Frage, ob demokratische Öffentlichkeit erneuerbar ist.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien

- Bürgerinnen und Bürger sind unter guten Bedingungen sehr wohl zu informierten und reflektierten Urteilen fähig.
- Deliberation kann über den Moment hinauswirken und politisches Engagement dauerhaft stärken.
- Resilienz beruht nicht nur auf Institutionen, sondern auch auf aktivierten demokratischen Fähigkeiten der Bürger.
- Die Studie widerspricht einem rein pessimistischen Bild demokratischer Massenpolitik.
- Wenn sich Deliberation skalieren lässt, wird sie zu einer realen Strategie demokratischer Erneuerung.

A Swedish Perspective on Foreign Election Interference

Autor:innen: Alicia Fjällhed, James Pamment, Sebastian Bay

Erscheinungsdatum: 15. April 2021

Internetquelle: [Oxford Academic](#) — **frei zugänglich:** Nein

Zusammenfassung: Der Beitrag analysiert, wie Schweden seine Wahl 2018 gegen ausländische Einflussnahme abgesichert hat. Der schwedische Ansatz setzt stark auf einen gesamtgesellschaftlichen Schutz: Bedrohungsanalyse, Behördenkoordination, Informationsaustausch, Sensibilisierung und dezentrale Resilienz. Statt allein auf Regulierung von oben zu setzen, werden Behörden, Kommunen, Medien, Forschung, Unternehmen und Öffentlichkeit einbezogen. Der Text zeigt zugleich offene Probleme, etwa bei Plattformtransparenz, Online-Monitoring und Cybersecurity.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Ausländische Wahlbeeinflussung ist ein gesamtgesellschaftliches Risiko.

- Resilienz beginnt mit der Analyse eigener Verwundbarkeiten.
- Behörden müssen koordiniert handeln und Informationen schnell teilen.
- Strategische Kommunikation stärkt Vertrauen in den Wahlprozess.
- Cybersecurity, Medienkompetenz und Plattformtransparenz gehören zur demokratischen Grundsicherung.

The Way Back After Backsliding: Public Opinion and the Restoration of Democracy

Autor:innen: Kristian Frederiksen, Robb Willer, Michael Bang Petersen

Erscheinungsdatum: 2026; online beziehungsweise angenommen 2025

Internetquelle: [Autor:innen-/ResearchGate-PDF](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Der Text untersucht, was nach demokratischem Rückbau passiert, wenn eine pro-demokratische Regierung die Macht übernimmt. Am Beispiel Polens nach der Wahl 2023 zeigen die Autoren: Der Machtwechsel hat die antidemokratischen Einstellungen auf beiden Seiten nicht automatisch verschärft. Zugleich zeigen Experimente, dass pro-demokratische Regierungen ihre eigene Anhängerschaft gefährden können, wenn sie die Wiederherstellung der Demokratie zu aggressiv oder vergeltungsorientiert betreiben. Demokratische Reparatur ist daher nicht nur eine institutionelle, sondern auch eine kommunikative Aufgabe.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratische Wiederherstellung muss entschlossen, aber rechtsstaatlich nachvollziehbar erfolgen.
- Ein Wahlsieg demokratischer Kräfte repariert beschädigte Institutionen nicht automatisch.
- Zu aggressive Restaurationspolitik kann bei den eigenen Anhänger:innen antidemokratische Rechtfertigungen auslösen.
- Demokratische Selbstbindung ist besonders wichtig, wenn eine neue Regierung die Schäden der Vorgängerregierung korrigiert.
- Resilienz entsteht, wenn Wiederherstellung nicht als Rache, sondern als Rückkehr zu fairen Regeln verstanden wird.

Courts and democratic backsliding: A comparative perspective on the United States

Autor: Stephen Gardbaum

Erscheinungsjahr: 2024

Dokumentlink: [SSRN-Paper](#) / DOI – **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Gardbaum zeigt, dass US-Gerichte im internationalen Vergleich schwerer direkt zu kapern sind. Gründe sind unter anderem lebenslange Amtszeiten und dezentrale gerichtliche Kontrolle. Gleichzeitig können unabhängige Gerichte selbst demokratische Erosion fördern, etwa durch Entscheidungen zu Wahlrecht, Repräsentation oder staatlicher Handlungsfähigkeit.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Gerichte können Demokratie schützen, aber sie sind nicht automatisch demokratiefördernd.
- Unabhängigkeit der Justiz ersetzt keine demokratische Verantwortung.
- Eine schwer zu kapernde Justiz kann trotzdem demokratische Gleichheit schwächen.
- Resilienz verlangt eine Gesamtbetrachtung der Verfassungsordnung.
- Demokratien brauchen unabhängige Gerichte und Kontrolle ihrer politischen Wirkung.

Scaling Up? Unpacking the Effect of Deliberative Mini-Publics on Legitimacy Perceptions

Autor:innen: Micha Germann, Sofie Marien, Lala Muradova

Erscheinung: 2. Dezember 2022 (Online First; Heftausgabe: 2024)

Quelle: [Dokument](#). **Frei zugänglich:** ja

Kurzfassung: Die Studie untersucht mit einem Survey-Experiment in Irland, ob deliberative Mini-Publics die Legitimitätswahrnehmung in der breiten Bevölkerung stärken. Das Ergebnis ist klar, aber an Bedingungen geknüpft: Positiv wirken solche Verfahren vor allem dann, wenn ihre Empfehlungen politisch tatsächlich aufgegriffen werden. Werden sie ignoriert, verschwindet der Zugewinn weitgehend. Zudem zeigt der Text, dass Mini-Publics und Referenden sich ergänzen können. Besonders bei Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigem politischem Vertrauen sind die Legitimitätseffekte stark.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien

- Deliberative Beteiligung stärkt Demokratie nur dann, wenn sie institutionell ernst genommen wird.
- Symbolische Partizipation ohne politische Wirkung kann ihre Legitimitätsgewinne schnell aufzehren.
- Resilienz entsteht aus glaubwürdiger Responsivität, nicht aus bloßer Beteiligungsrhetorik.
- Mini-Publics und Referenden können sich funktional ergänzen.
- Gerade bei misstrauischen Bürgerinnen und Bürgern liegt ein besonderes Potenzial deliberativer Formate.

Testing the Effects of Independent Judiciaries on the Likelihood of Democratic Backsliding

Autoren: Douglas M. Gibler, Kirk A. Randazzo

Erscheinungsjahr: 2011

Dokumentlink: DOI / [frei zugängliche PDF-Kopie bei CEJA](#) – **frei zugänglich:** eine frei zugängliche PDF-Kopie ist über das CEJA-Repository auffindbar

Zusammenfassung: Gibler und Randazzo testen, ob unabhängige Gerichte demokratischen Rückbau verhindern. Ihre Daten aus 163 Ländern zeigen: Etablierte unabhängige Gerichte senken die Wahrscheinlichkeit von Rückschritten Richtung Autoritarismus. Neu geschaffene Gerichte entfalten diese Schutzwirkung noch nicht sofort.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Unabhängige Gerichte sind ein wichtiger Schutzfaktor gegen demokratischen Rückbau.
- Schutzwirkung entsteht nicht automatisch durch neue Institutionen.
- Gerichte brauchen Zeit, Legitimität und Anerkennung.
- Junge Gerichte sind leichter angreifbar.
- Resilienz braucht langfristigen Aufbau richterlicher Autorität.

Why Masses Support Democratic Backsliding

Autor:innen: Noam Gidron, Yotam Margalit, Lior Sheffer, Itamar Yakir

Erscheinungsdatum: 2025

Internetquelle: [Nachweis bei Tel Aviv University](#) und [Autorensite mit PDF-Hinweis](#) – **frei zugänglich:**

Teilweise; Metadaten frei, Autorensite verweist auf ein PDF.

Zusammenfassung: Der Artikel untersucht, warum Bürger:innen demokratischen Rückbau unterstützen. Im Mittelpunkt steht Israel und der Versuch der Regierung Netanyahu, die Justiz zu schwächen. Die Autor:innen prüfen verschiedene Erklärungen: starke Führerbindung, affektive Polarisierung, Populismus, Majoritarismus und eigene Erfahrungen mit dem Rechtssystem. Am stärksten erklären Bindung an den politischen Führer und Feindseligkeit gegenüber der Gegenseite die Unterstützung für den Rückbau.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratischer Rückbau bekommt Unterstützung, wenn er mit Loyalität zu einer starken Führungsperson verbunden wird.
- Affektive Polarisierung macht es schwerer, Normverletzungen des eigenen Lagers zu kritisieren.
- Populismus ist nicht immer der wichtigste Treiber von Backsliding-Unterstützung.
- Checks and balances müssen als demokratischer Schutz und nicht als parteiliches Hindernis erklärt werden.
- Resilienzpolitik muss personalisierte Machtbindung und Lagerfeindschaft ernst nehmen.

Democracy in America? Partisanship, Polarization, and the Robustness of Support for Democracy in the United States

Autoren: Matthew H. Graham, Milan W. Svobik

Erscheinungsdatum: 2020

Internetquelle: [Cambridge Core / DOI](#) - frei zugänglich: Ja

Zusammenfassung: Graham und Svobik untersuchen, ob Bürger:innen in den USA undemokratisches Verhalten von Politiker:innen bei Wahlen sanktionieren. Sie entwickeln ein Modell, in dem die Öffentlichkeit als demokratische Kontrollinstanz verstanden wird. Empirisch nutzen sie ein repräsentatives Kandidat:innenwahl-Experiment und einen natürlichen Fall aus der Sonderwahl zum US-Repräsentantenhaus in Montana 2017. Der Kernbefund ist ernüchternd: Viele Wähler:innen sind bereit, demokratische Prinzipien zurückzustellen, wenn Kandidat:innen der eigenen Partei angehören oder die bevorzugten politischen Positionen vertreten. Die Bereitschaft, Demokratie über Parteiinteressen zu stellen, sinkt besonders bei starker Polarisierung. Der Text ist deshalb zentral für die „Nachfrageseite“ demokratischer Erosion: Demokratien werden nicht nur geschwächt, weil Eliten Regeln brechen, sondern auch, weil Bürger:innen solche Regelbrüche des eigenen Lagers nicht ausreichend bestrafen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Bürger:innen schützen Demokratie nur dann wirksam, wenn sie undemokratisches Verhalten auch bei Kandidat:innen des eigenen Lagers sanktionieren.
- Allgemeine Zustimmung zur Demokratie reicht nicht aus, wenn Parteitreue, Ideologie oder einzelne Sachfragen im Wahlmoment wichtiger werden.
- Polarisierung erhöht den Preis, den Wähler:innen zahlen müssen, wenn sie demokratische Prinzipien über Parteivorteile stellen.
- Liberale Demokratie braucht deshalb nicht nur gute Institutionen, sondern auch eine politische Kultur demokratischer Selbstbindung.
- Resilienz entsteht, wenn demokratische Normverletzungen klar erkennbar sind und parteiübergreifend als illegitim gelten.

- Demokratische Bildung und politische Kommunikation müssen konkrete Normverletzungen erklären, nicht nur abstrakt „Demokratie“ beschwören.

Obstacles to Estimating Voter ID Laws' Effect on Turnout

Autor:innen: Justin Grimmer, Eitan Hersh, Marc Meredith, Jonathan Mummolo, Clayton Nall

Erscheinungsjahr: 2018

Internetquelle: [Stanford Democracy and Polarization Lab](#) und [JSTOR-Nachweis](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Der Artikel kritisiert eine Studie, die starke negative Effekte strenger Voter-ID-Gesetze auf Minderheiten behauptete. Die Autor:innen zeigen, dass Datenprobleme, Messfehler, Codierungsentscheidungen und instabile Modelle belastbare Schlussfolgerungen verhindern. Je nach Modell können positive, negative oder Null-Effekte entstehen. Der Text ist keine Verteidigung von Voter-ID-Gesetzen, sondern eine methodische Warnung: Wahlrechtsfragen brauchen besonders robuste Evidenz.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Wahlrechtsdebatten brauchen belastbare Daten, weil die Folgen politisch hochsensibel sind.
- Unsichere Evidenz darf nicht als harte Grundlage für weitreichende Reformen dienen.
- Methodische Transparenz ist Teil demokratischer Qualität.
- Die strategische Einführung von Wahlgesetzen erschwert Kausalanalysen.
- Resilienz verlangt eine starke Forschungs- und Dateninfrastruktur zur Wahlverwaltung.

Laboratories of Democratic Backsliding

Autor: Jacob M. Grumbach

Erscheinungsjahr: 2023

Dokumentlink: [Cambridge Core / DOI](#) – **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Grumbach untersucht demokratischen Rückbau in den US-Bundesstaaten und entwickelt den „State Democracy Index“. Die Studie zeigt, dass demokratische Erosion stark auf subnationaler Ebene stattfindet, vor allem über Wahlrecht, Wahlkreiszuschnitt und Teilhaberegeln.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratischer Rückbau findet nicht nur national, sondern auch regional statt.
- Föderale Systeme brauchen demokratische Mindeststandards auf allen Ebenen.
- Wahlrecht, Wahlkreisgrenzen und Zugang zur Stimmabgabe sind Kernfragen der Resilienz.
- Subnationale Verzerrungen können nationale Demokratie schwächen.
- Demokratieschutz muss föderale und lokale Machtarenen systematisch einbeziehen.

Judicial backsliding: a guide to collapsing the separation of powers

Autor:innen: Stephan Haggard, Lydia Tiede

Erscheinungsdatum: online 2024, Heftjahr 2025

Dokumentlink: [Taylor & Francis / DOI](#) – **frei zugänglich:** Nein

Zusammenfassung: Haggard und Tiede analysieren, wann und wie gewählte Regierungen die Unabhängigkeit der Justiz abbauen. Sie zeigen, dass populistische Regierungen häufiger Gerichte angreifen. Entscheidend ist aber besonders, ob andere horizontale Kontrollen der Exekutive bereits geschwächt sind.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Unabhängige Gerichte sind ein Kernbestandteil demokratischer Gewaltenteilung.
- Justizabbau ist oft Teil eines umfassenderen Angriffs auf checks and balances.
- Populismus ist ein Warnsignal, aber institutionelle Schwäche ist der zentrale Ermöglichungsfaktor.
- Parlamente und Exekutiven können gemeinsam am Justizabbau beteiligt sein.
- Justizschutz muss als Teil eines gesamten Kontrollsystems gedacht werden.

Confessional Illiberalism in Europe

Autorinnen: Lotem Halevy, Lenka Bušíková

Erscheinungsdatum: 8. Juli 2025

Dokumentlink: [Politics and Governance / DOI](#) – **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Halevy und Bušíková beschreiben „konfessionellen Illiberalismus“ als eine Form illiberaler Politik, die Staat, Religion, traditionelle Familienbilder und nationalistische Erneuerungsversprechen verbindet. Besonders sichtbar wird sie in Angriffen auf Gleichstellung, reproduktive Rechte, LGBTQ+-Rechte und säkulare Institutionen. Entscheidend ist, dass diese Politik nicht nur über Parteien wirkt, sondern sich in Kirchen, Verbänden und konservativen Netzwerken institutionell verankert.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Illiberale Politik wirkt nicht nur über Regierungen, sondern auch über gesellschaftliche Vorfeldorganisationen.
- Familienpolitik, Gleichstellung und Minderheitenrechte sind zentrale demokratische Konfliktfelder.
- Konfessioneller Illiberalismus ist schwer zu verdrängen, wenn er sich institutionell festsetzt.
- Demokratieschutz muss Säkularität, Gleichberechtigung und individuelle Freiheitsrechte aktiv verteidigen.
- Liberale Demokratien müssen die organisatorische Infrastruktur illiberaler Akteure verstehen.

Martial law, democratic erosion, and democratic resilience in South Korea

Autor: Seungwoo Han

online 2025, Heftjahr 2026

Dokumentlink: [SAGE / DOI](#) – **frei zugänglich:** Nein

Zusammenfassung: Der Beitrag untersucht die südkoreanische Verfassungskrise von 2024/2025 rund um die Ausrufung des Kriegsrechts. Han zeigt, dass die Krise nicht isoliert entstand, sondern auf strukturelle Schwächen traf: große exekutive Ermessensspielräume, ungelöste zivil-militärische Fragen und eine hoch polarisierte politische Sprache. Zugleich reagierten Parlament, Verfassungsgericht und Zivilgesellschaft schnell genug, um die autoritäre Eskalation zu stoppen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratien sind resilient, wenn Institutionen in der Krise schnell und koordiniert handeln können.
- Notstandsrechte sind besonders riskant, wenn sie rechtlich unklar oder politisch missbrauchbar sind.
- Parlamente, Gerichte und Zivilgesellschaft müssen Machtmissbrauch sichtbar begrenzen können.
- Polarisierung erhöht die Gefahr, dass Regierungen Opposition als „Staatsfeind“ behandeln.

- Nach Krisen müssen rechtliche Schwachstellen geschlossen werden; reine Rückkehr zur Normalität reicht nicht.

Legal Dualism as a Framework for Analyzing the Role of Law under Authoritarianism

Autorin: Kathryn Hendley

Erscheinungsjahr: 2022

Dokumentlink: [Annual Reviews / DOI](#) – **frei zugänglich:** nicht eindeutig frei

Zusammenfassung: Hendley erklärt, warum Recht auch in autoritären Systemen eine wichtige Rolle spielen kann. Das Konzept des „legal dualism“ beschreibt eine Mischung: In vielen Alltagsbereichen funktioniert Recht, in politisch sensiblen Bereichen kann Macht das Recht jedoch verdrängen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Autoritäre Systeme sind nicht einfach rechtsfrei.
- Gerade funktionierende Alltagsrechtsbereiche können autoritären Regimen Legitimität verschaffen.
- Entscheidend sind die Übergänge zwischen Rechtsförmigkeit und Willkür.
- Demokratieschutz muss frühe Verschiebungen von Recht zu Macht erkennen.
- Verbleibende rechtsstaatliche Inseln können Ansatzpunkte für Gegenkräfte sein.

Voter Identification Laws and Turnout in the United States

Autor: Benjamin Highton

Erscheinungsdatum: 25. Januar 2017 online; Heftjahr 2017

Internetquelle: [Annual Reviews DOI-Seite](#) — **frei zugänglich:** Offizielle Verlagsfassung vermutlich nicht frei; frei auffindbare Kopien existieren, sind aber nicht als offizielle Open-Access-Quelle zu werten.

Zusammenfassung: Highton gibt einen Überblick über US-amerikanische Voter-ID-Gesetze und ihre möglichen Auswirkungen auf Wahlbeteiligung. Theoretisch können solche Gesetze Wahlkosten erhöhen und besonders bestimmte Gruppen belasten. Empirisch findet die damalige Forschung meist nur geringe oder nicht eindeutige Effekte auf die Wahlbeteiligung. Highton betont aber, dass strenge Foto-ID-Gesetze damals noch relativ neu waren und spätere Daten bessere Einschätzungen ermöglichen könnten.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Zugangshürden zum Wahlrecht sind demokratisch relevant, auch wenn Effekte schwer messbar sind.
- Voter-ID-Gesetze berühren das Spannungsfeld von Sicherheit, Gleichheit und Teilhabe.
- Mobilisierung kann negative Effekte verdecken, ohne die Belastung selbst zu beseitigen.
- Identifikationsanforderungen müssen kostenlos, leicht zugänglich und diskriminierungsfrei sein.
- Wahlrechtsresilienz muss besonders auf ungleiche Belastungen marginalisierter Gruppen achten.

Democratic Frontsliding in the European Union: The Problem of Autocratic Enclaves and the Case for Restorative Disobedience

Autor:innen: Christophe Hillion, Tommaso Pavone, Antoinette Scherz

Erscheinungsdatum: 9. Juni 2025

Internetquelle: [APSA Preprints](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Der Text fragt, wie eine beschädigte liberale Demokratie wiederhergestellt werden kann, wenn illiberale Akteure nach einer Wahlniederlage weiterhin wichtige Institutionen kontrollieren. Die Autor:innen sprechen von „autocratic enclaves“, also autoritären Enklaven in Gerichten, Behörden oder Präsidentenämtern. Am Beispiel Polen argumentieren sie, dass demokratische Wiederherstellung in solchen Fällen durch blockierende Institutionen stark erschwert wird. Unter engen Bedingungen halten sie begrenzte Regelabweichungen für gerechtfertigt, wenn diese der Wiederherstellung des Rechtsstaats dienen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Nach demokratischem Rückbau bleiben oft illiberale Machtinseln im Staat zurück.
- Wahlen allein beseitigen solche Blockadestrukturen nicht.
- Rein formale Legalität kann problematisch sein, wenn die Regeln selbst durch illiberale Vereinnahmung geprägt sind.
- „Restorative disobedience“ darf nur eng begrenzt, öffentlich begründet und verhältnismäßig eingesetzt werden.
- Die EU kann demokratische Wiederherstellung unterstützen, muss aber zugleich Missbrauch durch neue Mehrheiten verhindern.

Who Are the Election Skeptics? Evidence from the 2022 Midterm Elections

Autor:innen: Derek E. Holliday, Justin Grimmer, Yphtach Lelkes, Sean J. Westwood

Erscheinungsdatum: 2025

Internetquelle: [PDF bei SAGE/Journals](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Der Artikel untersucht, wer in den USA Wahlen misstraut und warum. Die Autor:innen zeigen, dass Wahlskepsis verbreitet ist, aber nicht immer tief verschwörungsideologisch begründet wird. Viele Skeptiker:innen nennen eher administrative Abläufe, Auszählung, Wahlorganisation oder den Erfolg der Gegenseite. Das Vertrauen in Wahlen ist stark vom Ausgang der Wahl abhängig: Wer gewinnt, vertraut eher; wer verliert, zweifelt eher.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Vertrauen in Wahlen ist ein zentraler Pfeiler friedlicher Machtwechsel.
- Wahlskepsis entsteht nicht nur durch Verschwörungserzählungen, sondern auch durch unklare Prozesse.
- Wahlbehörden müssen Auszählung, Briefwahl und Zertifizierung transparent erklären.
- Parteien und Kandidat:innen tragen Verantwortung, Niederlagen demokratisch einzuordnen.
- Resiliente Demokratien nehmen konkrete Zweifel ernst, ohne falsche Betrugserzählungen zu normalisieren.

How Well Does “Resilience” Apply to Democracy? A Systematic Review

Autor:innen: Josh Holloway, Rob Manwaring

Erscheinungsjahr: 2023; online veröffentlicht am 28. April 2022

Internetquelle: [Nachweis bei Research @ Flinders](#) — **frei zugänglich:** Teilweise; Metadaten frei, der Artikel ist „In Copyright“, Volltextzugang hängt vom Verlag beziehungsweise von Lizenzen ab.

Zusammenfassung: Der Artikel fragt, ob der Begriff „demokratische Resilienz“ analytisch wirklich trägt. Die Autor:innen zeigen, dass der Begriff häufig unklar verwendet wird und oft nur ältere Konzepte wie demokratische Stabilität neu benennt. Zugleich sehen sie neuere Arbeiten als wichtigen Fortschritt, weil diese

Resilienz stärker als Widerstand, Erholung, Anpassung und Transformation verstehen. Der Text ist für das Dossier wichtig, weil er den Begriff „Resilienz“ diszipliniert.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratische Resilienz muss klar definiert werden, sonst bleibt sie ein Schlagwort.
- Stabilität allein ist kein guter Maßstab; auch illiberale Systeme können stabil sein.
- Resilienz umfasst Widerstand, Erholung, Anpassung und demokratische Weiterentwicklung.
- Jede Resilienzstrategie muss klären, was geschützt werden soll und gegen welche Bedrohung.
- Für politische Arbeit braucht es ein gemeinsames Begriffsverständnis, bevor Maßnahmen priorisiert werden.

Institutional Forbearance as a Mechanism of Democratic Stability

Autor: Sean Ingham

Erscheinungsdatum: online 17. Oktober 2025, Heftjahr 2026

Dokumentlink: [Cambridge Core / DOI](#) – **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Ingham untersucht institutionelle Zurückhaltung. Gemeint ist die Bereitschaft politischer Akteure, rechtlich mögliche Machtmittel nicht auszuschöpfen, wenn deren demokratische Legitimität unklar ist. Solche Zurückhaltung stabilisiert Demokratien, weil sie klare Grenzen zwischen normalem Konflikt und Machtmissbrauch erhält.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratien brauchen nicht nur Regeln, sondern auch Selbstbegrenzung der Mächtigen.
- Wenn Akteure ständig Grauzonen ausreizen, verschwimmen demokratische Warnsignale.
- Unklare Legitimität erschwert Bürger:innen, sich gegen echte Regelbrüche zu koordinieren.
- Polarisierung verschärft dieses Problem, weil Lager dieselben Handlungen gegensätzlich deuten.
- Institutionelle Zurückhaltung ist ein praktischer Schutzmechanismus demokratischer Stabilität.

Asymmetric Mass Mobilization and the Vincibility of Democracy in Hungary

Autor:innen: Laura Jakli, Béla Greskovits, Jason Wittenberg

Erscheinungsdatum: 10. Januar 2025

Dokumentlink: [SAGE / DOI](#) – **frei zugänglich:** Nein

Zusammenfassung: Die Autor:innen untersuchen, warum die ungarische Demokratie gegenüber Fidesz verwundbar wurde. Sie zeigen, dass rechte und illiberale Kräfte über Jahre stärkere zivilgesellschaftliche Mobilisierung aufgebaut hatten als die linksliberale Seite. Dadurch entstand ein Ungleichgewicht auf der Straße, in lokalen Netzwerken und später auch bei Wahlen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratische Parteien dürfen Zivilgesellschaft nicht erst in der Krise wichtig nehmen.
- Langfristige gesellschaftliche Verankerung ist eine demokratische Ressource.
- Illiberale Kräfte profitieren, wenn sie öffentliche Mobilisierung dominieren.
- Resilienz entsteht auch in Vereinen, Initiativen, lokalen Gruppen und Bewegungen.
- Demokratieschutz braucht dauerhafte Präsenz in der Gesellschaft, nicht nur Parlamentsarbeit.

Electoral Integrity Resilience: Protecting Elections During Global Risks, Crises, and Emergencies

Autor:innen: Toby S. James, Holly Ann Garnett

Erscheinungsdatum: 5. September 2025

Internetquelle: [PDF bei Taylor & Francis](#) — **frei zugänglich:** Ja, Open Access.

Zusammenfassung: Der Artikel entwickelt den Begriff der „electoral integrity resilience“, also der Widerstandsfähigkeit von Wahlen unter Krisenbedingungen. Die COVID-19-Pandemie dient als Beispiel für einen externen Schock, der Wahlorganisation, Gesundheitsschutz, Wahlbeteiligung und Vertrauen gleichzeitig belastete. Die Autor:innen zeigen, dass starke Wahlbehörden, ausreichende Ressourcen, hohe demokratische Qualität und mehrere sichere Wahlmethoden entscheidend sind. Wahlen müssen auf Krisen vorbereitet sein, bevor diese eintreten.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Wahlresilienz muss vor Krisen aufgebaut werden; während einer Krise ist es oft zu spät.
- Unabhängige und gut ausgestattete Wahlbehörden sind demokratische Schutzinfrastruktur.
- Mehrere Wahlkanäle, etwa sichere Briefwahl oder alternative Abstimmungsformen, erhöhen Krisenfestigkeit.
- Notfallmaßnahmen dürfen nicht zu einem Vorwand für autoritäre Einschränkungen werden.
- Wahlorganisation ist nicht nur Verwaltung, sondern ein Kernbereich demokratischer Sicherheit.

Electoral Integrity, Voter Fraud and Voter ID in Polling Stations: Lessons from English Local Elections

Autor:innen: Toby S. James, Alistair Clark

Erscheinungsjahr: 2020; online veröffentlicht am 25. November 2019

Internetquelle: [Autor:innen-PDF](#) und [Nachweis University of East Anglia](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Die Studie untersucht englische Kommunalwahlen und Pilotprojekte zu Wähleridentifikation. Die Wahlen werden insgesamt als gut organisiert beschrieben, aber es gibt Probleme bei Registerqualität, Barrierefreiheit und Verhalten einzelner Akteure. Versuchte Personenidentitätsfälschung ist extrem selten. Voter-ID-Regeln bringen deshalb wenig zusätzlichen Sicherheitsgewinn, können aber Wahlberechtigte vom Wählen abhalten.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Wahlrechtsreformen müssen reale Risiken adressieren, nicht nur politisch behauptete Gefahren.
- Sicherheitsmaßnahmen können Teilhabe schwächen, wenn sie unnötige Hürden schaffen.
- Registerqualität und Barrierefreiheit sind oft wichtigere Schwachstellen als seltene Betrugsformen.
- Integrität und Inklusivität müssen gemeinsam gedacht werden.
- Resiliente Wahlen sind sicher, aber zugleich niedrigschwellig zugänglich

Executives in Crisis: An Examination of Formal and Informal Emergency Powers

Autor: Brandon J. Johnson

Erscheinungsjahr: 2020

Dokumentlink: [University of Pennsylvania Journal of International Law](#) – **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Johnson vergleicht formelle und informelle Notstandsbefugnisse anhand mehrerer Länder und historischer Fälle. Formale Notstandsrechte können schnelle Krisenreaktionen ermöglichen, aber Machtkonzentration erleichtern. Informelle Systeme sind flexibler, funktionieren aber nur bei starken Normen und öffentlicher Kontrolle.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Notstandsbefugnisse sind ein besonders gefährlicher Bereich demokratischer Verfassungen.
- Krisenmacht braucht klare Grenzen, Rückkehrmechanismen und parlamentarische Kontrolle.
- Informelle Begrenzungen funktionieren nur bei starken demokratischen Normen.
- Krisen dürfen nicht zu dauerhafter Machtverschiebung führen.
- Resiliente Demokratien verhindern, dass Ausnahmezustände zur Normalität werden.

The Symbolic Politics of Status in the MAGA Movement

Autor:innen: Biko Koenig, Tali Mendelberg

Erscheinungsdatum: online 3. September 2025, Heftjahr 2026

Dokumentlink: [Cambridge Core / DOI](#) –frei zugänglich: Ja

Zusammenfassung: Koenig und Mendelberg untersuchen MAGA-Aktivist:innen im US-Wahlkampf 2020. Sie zeigen, dass Trumpismus nicht allein über wirtschaftliche Unsicherheit, Rassismus, Parteibindung oder Medien erklärt werden kann. Ein zentraler Faktor ist Status: Viele Aktivist:innen erleben sich als kulturell abgewertet und institutionell missachtet. MAGA bietet ihnen Zugehörigkeit, Stolz und soziale Anerkennung.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratien müssen Statuskonflikte ernst nehmen, ohne illiberale Forderungen zu übernehmen.
- Autoritäre Bewegungen gewinnen Kraft, wenn sie Anerkennung, Stolz und Gemeinschaft anbieten.
- Pauschale Abwertung ganzer Milieus kann demokratische Entfremdung verstärken.
- Demokratische Kräfte brauchen eine Sprache sozialer Würde und klarer demokratischer Grenzen.
- Resilienz entsteht auch durch Anerkennungspolitik, nicht nur durch Institutionenschutz.

The News Media in a Democracy aus Why Americans Hate the Media and How It Matters

Autor: Jonathan M. Ladd

Erscheinungsjahr: 2011

Dokumentlink: De Gruyter / Princeton University Press / DOI – frei zugänglich: Nein

Zusammenfassung: Das Kapitel befasst sich mit Misstrauen gegenüber Nachrichtenmedien in den USA. Ladd argumentiert, dass hohes Medienvertrauen historisch eher Ausnahme als Normalzustand war. Dennoch hat Medienmisstrauen erhebliche demokratische Folgen, weil Menschen neue Informationen eher zurückweisen und stärker parteinahe Medien nutzen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Eine freie und glaubwürdige Presse ist zentral für demokratische Öffentlichkeit.
- Medienmisstrauen macht Bürger:innen weniger offen für neue Informationen.
- Parteien haben Anreize, kritische Medien zu delegitimieren.
- Weder völlige Mediensplinterung noch übermäßige Medienkonzentration ist ideal.

- Resilienz braucht pluralistische Medien, professionelle Standards und Vertrauen in verlässliche Information.

Opposing Backsliding Through Policy Competition: The Case of Poland's Civic Platform (2015–2023)

Autor:innen: Melis G. Laebens, Marcin Ślarzyński

Erscheinungsdatum: online 19. Juni 2025

Dokumentlink: [SAGE / DOI](#) – frei zugänglich: Ja

Zusammenfassung: Der Artikel untersucht, wie die polnische Bürgerplattform auf den demokratischen Rückbau unter der PiS-Regierung reagierte. Im Mittelpunkt stehen Abtreibung, Sozialpolitik und nationale Identität. Die Autor:innen zeigen, dass Opposition gegen illiberale Regierungen nicht nur institutionelle Kritik bedeutet. Sie muss zugleich politisch anschlussfähig bleiben und auf populäre Maßnahmen der Regierung reagieren.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratische Opposition muss nicht nur warnen, sondern regierungsfähige Alternativen anbieten.
- Moralische Abgrenzung allein reicht gegen populäre illiberale Regierungen nicht aus.
- Opposition kann populäre Maßnahmen teilweise übernehmen, um autoritären Regierungen Vorteile zu nehmen.
- Unpopuläre oder spaltende Regierungsentscheidungen sollten gezielt politisiert werden.
- Rechtsstaatsschutz wird stärker, wenn er mit glaubwürdiger Alltags- und Sozialpolitik verbunden wird.

Beyond Democratic Backsliding: Executive Aggrandizement and its Outcomes

Autorinnen: Melis G. Laebens, Anna Lührmann

Erscheinungsdatum: September 2023

Dokumentlink: V-Dem Working Paper Series 2023:54 / V-Dem Institute – frei zugänglich: Ja

Zusammenfassung: Der Text untersucht „executive aggrandizement“: den Versuch demokratisch gewählter Regierungen oder Staatsoberhäupter, ihre Macht schrittweise auszuweiten, ohne demokratische Institutionen offen abzuschaffen. Laebens definiert diesen Prozess als gleichzeitige Schwächung horizontaler Kontrolle — etwa Gerichte, Parlament, Aufsichtsorgane — und vertikaler Kontrolle — also Wahlen, Opposition, Medien und Zivilgesellschaft. Auf Basis von V-Dem-Daten und ergänzenden Quellen identifiziert sie 26 Fälle weltweit zwischen 1989 und 2019. Zentrale Pointe: Machtkonzentration durch gewählte Amtsinhaber ist eine ernste Gefahr für Demokratie, führt aber nicht automatisch zum demokratischen Zusammenbruch. In vielen Fällen wurden die Amtsinhaber durch Wahlen, Amtszeitbegrenzungen, Rücktritt oder politischen Druck wieder aus dem Amt gedrängt.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratischer Rückbau sollte nicht nur am Endzustand gemessen werden, sondern am Prozess der Machtkonzentration.
- Besonders gefährlich wird es, wenn Regierungen gleichzeitig institutionelle Kontrolle und politischen Wettbewerb schwächen.
- Gerichte, Parlamente, Medien, Zivilgesellschaft und faire Wahlen wirken nur gemeinsam als wirksame Schutzstruktur.
- Executive aggrandizement destabilisiert Demokratien, zerstört sie aber nicht zwangsläufig.

- Demokratische Resilienz zeigt sich daran, ob Amtsinhaber trotz Machtkonzentration noch abgewählt, begrenzt oder politisch gestoppt werden können.
- Die Niederlage eines autoritär agierenden Amtsinhabers ist möglich, aber oft erst nach erheblichem institutionellem Schaden.
- Demokratische Institutionen müssen früh reagieren, bevor Machtasymmetrien zwischen Regierung und Opposition hegemonial werden.
- Für die Analyse von Demokratiegefährdung ist entscheidend, ob Rechenschaftspflicht praktisch noch durchsetzbar bleibt.

Open Democracy: Reinventing Popular Rule for the Twenty-First Century

Autorin: Hélène Landemore

Erscheinung: 13. Oktober 2020

Quelle: [Dokument](#). **Frei zugänglich:** nein

Kurzfassung: Landemore diagnostiziert der modernen repräsentativen Demokratie eine „Einschließung der Macht“: Zwar dürfen heute viel mehr Menschen wählen, reale Machtzugänge bleiben aber weitgehend politischen Eliten vorbehalten. Dem setzt sie das Modell einer „offenen Demokratie“ entgegen. Deren Kern bilden Partizipationsrechte, Deliberation, Mehrheitsprinzip, demokratische Repräsentation und Transparenz. Zentral ist das „open mini-public“, also eine ausgeloste Bürgerversammlung mit echter politischer Bedeutung. Der Text ist programmatisch und normativ – aber gerade deshalb für Debatten über demokratische Erneuerung ein wichtiger Referenzpunkt.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien

- Wahlen allein reichen nicht aus, wenn Machtzugänge dauerhaft eng und elitär bleiben.
- Demokratien werden widerstandsfähiger, wenn gewöhnliche Bürger institutionell ernsthaft mitgestalten können.
- Auslosung, Rotation und Transparenz sollen Oligarchisierung und politische Abschottung begrenzen.
- Deliberation soll politische Entscheidungen stärker an Gründen als an bloßen Machtressourcen ausrichten.
- Resilienz bedeutet hier vor allem: Macht öffnen, Beteiligung vertiefen, Öffentlichkeit stärken.

Democratic Hypocrisy: Unequal Tolerance for Protest in Germany

Autor:innen: Morgan Le Corre Juratic, Markus Wagner, Daniel Bischof

Erscheinungsdatum: 16. Mai 2025

Internetquelle: [OSF-Preprint](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Die Studie untersucht, ob Menschen in Deutschland identische Protestformen unterschiedlich bewerten, je nachdem, wer protestiert. In einem Experiment wurden Straßenblockaden von Landwirt:innen und Klimaaktivist:innen verglichen. Das Ergebnis: Viele Befragte waren gegenüber Klimaaktivist:innen deutlich weniger tolerant und unterstützten eher undemokratische Reaktionen wie Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren. Der Text zeigt, dass demokratische Rechte in der öffentlichen Wahrnehmung oft selektiv angewendet werden.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Grundrechte müssen auch für Gruppen gelten, die politisch unpopulär sind.
- Selektive Toleranz schwächt den Rechtsstaat, weil Rechte faktisch gruppenabhängig werden.

- Polarisierung erhöht die Bereitschaft, Repression gegen politische Gegner:innen zu akzeptieren.
- Demokratische Normen sind auch in etablierten Demokratien nicht selbstverständlich.
- Resilienz braucht eine öffentliche Kultur, die Protest-, Versammlungs- und Verfahrensrechte konsequent schützt.

Politically Driven Intentional News Avoidance under Democratic Backsliding

Autorin: Francis L. F. Lee

Erscheinungsdatum: online 2024, Heftjahr 2025

Dokumentlink: [SAGE / DOI](#) – frei zugänglich: Nein

Zusammenfassung: Lee untersucht, warum Menschen in Hongkong nach dem demokratischen Rückbau politische Nachrichten bewusst meiden. Das geschieht nicht nur aus Desinteresse, sondern aus Frustration, emotionaler Überforderung und dem Gefühl politischer Wirkungslosigkeit. Demokratischer Rückbau schwächt damit nicht nur Institutionen, sondern auch die Bereitschaft der Bürger:innen, informiert zu bleiben.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratien brauchen Bürger:innen, die informiert bleiben und Informationen als handlungsrelevant erleben.
- Autoritäre Entwicklungen können politische Erschöpfung und Nachrichtenvermeidung auslösen.
- Medienfreiheit allein reicht nicht, wenn Menschen sich politisch ohnmächtig fühlen.
- Demokratische Kommunikation muss informieren, ohne dauerhaft zu überfordern.
- Resilienz braucht Öffentlichkeit, Vertrauen und das Gefühl politischer Wirksamkeit.

Democratic Backsliding and Ethnic Politics: The Republican Party in the United States

Autor:innen: Robert C. Lieberman, Daniel Schlozman

Erscheinungsdatum: online 2. Dezember 2024; Heftjahr 2026

Internetquelle: [SAGE Journals](#) — frei zugänglich: Nein

Zusammenfassung: Der Artikel untersucht demokratisches Backsliding im Zusammenhang mit ethnisierte Mehrheitspartei-Politik. Am Beispiel der Republikanischen Partei in den USA argumentieren die Autoren: Wenn eine Partei den demografischen Statusverlust ihrer Kernwählergruppe fürchtet und zugleich der Wettbewerb knapp ist, steigt der Anreiz, Wahlregeln zugunsten der eigenen Seite zu verändern. Die Partei kann sich dann entweder programmatisch anpassen oder versuchen, den Zugang zur Wahl und die Auszählungsregeln politisch zu verzerren.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratien werden verletzlich, wenn Parteien demografischen Wandel als existenzielle Bedrohung sehen.
- Knappheit im Wettbewerb kann Manipulationsanreize erhöhen.
- Schutz vor voter suppression ist ein Kernbereich liberal-demokratischer Resilienz.
- Ethnisierte Parteilogik untergräbt Pluralismus, weil Gegner:innen als Gruppenbedrohung erscheinen.
- Resilienz braucht Wahlrechtsgarantien und Anreize für Parteien, sich demokratisch anzupassen statt Regeln zu manipulieren.

The Perils of Presidentialism

Autor: Juan J. Linz

Erscheinungsjahr: 1990

Dokumentlink: [Journal of Democracy](#) – **Frei zugänglich:** Teilweise/unklar

Zusammenfassung: Linz warnt vor den Risiken präsidentieller Regierungssysteme. Präsidentielle Systeme schaffen oft doppelte demokratische Legitimation von Präsident:in und Parlament. Dadurch können Blockaden, Machtkämpfe und Polarisierung entstehen. Parlamentarische Systeme hält Linz in vielen Kontexten für flexibler.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Institutionelles Design beeinflusst demokratische Krisenfestigkeit.
- Präsidentialismus kann Konflikte zwischen Exekutive und Legislative verschärfen.
- Feste Amtszeiten erschweren flexible Krisenlösungen.
- Parlamentarische Systeme bieten häufig mehr Möglichkeiten für Koalitionen und Kompromisse.
- Resiliente Demokratien sollten weniger von Einzelpersonen und stärker von anpassungsfähigen Institutionen abhängen.

Measuring Democratic Backsliding

Autor:innen: Andrew T. Little, Anne Meng

Erscheinungsdatum: April 2024

Internetquelle: [Cambridge Core](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Little und Meng prüfen die These eines globalen demokratischen Niedergangs anhand stärker objektiver Indikatoren. Sie betrachten unter anderem Wahlwettbewerb, Amtsinhaberwechsel, exekutive Begrenzungen, Amtszeitregeln und Medienindikatoren. Auf diesen Messgrößen finden sie wenig Evidenz für einen systematischen globalen Rückgang im letzten Jahrzehnt. Zugleich räumen sie ein, dass subtile Erosion von Rechtsstaat, Medienfreiheit oder informellen Normen schwerer objektiv messbar ist.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Resilienzpolitik braucht solide Diagnose, bevor Gegenmaßnahmen entwickelt werden.
- Objektive Indikatoren zeigen, wo demokratische Kernmechanismen noch funktionieren.
- Subtile Erosion kann trotzdem real sein und zusätzliche Messmethoden erfordern.
- Prominente Einzelfälle dürfen nicht vorschnell als globaler Trend gelesen werden.
- Am besten ist eine Kombination aus objektiven Daten, Expert:innenurteilen und qualitativer Analyse.

Defending Parliament: Responses of Mainstream Parties to Parliamentary Erosion

Autorin: Isabela Mares

Erscheinung: 4. Juni 2025 (Online First; Heftausgabe: Mai 2026)

Quelle: [Dokument](#). **Frei zugänglich:** nein

Kurzfassung: Mares fragt, wie demokratische Parteien auf gezielte Störungen des Parlaments durch extremistische Kräfte reagieren können. Sie entwickelt dafür eine Typologie von Abwehrstrategien: von Sanktionen gegen einzelne Abgeordnete bis zu kollektiven Änderungen von Parlaments- oder Wahlregeln. Empirisch vergleicht sie Weimar-Deutschland und die Dritte Französische Republik. Entscheidend ist für sie, ob ideologisch benachbarte demokratische Parteien klare Distanz zu Extremisten ziehen oder Kooperation

offenhalten. Der Beitrag verschiebt den Blick auf einen frühen Schauplatz demokratischer Erosion: das Parlament selbst.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien

- Demokratien werden oft zuerst im Parlament geschwächt, nicht erst in der Regierung.
- Extremistische Kräfte zielen auf Verfahrensstörung, Delegitimierung und Blockade parlamentarischer Arbeit.
- Demokratische Parteien brauchen abgestufte Instrumente der institutionellen Selbstverteidigung.
- Ob harte Schutzmaßnahmen zustande kommen, hängt stark von der Abgrenzungsbereitschaft der Mitte-Parteien ab.
- Resilienz liberaler Demokratien ist deshalb auch eine Frage parteipolitischer Strategie und nicht nur des Verfassungsrechts.

Negative partisanship towards the populist radical right and democratic resilience in Western Europe

Autoren: Carlos Meléndez, Cristóbal Rovira Kaltwasser

Erscheinungsjahr: 2021

Internetquelle: [Taylor & Francis / DOI](#) – frei zugänglich: nein

Zusammenfassung: Meléndez und Rovira Kaltwasser untersuchen die Ablehnung der populistisch-radikalen Rechten in zehn westeuropäischen Ländern. Ihr Ausgangspunkt ist, dass diese Parteien zwar formal am demokratischen Wettbewerb teilnehmen, aber zentrale Elemente liberaler Demokratie angreifen: Minderheitenrechte, unabhängige Justiz, supranationale Rechtsbindung und pluralistische Demokratievorstellungen. Die Autor:innen wenden den Blick jedoch nicht nur auf die Wähler:innen dieser Parteien, sondern auf jene Teile der Gesellschaft, die diese Parteien deutlich ablehnen. Diese „negative partisanship“ gegenüber der populistisch-radikalen Rechten ist in Westeuropa stark ausgeprägt. Die Autor:innen deuten sie als mögliches Zeichen demokratischer Resilienz. Zugleich zeigen sie: Ablehnung allein genügt nicht. Sie muss politisch mobilisiert und in Wahlverhalten, Koalitionsgrenzen und öffentliche Abgrenzung übersetzt werden.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Populistisch-radikale rechte Parteien sind nicht einfach offen antidemokratisch, sondern nutzen demokratische Regeln, um liberale Demokratie schrittweise zu untergraben.
- Eine breite gesellschaftliche Ablehnung solcher Parteien kann eine demokratische Schutzbarriere bilden.
- Diese Ablehnung ist besonders relevant, weil sie ein mögliches „electoral ceiling“ für illiberale Parteien markiert.
- Resilienz entsteht aber erst, wenn diese Ablehnung politisch wirksam wird: durch Wahlen, Mobilisierung, klare Parteigrenzen und Koalitionsverweigerung.
- Demokratische Parteien müssen die Ablehnung illiberaler Akteure bündeln, ohne bloße Feindbildpolitik zu betreiben.
- Entscheidend ist eine prinzipiengeleitete Abgrenzung: gegen Angriffe auf Minderheitenrechte, Rechtsstaat, unabhängige Gerichte und pluralistische Demokratie.
- Negative Parteilichkeit kann demokratisch stabilisierend wirken, kann aber auch Polarisierung vertiefen, wenn sie nicht an demokratischen Normen, sondern nur an Lageridentität hängt.

How to Sharpen a Nonviolent Movement

Autor:innen: Sophia McClennen, Srdja Popovic, Joseph Wright

Erscheinungsdatum: Januar 2023

Dokumentlink: [Journal of Democracy / DOI](#) – **frei zugänglich:** Teilweise

Zusammenfassung: Der Beitrag erklärt, wie gewaltfreie Bewegungen wirksamer werden können. Im Mittelpunkt stehen „Dilemma-Aktionen“: kreative, friedliche Aktionen, die Regierungen in lose-lose-Situationen bringen. Solche Aktionen können Repression delegitimieren, Angst senken und Beteiligung erleichtern.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Gewaltfreier Widerstand ist oft wirksamer als gewaltsame Konfrontation.
- Demokratische Bewegungen brauchen Strategie, Kreativität und öffentliche Sichtbarkeit.
- Dilemma-Aktionen machen autoritäre Reaktionen unverhältnismäßig sichtbar.
- Humor und niedrige Beteiligungsschwellen können Mobilisierung verbreitern.
- Resiliente Demokratiebewegungen lernen taktisch und passen Protestformen an.

Partisan Gerrymandering and Political Science

Autor: Eric McGhee

Erscheinungsjahr: 2020

Internetquelle: [PDF über Semantic Scholar](#) und [Annual Reviews DOI-Seite](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: McGhee gibt einen Überblick über die politikwissenschaftliche Forschung zu parteipolitischem Gerrymandering. Er zeigt, wie Wahlkreiszuschnitte politische Repräsentation verzerren können und welche Rolle Forschung in Gerichtsverfahren und Reformdebatten spielt. Der Text unterscheidet zwischen juristischen Fairnessfragen und politikwissenschaftlicher Analyse. Gerrymandering erscheint als strukturelle Manipulation des demokratischen Wettbewerbs.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Faire Wahlkreise sind ein zentraler Schutz gegen verzerrte Repräsentation.
- Gerrymandering kann Mehrheiten künstlich absichern.
- Politikwissenschaftliche Messung macht Manipulation sichtbar und politisch bearbeitbar.
- Unabhängige Kommissionen können Manipulationsanreize reduzieren.
- Wahlrechtsresilienz braucht klare Standards für Fairness und Repräsentation.

Not so weak after all: institutional and partisan sources of parliamentary resilience in France and Finland during COVID

Autor:innen: Julien Navarro, Tapio Raunio

Erscheinungsdatum: online 22. Oktober 2024, Heftjahr 2025

Dokumentlink: [Springer Nature / DOI](#) – **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Navarro und Raunio vergleichen Frankreich und Finnland während der COVID-Pandemie. Beide Parlamente gerieten zunächst gegenüber der Exekutive in die Defensive, wurden später aber wieder aktiver. Die Studie zeigt, dass Parlamente auch unter Krisenbedingungen anpassungsfähig bleiben können.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Krisen stärken oft die Exekutive, aber diese Verschiebung muss nicht dauerhaft sein.
- Parlamente können Kontrolle zurückgewinnen, wenn sie Verfahren anpassen.
- Ausschüsse, digitale Verfahren und parlamentarische Rechte sind krisenrelevant.
- Parteiübergreifende Verteidigung parlamentarischer Rechte stärkt Resilienz.
- Demokratien brauchen nicht nur starke Regierungen, sondern krisenfeste Parlamente.

Funding Democracy: Public Media and Democratic Health in 33 Countries

Autoren: Timothy Neff, Victor Pickard

Erscheinungsjahr: online 2021, Heftausgabe 2024

Internetquelle: [SAGE / DOI](#) – frei zugänglich: nein

Zusammenfassung: Neff und Pickard untersuchen den Zusammenhang zwischen öffentlich finanzierten Medien und demokratischer Qualität in 33 Ländern. Sie vergleichen Finanzierung, Reichweite, Finanzierungsstruktur und regulatorische Absicherung öffentlicher Medien mit Demokratieindikatoren. Der zentrale Befund lautet: Gut finanzierte öffentliche Medien, die über stabile mehrjährige Finanzierung verfügen und politisch unabhängig organisiert sind, stehen in einem positiven Zusammenhang mit gesunden Demokratien. Besonders wichtig sind institutionelle Schutzmechanismen: öffentliche Medien dürfen nicht direkt von der Regierung abhängig sein, sondern brauchen „arm’s length“-Strukturen, unabhängige Aufsicht und pluralistische Bestellungsverfahren. Der Text ist damit kein Plädoyer für staatlich kontrollierte Medien, sondern für öffentlich finanzierte, aber staatsfern abgesicherte Medieninfrastruktur.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Medien sind demokratische Infrastruktur, nicht bloß ein Marktprodukt.
- Gut finanzierte öffentliche Medien können politische Information, Teilhabe und demokratische Orientierung stärken.
- Öffentliche Finanzierung wirkt demokratisch nur dann positiv, wenn sie mit institutioneller Unabhängigkeit verbunden ist.
- Entscheidend sind stabile mehrjährige Finanzierung, unabhängige Aufsicht und pluralistische Leitungsbestellung.
- Öffentlich finanzierte Medien dürfen nicht Regierungsmedien sein; ihre demokratische Funktion hängt von Staatsferne ab.
- Resiliente Medienordnungen brauchen neben privaten Medien auch starke öffentliche Informationsangebote.
- In Zeiten von Desinformation, Nachrichtenwüsten und ökonomischer Schwäche des Journalismus kann öffentlich abgesicherter Journalismus demokratische Selbstkorrektur stärken.

Democracy Report 2026: Unraveling the Democratic Era?

Autor:innen: Marina Nord, David Altman, Tiago Fernandes, Ana Good God, Staffan I. Lindberg

Erscheinungsdatum: März 2026

Internetquelle: [PDF bei V-Dem](#) — frei zugänglich: Ja

Zusammenfassung: Der Bericht beschreibt eine sehr deutliche globale Verschlechterung der Demokratie. Für die durchschnittliche Weltbürgerin beziehungsweise den durchschnittlichen Weltbürger liegt das Demokratieniveau wieder ungefähr auf dem Stand von 1978. Besonders stark betroffen sind Meinungsfreiheit, Medienfreiheit, Zivilgesellschaft, Rechtsstaatlichkeit und die Kontrolle exekutiver Macht. Der Bericht hebt

außerdem hervor, dass auch etablierte Demokratien verwundbar sind; die USA werden im Bericht erstmals seit Jahrzehnten nicht mehr als liberale Demokratie eingestuft.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Resilienz darf nicht nur bedeuten, dass Wahlen stattfinden. Liberale Demokratie braucht auch Rechtsstaat, Grundrechte, unabhängige Gerichte, freie Medien und eine aktive Zivilgesellschaft.
- Frühe Angriffe auf Medien, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Meinungsfreiheit sind Warnzeichen für weitergehende demokratische Demontage.
- Auch lang etablierte Demokratien können schnell an liberaler Qualität verlieren, wenn Macht in der Exekutive konzentriert wird.
- Demokratien brauchen Frühwarnsysteme, die nicht erst auf offensichtliche Umstürze reagieren, sondern auch schrittweise Erosion sichtbar machen.
- Demokratische Erholung muss beschädigte Institutionen aktiv reparieren; Wahlen allein reichen dafür nicht.

Democracy Report 2025: 25 Years of Autocratization – Democracy Trumped?

Autor:innen: Marina Nord, David Altman, Fabio Angiolillo, Tiago Fernandes, Ana Good God, Staffan I. Lindberg

Erscheinungsdatum: März 2025

Internetquelle: [PDF bei V-Dem](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Der Bericht beschreibt 25 Jahre zunehmender Autokratisierung. Er stellt fest, dass es erstmals seit über 20 Jahren wieder mehr Autokratien als Demokratien gibt. Besonders betroffen sind Meinungsfreiheit, saubere Wahlen, Vereinigungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Das Wahljahr 2024 hat die globale Entwicklung nicht grundsätzlich gedreht; sichtbar wurden aber mehr politische Gewalt und mehr pro-demokratische Mobilisierung.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Autokratisierung ist ein langfristiger Trend, nicht nur eine kurzfristige Krise.
- Die ersten Angriffsflächen sind oft Medien, Zivilgesellschaft, Wahlqualität und Rechtsstaat.
- Wahlen können demokratische Krisen nicht allein lösen, wenn liberale Institutionen bereits beschädigt sind.
- Pro-demokratische Mobilisierung muss in dauerhafte institutionelle Reformen übersetzt werden.
- Frühwarnlisten und Demokratieindikatoren sind wichtige Werkzeuge für politisches Handeln.

Evaluation Guidelines for Representative Deliberative Processes

Autorin/Institution: OECD

Erscheinung: 22. November 2021

Quelle: [Dokument](#). **Frei zugänglich:** ja

Kurzfassung: Die OECD legt hier Mindeststandards für die Evaluation deliberativer Verfahren vor. Ziel ist, Qualität, Fairness und Wirkung solcher Prozesse nachvollziehbar und vergleichbar zu machen. Der Fokus liegt auf Design, Durchführung und Wirkungspfaden – also darauf, ob ein Verfahren sauber aufgesetzt wurde und ob es seine demokratischen Ziele plausibel erreicht. Evaluation erscheint in diesem Papier nicht als nachträgliche Formalie, sondern als demokratische Infrastruktur. Der Text richtet sich vor allem an öffentliche Stellen und Praktiker.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien

- Deliberative Verfahren stärken Demokratie nur dann dauerhaft, wenn ihre Qualität überprüfbar ist.
- Evaluation erhöht Transparenz, Rechenschaft und Lernfähigkeit.
- Schlechte oder rein symbolische Beteiligung kann Vertrauen eher beschädigen als stärken.
- Standards helfen, Verfahren vergleichbar und politisch glaubwürdig zu machen.
- Resilienz heißt hier auch: demokratische Innovationen systematisch prüfen und verbessern.

Eight Ways to Institutionalise Deliberative Democracy

Autorin/Institution: OECD

Erscheinung: 14. Dezember 2021

Quelle: [Dokument](#). **Frei zugänglich:** ja

Kurzfassung: Das OECD-Papier skizziert acht Wege, wie deliberative Bürgerbeteiligung dauerhaft in demokratische Institutionen eingebaut werden kann. Im Mittelpunkt steht nicht das einzelne Experiment, sondern die Verstetigung: Deliberation soll Teil regulärer Politikprozesse werden. Das Papier beschreibt Modelle für Parlamente, Planung, direkte Demokratie und andere institutionelle Kontexte. Ziel ist eine Demokratie, die bei schwierigen Langfristfragen lernfähiger, vertrauenswürdiger und problemlösungsfähiger wird. Der Text versteht Deliberation ausdrücklich als Ergänzung repräsentativer Institutionen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien

- Einmalige Beteiligung erzeugt weniger Stabilität als verlässlich institutionalisierte Beteiligung.
- Regelmäßige Deliberation kann Vertrauen in demokratische Verfahren zurückgewinnen.
- Demokratien werden robuster, wenn sie schwierige Langfristfragen in geeigneten Formaten bearbeiten können.
- Deliberative Beteiligung sollte ergänzen, nicht schlicht ersetzen.
- Institutionalisierung macht demokratische Innovation unabhängiger von tagespolitischer Laune.

The Source of Georgia's Democratic Resilience

Autor:innen: Elene Panchulidze, Richard Youngs

Erscheinungsdatum: Januar 2025

Dokumentlink: [Journal of Democracy](#) –**frei zugänglich:** Teilweise/unklar

Zusammenfassung: Panchulidze und Youngs untersuchen Georgien im Jahr 2024, als die Regierung autoritärer wurde, Zivilgesellschaft und Medien einschränkte und den EU-Kurs infrage stellte. Gleichzeitig kam es zu breiten Protesten. Die Autor:innen sprechen von „zyklischer Resilienz“: Autokratisierung und demokratischer Widerstand können gleichzeitig wachsen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratische Resilienz ist oft ein längerer Prozess, kein einzelner Sieg.
- Gesellschaftlicher Pluralismus kann auch unter starkem Regierungsdruck fortbestehen.
- Breite Proteste verhindern, dass autoritäre Politik gesellschaftlich normal wird.
- Zivilgesellschaftlicher Widerstand braucht Verbindung zu Parteien, Wahlen und Institutionen.
- Resilienz wird stärker, wenn Protest und institutionelle Strategie zusammenwirken.

Participation in the Administration of Elections and Perceptions of Electoral Integrity

Autor:innen: Julia Partheymüller, Wolfgang C. Müller, Armin Rabitsch, Michael Lidauer, Paul Grohma

Erscheinungsdatum: 12. Mai 2022

Internetquelle: [ScienceDirect](#) — frei zugänglich: Ja

Zusammenfassung: Die Studie untersucht Österreichs parteibasiertes Modell der Wahlverwaltung. Wahlbeisitzer:innen werden dort stark über Parteien eingebunden. Die Autor:innen zeigen, dass Wahlhelfer:innen der Wahladministration stärker vertrauen als normale Wähler:innen. Gleichzeitig bleiben sie bei anderen Fragen der Wahlintegrität teilweise skeptisch, und ihre Parteibindung beeinflusst ihre Wahrnehmung.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Beteiligung an Wahlverwaltung kann Vertrauen erhöhen, weil Menschen den Prozess selbst erleben.
- Parteilplural zusammengesetzte Wahlgremien können gegenseitige Kontrolle stärken.
- Parteibeteiligung ersetzt keine professionelle Verwaltung und klare Regeln.
- Vertrauen in Wahlen hängt nicht nur von objektiver Integrität, sondern auch von Wahrnehmungen ab.
- Resiliente Wahlorganisation verbindet Transparenz, Beteiligung und administrative Kompetenz.

Disinformation Resilience in Backsliding Democracies: Media Trust, Civil Society, and Institutional Capture

Autor:innen: Antonia Peißker, Mike Cowburn, Ulrike Klinger

Erscheinungsjahr: 2025

Internetquelle: [Weizenbaum Journal / DOI](#) – frei zugänglich: Ja

Zusammenfassung: Peißker, Cowburn und Klinger untersuchen, wie widerstandsfähig Gesellschaften gegenüber Desinformation sind, wenn Demokratien bereits unter Backsliding-Druck stehen. Sie wenden ein bestehendes Modell zur Desinformationsresilienz auf die Visegrád-Staaten an: Tschechien, Ungarn, Polen und die Slowakei. Ihr zentraler Beitrag besteht darin, zu zeigen, dass Indikatoren aus konsolidierten Demokratien nicht einfach auf erodierende Demokratien übertragen werden können. Besonders wichtig ist ihre Kritik am einfachen Medienvertrauen: In konsolidierten Demokratien kann Vertrauen in Medien Resilienz anzeigen; in erfassten oder politisch kontrollierten Mediensystemen kann Vertrauen aber gerade problematisch sein, weil es die Wirkung von Propaganda und Desinformation verstärkt. Die Autor:innen ergänzen deshalb zwei Dimensionen: Mediacapture und Zivilgesellschaft. Nach ihrer Analyse ist die Slowakei unter den untersuchten Fällen am resilientesten gegenüber Desinformation, Ungarn am wenigsten.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Desinformationsresilienz darf nicht nur individuell verstanden werden, sondern hängt von politischen, medialen und gesellschaftlichen Strukturen ab.
- Medienvertrauen ist kein automatisch positives Signal; es muss immer im Kontext von Medienfreiheit und Mediacapture bewertet werden.
- In erfassten Mediensystemen kann hohes Vertrauen in Medien die Wirkung manipulativer Information verstärken.
- Niedriges Vertrauen kann in Backsliding-Kontexten auch Ausdruck kritischer Sensibilität gegenüber politisch kontrollierten Medien sein.
- Zivilgesellschaft ist eine zentrale Resilienzressource gegen Desinformation, besonders wenn staatliche oder mediale Institutionen erfasst sind.

- Alternative Informationsnetzwerke, unabhängige Medien und pro-demokratische Mobilisierung können politische Mediacapture teilweise ausgleichen.
- Resilienz gegen Desinformation verlangt Schutz vor Medienvereinnahmung, Transparenz von Eigentum und Finanzierung sowie starke zivilgesellschaftliche Gegenöffentlichkeit.
- Für Demokratieschutz ist entscheidend, ob Bürger:innen Desinformation erkennen können und zugleich Zugang zu glaubwürdigen, unabhängigen Informationsquellen behalten.

Don't Touch My Constitution! Civil Society Resistance to Democratic Backsliding in Africa's Pluralist Regimes

Autorin: Lise Rakner

Erscheinungsjahr: 2021

Dokumentlink: DOI / [Universität Bergen Repository](#) – frei zugänglich: Ja

Zusammenfassung: Rakner untersucht zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen demokratischen Rückbau in Malawi und Sambia. Sie zeigt, dass autonome zivilgesellschaftliche Organisationen autoritäre Verfassungsmanipulation bremsen können, besonders wenn sie an frühere Demokratiebewegungen anknüpfen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Eine autonome Zivilgesellschaft ist ein zentraler Schutz gegen Machtmissbrauch.
- Regelmäßige Wahlen schaffen Gelegenheiten, Verfassungsfragen zu mobilisieren.
- Frühere Demokratiebewegungen hinterlassen Netzwerke und Erfahrung.
- Parteipolitische Vereinnahmung schwächt zivilgesellschaftliche Kontrollkraft.
- Internationale Unterstützung kann helfen, ersetzt aber keine lokale Mobilisierung.

Why Underachievers Dominate Secret Police Organizations: Evidence from Autocratic Argentina

Autoren: Adam Scharpf, Christian Gläsel

Erscheinungsjahr: 2020

Dokumentlink: [University of Mannheim Repository / DOI](#) – frei zugänglich: Ja

Zusammenfassung: Scharpf und Gläsel untersuchen, welche Personen in autoritären Repressionsapparaten Karriere machen. Am Beispiel Argentiniens zeigen sie, dass Geheimdienste oft Personen anziehen, die in normalen Karrierewegen geringe Aufstiegschancen haben. Autoritäre Gewalt entsteht damit auch aus bürokratischen Anreizen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratieschutz muss Sicherheitsapparate ernst nehmen.
- Repressionsfähigkeit entsteht auch durch Karriereanreize innerhalb von Bürokratien.
- Personen mit blockierten Aufstiegschancen können besonders anfällig für autoritäre Loyalitätsangebote sein.
- Polizei, Militär und Nachrichtendienste brauchen transparente Karrierewege und Kontrolle.
- Resilienz hängt davon ab, ob Sicherheitsapparate demokratisch eingebettet bleiben.

Autocratic Legalism

Autorin: Kim Lane Scheppelle

Erscheinungsjahr: 2018

Dokumentlink: [University of Chicago Law Review](#) – frei zugänglich: Ja

Zusammenfassung: Scheppelle beschreibt, wie gewählte Regierungen Demokratie mit legalen Mitteln abbauen. Sie nutzen Gesetze, Verfassungsänderungen und Parlamentsmehrheiten, um Kontrollinstitutionen zu schwächen und Macht dauerhaft zu sichern. Die Gefahr wird oft spät erkannt, weil vieles formal legal erscheint.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratischer Rückbau erfolgt heute häufig durch Gesetzgebung, nicht durch Putsche.
- Formale Legalität garantiert keine demokratische Substanz.
- Frühwarnzeichen sind Angriffe auf Gerichte, Medien, Wahlrecht und Zivilgesellschaft.
- Demokratien müssen legale Verfahren und demokratische Wirkung getrennt bewerten.
- Resilienz hängt von früher Diagnose autoritärer Muster ab.

The Normalization of the Radical Right: A Norms Theory of Political Supply and Demand

Autor: Vicente Valentim

Erscheinungsdatum: online 22. Juli 2024; Print 2. September 2024

Internetquelle: [Oxford Academic](#) — frei zugänglich: Nein

Zusammenfassung: Das Buch erklärt, wie radikal rechte Positionen normalisiert werden. Valentim argumentiert, dass solche Einstellungen oft nicht neu entstehen, sondern lange verdeckt vorhanden sind. Wenn politische Unternehmer:innen Tabus brechen und erste Wahlerfolge erzielen, sinkt die soziale Hürde, solche Positionen offen zu vertreten. Am Beispiel Portugal zeigt der Text, dass der Aufstieg von Chega weniger durch plötzliche neue Einstellungen als durch veränderte soziale Normen erklärbar ist.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratien können stabil wirken, obwohl antipluralistische Einstellungen latent vorhanden sind.
- Soziale Normen gegen Minderheitenfeindlichkeit und Antipluralismus wirken als Schutzschild.
- Tabubrüche werden gefährlich, wenn sie sichtbar politisch belohnt werden.
- Resilienz muss Normverschiebungen früh erkennen, nicht erst Wahlergebnisse auswerten.
- Liberale Demokratie braucht aktive Verteidigung von Minderheitenrechten und pluralistischer Anerkennung.

Parliamentary oversight of emergency measures and policies: A safeguard of democracy during a crisis?

Autor: Mikko Värttö

Erscheinungsjahr: 2024

Dokumentlink: [Tampere University Research Portal / DOI](#) – frei zugänglich: Ja

Zusammenfassung: Värttö untersucht die Kontrolle finnischer Notmaßnahmen während der COVID-Pandemie. Der Verfassungsausschuss prüfte Grundrechtseingriffe und Verfahren. Viele Maßnahmen wurden als notwendig angesehen, aber die Begründungen der Regierung waren oft schwach und Informationsrechte des Parlaments teilweise beeinträchtigt.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Auch in Krisen muss parlamentarische Kontrolle funktionieren.
- Grundrechtseinschränkungen brauchen klare Begründungen und Grenzen.
- Informationsrechte des Parlaments sind zentral für demokratische Kontrolle.
- Spezialisierte Ausschüsse können Exekutivmacht in Krisen begrenzen.
- Notstandsverfahren sollten vor der Krise klar geregelt sein.

Megastudy testing 25 treatments to reduce antidemocratic attitudes and partisan animosity

Autoren: Jan G. Voelkel, Michael N. Stagnaro, James Y. Chu et al.

Erscheinungsjahr: 2024

Dokumentlink: [Science / DOI](#) – **frei zugänglich:** Nein

Zusammenfassung: Die Studie testet 25 Interventionen gegen antidemokratische Einstellungen, parteipolitische Feindseligkeit und Unterstützung politischer Gewalt in den USA. Viele Maßnahmen senken parteipolitische Abneigung; einige verringern auch Unterstützung für undemokratische Praktiken oder Gewalt. Besonders wirksam sind Korrekturen falscher Vorstellungen über die Gegenseite und pro-demokratische Signale politischer Eliten.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Demokratische Resilienz lässt sich auch durch gezielte Kommunikation stärken.
- Polarisierung und antidemokratische Einstellungen sind verwandt, aber nicht identisch.
- Falsche Vorstellungen über politische Gegner:innen sollten aktiv korrigiert werden.
- Pro-demokratische Elitensignale können Normverletzungen und Gewaltbereitschaft senken.
- Evidenzbasierte Interventionen können demokratische Haltungen messbar stabilisieren.

The Impact of Citizens' Assemblies on Democratic Resilience: Evidence from a Field Experiment

Autor:innen: Tim Wappenhans, Bernhard Clemm, Felix Hartmann, Heike Klüver

Erscheinung: 25. Juli 2024

Quelle: [OSF-Preprint](#). **Frei zugänglich:** ja.

Kurzfassung: Die Studie prüft mit einem Feldexperiment in Deutschland, ob Bürgerräte die demokratische Resilienz stärken. Verglichen werden zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger, die an Bürgerversammlungen mit Bundestagsabgeordneten teilnahmen, mit einer Kontrollgruppe aus denselben Wahlkreisen. Die Ergebnisse zeigen positive Effekte auf politisches Vertrauen, politische Selbstwirksamkeit und politische Beteiligung. Zudem gibt es Hinweise, dass die Anfälligkeit für Verschwörungserzählungen sinken kann – besonders dann, wenn mehrere Parteien an den Bürgerräten beteiligt sind. Damit liefert der Text einen starken empirischen Hinweis darauf, dass deliberative Formate nicht nur symbolisch, sondern politisch wirksam sein können.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien

- Bürgerräte können Vertrauen in demokratische Institutionen messbar stärken.
- Sie erhöhen das Gefühl, politisch etwas bewirken zu können, und fördern weitere Beteiligung.
- Deliberative Formate können Bürgerinnen und Bürger widerstandsfähiger gegen Misstrauen und Desinformation machen.
- Besonders glaubwürdig wirken solche Formate, wenn mehrere demokratische Parteien sichtbar beteiligt sind.

- Resilienz liberaler Demokratien entsteht hier vor allem durch Einbindung, Erfahrung und Begegnung – nicht nur durch Abwehr.

The Effect of Simultaneous Proposals: The Case of Immigrant Enfranchisement

Autorin: Klaudia Wegschaider

Erscheinung: 30. Juni 2025 (Online First; Heftausgabe: Februar 2026)

Quelle: [Dokument](#). **Frei zugänglich:** ja

Kurzfassung: Wegschaider untersucht, wie sich gleichzeitige Volksabstimmungen über ähnliche Vorlagen auf das Stimmverhalten auswirken. Ihre zentrale These lautet: Eine moderatere Reform gewinnt eher Zustimmung, wenn gleichzeitig eine deutlich weitergehende Variante zur Abstimmung steht. Dies prüft sie erst mit einem Umfrageexperiment in den USA und dann mit Schweizer Abstimmungen zum Ausländerwahlrecht. Beide Analysen zeigen, dass der „Kompromiss-Effekt“ real ist: Die mittlere Option wirkt für Teile der Wählerschaft vernünftiger und damit zustimmungsfähiger. Der Text macht damit deutlich, dass nicht nur politische Inhalte, sondern auch die konkrete Gestaltung von Abstimmungen politische Ergebnisse beeinflusst.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien

- Demokratische Inklusion hängt nicht nur von Mehrheiten, sondern auch vom institutionellen Design der Entscheidung ab.
- Verfahrensdetails wie die gleichzeitige Vorlage mehrerer Optionen sind politisch wirksam und keineswegs neutral.
- Moderate Erweiterungen politischer Rechte können mehrheitsfähiger werden, wenn sie als vernünftiger Mittelweg erscheinen.
- Wer demokratische Teilhabe stärken will, muss deshalb auch die Architektur von Abstimmungen ernst nehmen.
- Resilienz liberaler Demokratien verlangt Aufmerksamkeit für subtile prozedurale Verzerrungen, nicht nur für offene Angriffe.

Measuring Backsliding with Observables: Observable-to-Subjective Score Mapping

Autor:innen: Daniel Weitzel, John Gerring, Daniel Pemstein, Svend-Erik Skaaning

Erscheinungsdatum: April 2024

Internetquelle: [Cambridge Core](#) — **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Der Artikel reagiert auf die Kritik, Demokratieindizes könnten demokratischen Rückschritt überzeichnen, weil sie teilweise auf Expert:innenurteilen beruhen. Die Autor:innen nutzen beobachtbare Merkmale von Demokratie, um subjektive Demokratiebewertungen zu überprüfen. Ihr Ergebnis: Es gibt Hinweise auf Backsliding, aber später und weniger stark als manche Indizes nahelegen. Besonders Freedom House weicht in jüngeren Mustern stärker von beobachtbaren Indikatoren ab.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Gute Messung ist selbst ein Bestandteil demokratischer Resilienz.
- Alarmismus und Verharmlosung sind beide riskant, wenn sie empirisch unsauber sind.
- Beobachtbare Indikatoren helfen, Expert:innenurteile robuster zu prüfen.
- Demokratische Erosion ist real, aber ihr Ausmaß muss präzise bestimmt werden.
- Politik braucht differenzierte Lagebilder statt pauschaler Krisenerzählungen.

Process vs. Outcome? How to Evaluate the Effects of Participatory Processes on Legitimacy Perceptions

Autorinnen: Hannah Werner, Sofie Marien

Erscheinung: 2. Dezember 2020 (Online First; Heftausgabe: 2022)

Quelle: [Dokument](#). **Frei zugänglich:** nein

Kurzfassung: Werner und Marien argumentieren, dass partizipative Verfahren nicht an idealisierten Vorstellungen vom „perfekten Bürger“ gemessen werden sollten. Entscheidend sei vielmehr der Vergleich mit dem realen Status quo repräsentativer Entscheidungsverfahren. Auf Basis von zwölf Experimenten aus den Niederlanden und Schweden zeigen sie, dass partizipative Verfahren durchweg als fairer wahrgenommen werden – selbst dann, wenn das Ergebnis für die Betroffenen ungünstig ausfällt. Damit rückt der Text die Frage der Verfahrensgerechtigkeit ins Zentrum. Besonders wichtig ist dabei die Perspektive derjenigen, die politisch unterliegen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien

- Demokratie bleibt nur stabil, wenn auch politische Verlierer Verfahren als fair akzeptieren können.
- Partizipative Verfahren können genau dieses „losers’ consent“ stärken.
- Maßstab sollte nicht ein demokratisches Idealbild, sondern der Vergleich mit bestehenden Verfahren sein.
- Prozessqualität und Ergebniszufriedenheit sind analytisch zu unterscheiden.
- Resilienz liberaler Demokratien hängt stark von der Fairnesswahrnehmung ihrer Verfahren ab.

Remedying the Anti-Liberal Capture of Constitutional Courts

Autor: Fabio Wolkenstein

Erscheinungsdatum: März 2025

Dokumentlink: Friedrich-Ebert-Stiftung PDF – **frei zugänglich:** Ja

Zusammenfassung: Wolkenstein fragt, was demokratische Regierungen tun können, wenn Verfassungsgerichte von illiberalen Vorgängerregierungen politisch besetzt wurden. Am Beispiel Polen zeigt er das Dilemma: Der Rechtsstaat muss repariert werden, ohne selbst rechtsstaatliche Prinzipien zu beschädigen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Eine Wahlniederlage illiberaler Kräfte beendet deren institutionelle Macht nicht automatisch.
- Eroberte Verfassungsgerichte können demokratische Erneuerung blockieren.
- Reparaturen müssen rechtlich sauber und politisch nachvollziehbar sein.
- Reines Gegen-Court-Packing kann eine gefährliche Spirale auslösen.
- Resilienz bedeutet, demokratische Handlungsfähigkeit und Rechtsstaatlichkeit zugleich zu sichern.

Should Traditional Representative Institutions be Abolished? A Critical Comment on Hélène Landemore’s Open Democracy

Autor: Fabio Wolkenstein

Erscheinung: 25. Juli 2023

Quelle: [PDF](#). **Frei zugänglich:** ja

Kurzfassung: Wolkenstein setzt sich kritisch mit Hélène Landemores Entwurf einer „offenen Demokratie“ auseinander. Er würdigt den Reformanspruch, hält aber zentrale Prämissen für problematisch: die Abwertung politischer Parteien, die geringe Sensibilität für reale Unterschiede demokratischer Leistungsfähigkeit, die Vermischung von Verfassungsgebung und alltäglicher Gesetzgebung sowie erhebliche

Umsetzungsprobleme. Sein Beitrag verteidigt nicht den Status quo, warnt aber vor vorschnellen Abschaffungsphantasien gegenüber repräsentativen Institutionen. Der Text ist damit ein wichtiger Gegenpol zu radikaleren Demokratiereformen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien

- Parteien, Parlamente und Wahlen haben demokratische Funktionen, die nicht leicht ersetzbar sind.
- Politische Parteien strukturieren Konflikte, mobilisieren Bürger und verbinden Gesellschaft mit Staat.
- Demokratische Reformen müssen an realer institutioneller Leistungsfähigkeit gemessen werden.
- Verfassungsgebung und alltägliche Politik sind unterschiedliche Aufgaben und verlangen unterschiedliche Verfahren.
- Resilienz entsteht eher durch die Öffnung und Verbesserung repräsentativer Institutionen als durch ihre Abschaffung.

The Demand Side of Democratic Backsliding: How Divergent Understandings of Democracy Shape Political Choice

Autor:innen: Natasha Wunsch, Marc S. Jacob, Laurenz Derksen

Erscheinungsdatum: 2025

Internetquelle: [Cambridge Core](#) — frei zugänglich: Ja,

Zusammenfassung: Der Artikel fragt, warum Wähler:innen Kandidat:innen nicht bestrafen, die demokratische Standards verletzen. Die Autor:innen zeigen am Fall Polen, dass Menschen sehr unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie haben. Wer liberale Demokratie schwächer unterstützt, toleriert Normverletzungen eher. Wer ein stärker liberales Demokratieverständnis hat, bestraft nicht-liberale Kandidat:innen eher, auch wenn diese dem eigenen politischen Lager nahestehen.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Zustimmung zu „Demokratie“ reicht nicht, wenn Menschen darunter Unterschiedliches verstehen.
- Resilienz hängt besonders an der Unterstützung für Gewaltenteilung, Medienfreiheit, Minderheitenrechte und Rechtsstaat.
- Wähler:innen können nur dann eine Barriere gegen Backsliding sein, wenn sie Normverletzungen erkennen.
- Majoritäre Demokratieverständnisse können autoritäre Politik demokratisch erscheinen lassen.
- Politische Bildung muss erklären, warum Demokratie mehr ist als Mehrheitsentscheidung.

Patterns of Democratic Backsliding in Third-Wave Democracies: A Sequence Analysis Perspective

Autor:innen: Natasha Wunsch, Philippe Blanchard

Erscheinungsjahr: 2023; online veröffentlicht am 2. Dezember 2022

Internetquelle: [PDF bei Taylor & Francis](#) — frei zugänglich: Ja

Zusammenfassung: Der Artikel untersucht, ob demokratischer Rückschritt immer gleich verläuft. Mit Sequenzanalyse auf Basis von V-Dem-Daten zeigen die Autor:innen verschiedene Muster demokratischer Erosion. Besonders wichtig ist die Unterscheidung zwischen vertikaler Kontrolle durch Wahlen, horizontaler Kontrolle durch Gerichte und Parlamente sowie diagonaler Kontrolle durch Medien und Zivilgesellschaft. Backsliding beginnt häufig bei Medien und Zivilgesellschaft; entscheidend wird es, wenn auch Gerichte, Parlamente und andere Kontrollinstitutionen geschwächt werden.

Zentrale Thesen zur Resilienz liberaler Demokratien:

- Backsliding verläuft nicht immer gleich; Gegenstrategien müssen zum Verlauf passen.
- Medien und Zivilgesellschaft sind frühe Sensoren demokratischer Erosion.
- Gerichte und Parlamente können Rückbau bremsen, solange sie unabhängig bleiben.
- Wenn mehrere Kontrollachsen gleichzeitig geschwächt werden, steigt das Risiko dauerhafter Autokratisierung.
- Resilienzpolitik muss Sequenzen erkennen, bevor sich Schäden verfestigen.